

B12 BAYERN IN ZAHLEN

Statistik-Magazin



2,8

Billionen Euro
Umsatz*

VERSCHULDUNG
DER KOMMUNALEN
KÖRPERSCHAFTEN
IN BAYERN 2024

DIE LARGE CASES UNIT –
MULTINATIONALE
UNTERNEHMENS-
GRUPPEN IM FOKUS



31Z

*Verlässliche
Informationen für alle*

Kostenlos abonnierbar unter
vertrieb@statistik.bayern.de
oder Telefon 0911 98208-6311



IMPRESSUM

Bayern in Zahlen – Statistik-Magazin
Jahrgang 156. (79.)
Bestell-Nr. Z10001 202601
ISSN 0005-7215
Erscheinungsweise monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberg Straße 95 | 90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © kasto – stock.adobe.com
Innen: © Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)
Wir danken der IG Fotografie des Landesamts
für ihre Unterstützung.

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

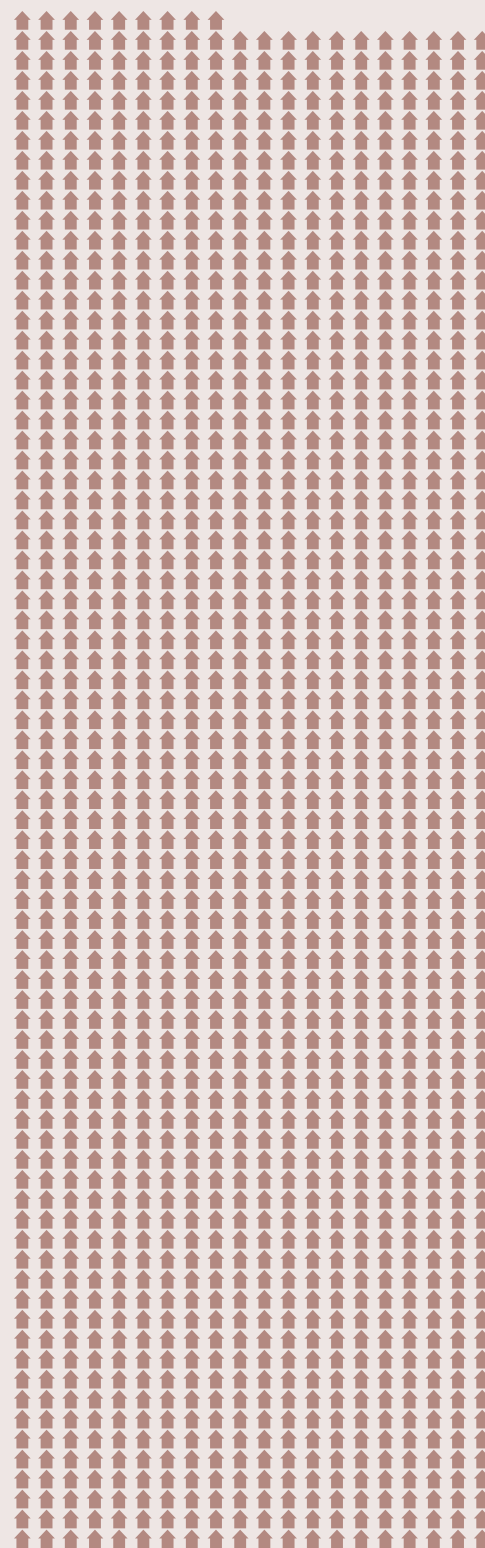
Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

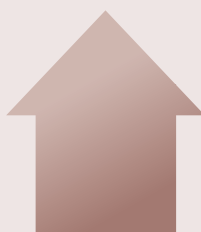
© Bayerisches Landesamt für Statistik,
Fürth 2026

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



+1529 *genehmigte
Einfamilienhäuser in Bayern
von Januar bis September 2025
ggü. dem Vorjahreszeitraum*

Wohnungsbaugenehmigungen: 13,4 Prozent Plus bis September 2025 Rückgänge in Schwaben und Oberbayern



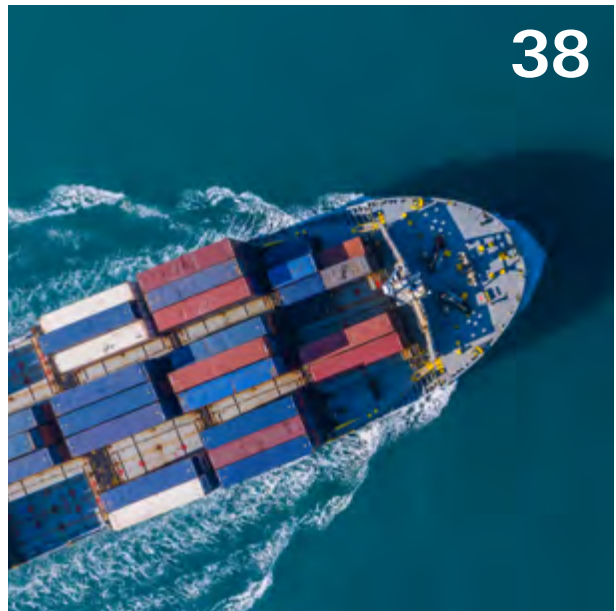
In Bayern werden von Januar bis September 2025 Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) für insgesamt 41 237 Wohnungen bewilligt. Die Zahl der Wohnungsbaufreigaben steigt damit um 4 858 Wohnungen beziehungsweise 13,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Eine Aufgliederung nach Gebäudearten zeigt: Neue Wohngebäude mit genau einer Wohnung, also Einfamilienhäuser, legen um 20,9 Prozent (+1 529) zu. Das Genehmigungsvolumen für Wohnungen in neuen Zweifamilienhäusern sinkt um 11,3 Prozent (–294). Die Antragsbewilligungen für Mehrfamilienhäuser steigen um 12,1 Prozent (+2 211). Bei Wohnungen in Wohnheimen gibt es eine deutliche Zunahme der Genehmigungen um 172,5 Prozent (+1 525). Ursache hierfür sind unter anderem die Errichtung großer Studenten-, sowie Flüchtlingswohnheimen. Die Zahl bewilligter Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden steigen leicht um 1,2 Prozent (+75) und bei Nichtwohngebäuden sinken sie um 30,1 Prozent (–106).

Regionale Unterschiede offenbaren sich bei der Trennung der bayerischen Kreise nach Stadt und Land: In den Landkreisen steigen die Wohnungsbaugenehmigungen um 16,7 Prozent. In den kreisfreien Städten vergrößert sich das Genehmigungsvolumen insgesamt um 6,9 Prozent. In den Großstädten ist mit 3,6 Prozent ein Rückgang zu verzeichnen. Mit Blick auf die Regierungsbezirke verzeichnen die Oberpfalz und Unterfranken deutliche Zuwächse um mehr als ein Drittel.

Den größten Zuwachs verzeichnet Mittelfranken mit 63,1 Prozent. Auch Niederbayern und Oberfranken verzeichnen mit über 40 Prozent eine deutliche Zunahme. In den südlichen Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben sinken die Genehmigungszahlen um 8,8 beziehungsweise 6 Prozent.

Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im September 2025“, Download als PDF unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bauen_wohnen/bautaetigkeit



INHALT

01 | 2026



2 IMPRESSUM

3 NACHRICHT DES MONATS

6 STATISTIK KOMMUNAL
Ansbach

8 KURZ MITGETEILT

19 PRESSEKONFERENZ ZUM
STATISTISCHEN JAHRBUCH 2025

34 2. AUSTAUSCHTREFFEN FÜR SOZIALPLANENDE
BAYERISCHER KOMMUNEN
am 27. November 2025 in Fürth

36 ZUM FÜNFTEN MAL EMOS-TAG AM
BAYERISCHEN LANDESAMT FÜR STATISTIK

38 DIE LARGE CASES UNIT – MULTINATIONALE
UNTERNEHMENSGRUPPEN IM FOKUS
Matthias Nettekoven, M.Sc.

52 NACHGEFRAGT BEI
Sven Muth

56 VERSCHULDUNG DER KOMMUNALEN
KÖRPERSCHAFTEN IN BAYERN 2024
Dipl.Kfm.Univ. Christoph Hackl

70 ZURÜCKGEBlickT
Verschuldung der kommunalen Körperschaften
in Bayern 2015

80 VERBRAUCHERPREISINDEX
November 2025

82 BAYERISCHER ZAHLENSPIEGEL

103 NEU ERSCHIENEN / ZEICHENERKLÄRUNG

Vegetations-
fläche

75,3 %

am 31.12.2024¹

Krankenhaus-
betten
je 1 000 Einwohner

27,9

2023³

Mehr Daten zu Ansbach

sowie den anderen 24 kreisfreien Städten und
den 2031 kreisangehörigen Gemeinden Bayerns in:

1 Statistik kommunal: https://link2.bayern/statistik_kommunal

2 Einwohnerzahlen: <https://link2.bayern/einwohnerzahlen>

3 Stadt.Land.Zahl: www.statistikportal.de/de/stadt-land-zahl

© Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung 2026

Alle Daten abgerufen am 07.01.2026.



ANSBACH

Einwohner

40 618

30.09.2025²

Durchschnittsalter

44,5 Jahre

2024¹

Ausländeranteil

15,6 %

15.05.2022¹



JEDER DRITTE IN BAYERN STREAMT IM JAHR 2025 FILME, SERIEN ODER SPORT

*Nach Zeitverwendungserhebung 2022 werden
rund zwei Stunden pro Tag mit Fernsehen und
Videos Schauen verbracht*

Immer mehr Menschen in Bayern nutzen Streaming-Dienste, um Filme, Serien oder Sport anzuschauen. Aktuelle Ergebnisse der Befragung zur privaten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zeigen, dass im Jahr 2025 fast jede dritte Person (31 Prozent) in Bayern entsprechende kostenpflichtige Abonnements bei Disney+, Netflix, DAZN, Amazon Prime Video oder anderen Anbietern nutzt. Das macht in Bayern rund drei Millionen Personen aus. Befragt wurden dabei ausschließlich Personen zwischen 16 und 74 Jahren. Im Vergleich zum Jahr 2022 hat die Bedeutung der Streaming-Dienste für Filme, Serien und Sport deutlich zugenommen, so ist der Anteil der Nutzer von Streaming-Abos von 17 auf 31 Prozent angestiegen. Parallel dazu zeigen die Ergebnisse aus der Zeitverwendungserhebung, die zuletzt im Jahr 2022 durchgeführt wurde, wie viel Zeit Haushalte mit Fernsehen, Streaming und Video-on-Demand verbringen. Danach schauen Personen, die älter als zehn Jahre sind, in Bayern rund zwei Stunden Fernsehen und Videos.

Musik-Streaming ebenso mit deutlichen Zuwächsen

Fast genauso häufig wie das Streamen von Filmen, Serien oder Sport ist im Jahr 2025 die Nutzung von Musik-Streaming-Diensten. Insgesamt 27 Prozent der bayerischen Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren (2,7 Millionen Personen) geben an, selbst kostenpflichtige Musik-Streaming-Dienste wie zum Beispiel Amazon Music, Spotify oder Apple Music zu

nutzen. Das entspricht im Vergleich zum Jahr 2022 einem Plus von zehn Prozentpunkten. Etwas seltener werden Abonnements für Online-Nachrichtenseiten (neun Prozent) und Streaming-Dienste für Video- oder Computerspiele (sieben Prozent) genutzt. Rund 589 000 der Personen bzw. sechs Prozent der Bevölkerung nutzen laut der Erhebung IKT im Jahr 2025 kostenpflichtige Gesundheits- oder Fitness-Apps. ■

Mehr Ergebnisse zur Internetnutzung und Online-Einkäufen für das Jahr 2024 enthält der Statistische Bericht „Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten in Bayern – Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2024“, Download als PDF unter: www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/a6300c_202400.pdf

Die Ergebnisse zum Kauf von Abonnements und Streaming-Diensten basieren dem Erhebungsteil zur Internetnutzung (Informations- und Kommunikationstechnologien, IKT) des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine seit 1957 gesetzlich verpflichtenden, repräsentativen Befragung von Haushalten in Deutschland. Jährlich wird rund ein Prozent der Bevölkerung zum Mikrozensus befragt. Rechtliche Grundlage der Erhebung ist das Mikrozensusgesetz (MZG).

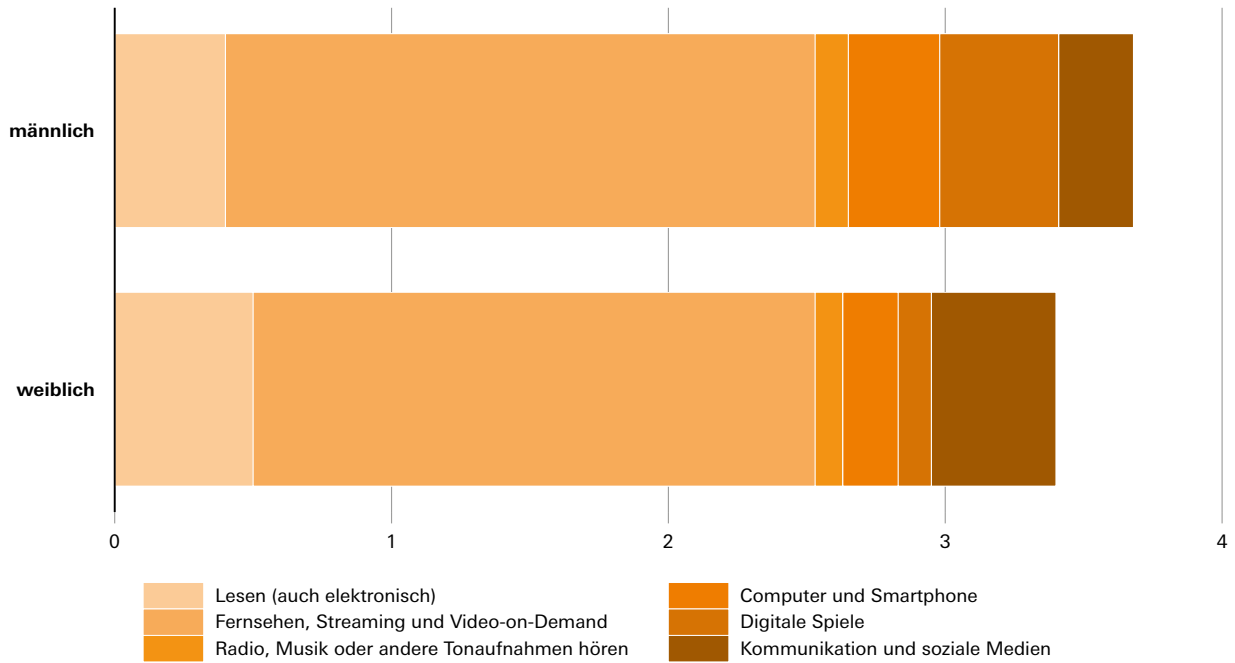
Der Erhebungsteil zur Internetnutzung (Informations- und Kommunikationstechnologien, IKT) umfasst z. B. Fragen zu Art, Häufigkeit, Zweck sowie möglichen Bedenken bei der Nutzung des Internets. Die Angaben werden EU-weit einheitlich erhoben und unterliegen nicht der Auskunftspflicht. Sie ermöglichen es, den Digitalisierungsstand der EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen und die Entwicklung über die Zeit darzustellen. Befragt werden ausschließlich Personen zwischen 16 und 75 Jahren.

Die Frage nach digitalen Produkten wurde zwischen 2022 und 2025 umformuliert. Während im Jahr 2025 ausschließlich nach Streaming-Diensten gefragt wurde, wurde sich 2022 auf digitale Produkte und Streaming-Dienste bezogen.

Informationen zur Zeitverwendung stammen aus der zuletzt im Jahr 2022 durchgeführten Zeitverwendungserhebung. Ergebnisse der ZVE 2022 für ganz Deutschland sind auf der Themenseite „Zeitverwendung“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.zve2022.de/) dargestellt.

Durchschnittliche Zeitverwendung für Mediennutzung von Personen ab 10 Jahren in Bayern 2022

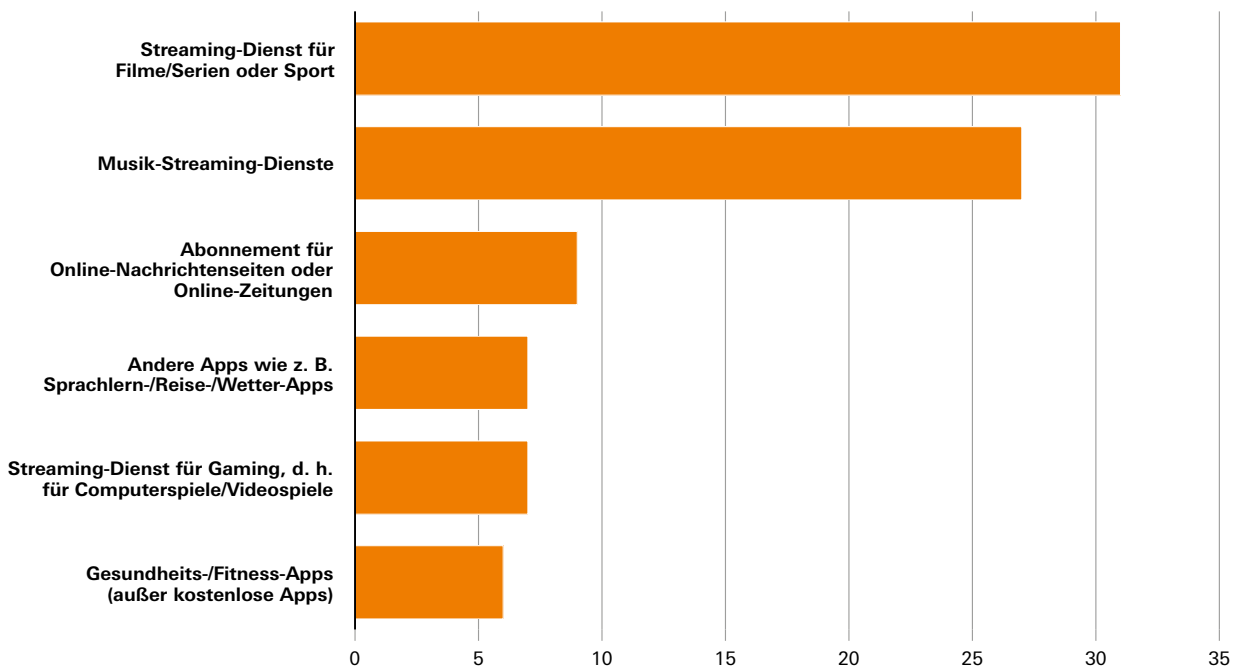
in Stunden und Minuten, nach Geschlecht



Quelle: Zeitverwendungserhebung

Personen zwischen 16 und 74 Jahren in Bayern 2025 nach selbst bezahlten Abonnements für Streaming-Dienste oder Apps

in Prozent



Quelle: Mikrozensus – Unterstichprobe IKT 2025



GUTEN MORGEN, BAYERN: Kaffeepreis auf Höchstniveau seit 2010

*Einfuhrwert von Kaffee im selben Zeitraum
um 20,8 Prozent gestiegen*



Versteuert.com

Für viele Menschen in Bayern beginnt der Tag mit einer Tasse Kaffee. Die Verbraucherpreisstatistik zeigt, dass sich die Preise seit 2010 stark verändert haben. Wie die Expertinnen des Bayerischen Landesamts für Statistik ermitteln, ist der Preis für Bohnenkaffee in Bayern im Oktober 2025 auf einem Höchststand. Im Vergleich zum Oktober 2024 hat sich Bohnenkaffee um 22,6 Prozent verteuert. Innerhalb der ersten drei Quartale 2025 verzeichnet die Verbraucherpreisstatistik einen Preisanstieg bei Bohnenkaffee um 18,3 Prozent.

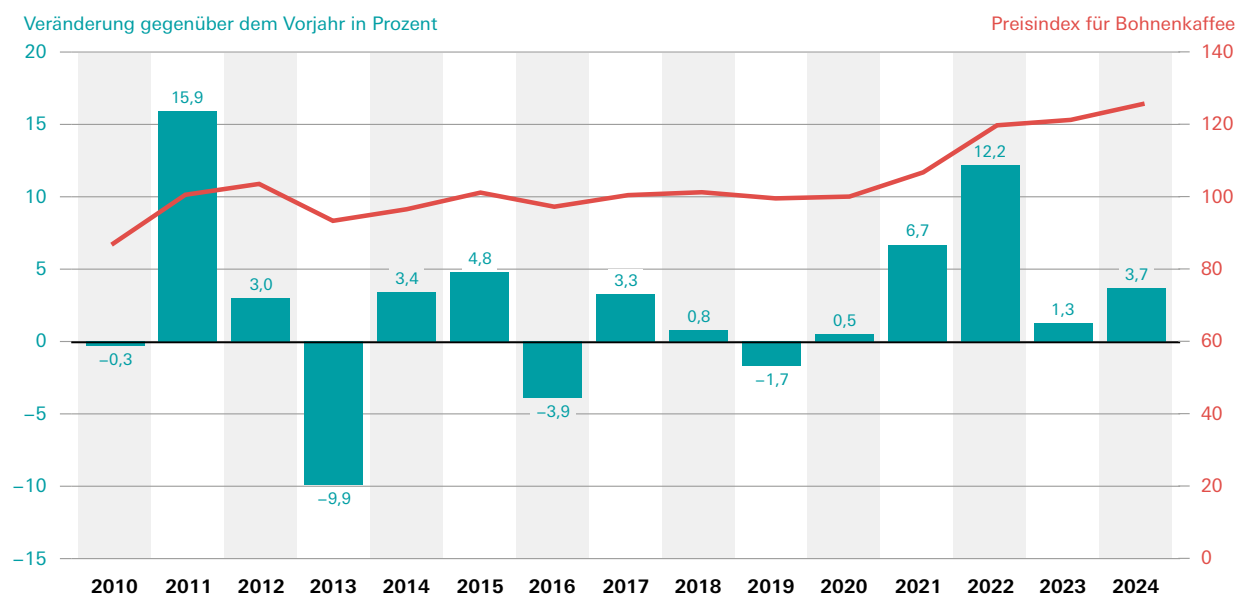
Zur Einordnung: der Verbraucherpreisindex in Bayern ist bis zum dritten Quartal 2025 um 2,0 Prozent

gestiegen. Damit liegt die Preisentwicklung für Bohnenkaffee über der allgemeinen Preisentwicklung in Bayern.

Eine Auswertung der Außenhandelsstatistik zeigt, dass in den ersten drei Quartalen 2025 insgesamt 8 595 Tonnen Kaffee aus dem Freistaat exportiert werden, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einem Minus von 17,8 Prozent entspricht.

Demgegenüber werden mit einem Plus von 31,2 Prozent insgesamt 10 745 Tonnen Kaffee importiert. Der Ausfuhrwert steigt in den ersten neun Monaten 2025 um 17,0 Prozent, der Einfuhrwert um 53,4 Prozent.

Preisindex für Bohnenkaffee in Bayern von 2010 bis 2024 (2020 = 100)



Langfristige Preissteigerung bei Bohnenkaffee

Gerade in der langfristigen Betrachtung der Preisentwicklung von Bohnenkaffee zeigt sich eine deutliche Preissteigerung. Zwischen 2010 und 2024 sind die Preise für Bohnenkaffee in Bayern um 45 Prozent gestiegen. Insbesondere in den Jahren 2011 (+ 15,9 Prozent) sowie in den Pandemiejahren 2021 (+ 6,7 Prozent) und 2022 (+ 12,2 Prozent) ist die Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahr am größten.

Ein Blick in die Außenhandelsstatistik für Bayern zeigt, dass die Ausfuhrmenge von Kaffee im Zeitraum von 2010 bis 2024 um 41,9 Prozent angestiegen ist. Umgekehrt ist die Importmenge von Kaffee nach Bayern im gleichen Zeitraum um 45,8 Prozent gesunken. Der Wert der Importe hat wiederum um 20,8 Prozent zugenommen. Der Ausfuhrwert von Kaffee je Tonne steigt im Betrachtungszeitraum um 42,7 Prozent von 5 215 Euro im Jahr 2010 auf 7 440 Euro im Jahr 2024. Zeitgleich erhöht sich der Einfuhrwert je Tonne von 3 683 Euro im Jahr 2010 auf 8 217 Euro im Jahr 2024. Im Jahr 2024 werden rund 13 500 Tonnen Kaffee aus Bayern ausgeführt und 11 000 Tonnen Kaffee nach Bayern eingeführt.

Der Preis für Bohnenkaffee im Freistaat schwankt in den einzelnen Beobachtungsjahren. Langfristig lässt sich zwischen 2010 und 2024 ein Preisanstieg um +45,0 Prozent erkennen. Betrachtet man parallel die Entwicklung des Einfuhrwerts von Kaffee, so zeigt sich ebenfalls eine Schwankung innerhalb der Jahre. Insbesondere seit 2020 steigt hier der Einfuhrwert kontinuierlich an, was die Preisentwicklung zum Teil erklären könnte. Inwieweit neben dem Einfuhrwert auch weitere Erklärungsfaktoren wie z.B. Wetterbedingungen, Rohstoffpreise oder Verarbeitungskosten eine Rolle spielen, lässt sich durch die amtliche Statistik nicht eindeutig beziffern.

Die Anzahl von Betrieben aus dem Verarbeitenden Gewerbe zur Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz (Güterklasse 10.83), zu denen bspw. Kaffeeröstereien gehören, ist in Bayern im Beobachtungszeitraum von 14 auf 19 Betriebe gestiegen. Erfasst werden in der Statistik Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. ■

Regionalisierte Daten stehen nicht zu Verfügung.

In dieser Pressemitteilung werden die Daten zu „Kaffee“ aus der Verbraucherpreisstatistik und der Außenhandelsstatistik gegenübergestellt. Die Merkmale zum Kaffee werden in der Erhebung unterschiedlich benannt, weshalb bei der Preisentwicklung „Bohnenkaffee“ ausgewiesen wird. In der Außenhandelsstatistik richtet sich die amtliche Statistik nach einem bestimmten Warenverzeichnis, wonach man anhand der sogenannten 8-Steller „Kaffee“ folgendermaßen definiert:

Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen; Kaffeemittel mit beliebigem Kaffeegehalt:

WA09011100 Kaffee, nicht geröstet und nicht entkoffeiniert

WA09011200 Kaffee, nicht geröstet, entkoffeiniert

WA09012100 Kaffee, geröstet, nicht entkoffeiniert

WA09012200 Kaffee, geröstet, entkoffeiniert

WA09019010 Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen

WA09019090 Kaffeemittel mit beliebigem Kaffeegehalt

WA21011100 Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee

WA21011292 Zubereitungen von Auszügen, Essenzen aus Kaffee

WA21011298 Zubereitungen auf der Grundlage von Kaffee

In der Summe ergeben sie die Warenuntergruppe „EGW402 – Kaffee aus der Klassifikation Ernährungs- und Gewerbliche Wirtschaft“ und sind dadurch miteinander vergleichbar.

Warenverzeichnis für den Außenhandel: www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Aussenhandel/Downloads/WA2023-3200300-23700-4.pdf?__blob=publicationFile

In der Statistik des Verarbeitenden Gewerbes, werden Betriebe aus der Güterklasse 10.83 „Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz“ dargestellt, darunter befinden sich:

- Entkoffeinieren und Rösten von Kaffee
- Herstellung von Kaffeeprodukten:
 - gemahlener Kaffee
 - löslicher Kaffee
 - Kaffee-Extrakt und -Konzentrat
- Herstellung von Kaffee-Ersatz
- Herstellung von Tee und Mate
- Herstellung von Auszügen und Zubereitungen aus Tee oder Mate
- Herstellung von Kräutertee
 - (Pfefferminze, Eisenkraut, Kamille usw.)
- Verpacken von Tee bzw. Kaffee in Teebeuteln bzw. Kaffeepads

www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Gueter-Wirtschaftsklassifikationen/Downloads/klassifikation-wz-2008-3100100089004-aktuell.pdf





+14,1 %

*Online-Einkäufer
2025 ggü. 2021*

GESAMTUMSATZ DES EINZEL- HANDELS STEIGT IM OKTOBER 2025 IM VORFELD ZUM BLACK FRIDAY

*Einzelne Branchen allerdings
im Minus*

Der nominale Umsatz im Einzelhandel in Bayern steigt im Oktober 2025 im Vergleich zum Oktober 2024 um 3,2 Prozent und der reale Umsatz um 2,1 Prozent. Die Beschäftigtenzahl nimmt allerdings um 1,1 Prozent ab. Im Versand- und Internet-Einzelhandel erhöhen sich nominaler und realer Umsatz jeweils um circa fünf Prozent. Die Zahl der Online-Einkäufer steigt seit 2021 um 14,1 Prozent. In den ersten zehn Monaten 2025¹ wächst der nominale Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,0 Prozent und der reale Umsatz um 7,5 Prozent. Die Beschäftigtenzahl sinkt um 0,5 Prozent.

Der nominale Umsatz im „Lebensmittel-Einzelhandel“ steigt im Oktober 2025 im Vergleich zum Oktober 2024 um 4,7 Prozent und der reale Umsatz um 2,7 Prozent. Im „Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln“ wächst der nominale Umsatz um 2,6 Prozent und der reale Umsatz um 2,0 Prozent. Die Beschäftigtenzahl steigt im „Einzelhandel mit Lebensmitteln“ um 0,6 Prozent, im „Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln“ geht sie um 2,0 Prozent zurück.

In vier der sieben Branchen (Wirtschaftsgruppen) des stationären Einzelhandels in Bayern sinken im Oktober 2025 nominaler und realer Umsatz sowie die Beschäftigtenzahl, und zwar im „Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)“, im „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und

Einkäufe und Bestellungen über das Internet von Personen von 16 bis unter 75 Jahren in Bayern in den Jahren 2021 bis 2025 in Prozent

Jahr	Jemals Einkäufe/Bestellungen über das Internet für den privaten Gebrauch getätigt	Zeitpunkt des letzten Kaufs/ der letzten Bestellung von Waren oder Dienstleistungen		
		innerhalb der letzten drei Monate	vor mehr als drei Monaten, aber innerhalb des letzten Jahres	vor mehr als einem Jahr
2021	76,7	65,3	8,1	3,3
2022	79,2	61,8	11,2	6,2
2023	82,1	65,3	10,4	6,5
2024	83,6	60,2	18,4	5,0
2025	86,7	61,9	18,7	6,1

Ergebnisse des Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-IKT) – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten

Kommunikationstechnik“, im „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ und im „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“. Im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ sowie im „sonstigen „Einzelhandel“ steigen jeweils nominaler und realer Umsatz. Im „Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“ nimmt der nominale Umsatz zu, während der reale Umsatz sinkt.

Der nominale Umsatz des „Einzelhandels an Verkaufsständen und auf Märkten“ geht um 1,3 Prozent zurück, der reale Umsatz um 2,6 Prozent.

Black Friday: Internet- und Versandhandel sowie Onlineshopping

Im „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten“ erhöht sich der

nominale Umsatz im Oktober 2025 um 4,9 Prozent und der reale Umsatz um 4,6 Prozent. Darunter nimmt der Umsatz im Versand- und Internet-Einzelhandel nominal um 5,4 Prozent und real um 4,9 Prozent zu.

Ergänzend zur Handelsstatistik haben nach aktuellen Ergebnissen der Erhebung zur privaten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Jahr 2025 rund 86,7 Prozent der Bevölkerung von 16 bis unter 75 Jahren schon mal online eingekauft. Insgesamt 8,5 Millionen Personen (61,9 Prozent) geben an, in den drei Monaten vor der Befragung online geshoppert zu haben. Im Zeitverlauf setzen immer mehr Menschen in Bayern auf Online-Handel: Seit 2021 ist die Zahl der Online-Einkäufer um 14,1 Prozent gewachsen, also der Prozentuale Anstieg von absolut 7,4 Millionen auf 8,5 Millionen Personen. ■

1 Aufgrund der Umstrukturierung eines größeren Unternehmens im Internet- und Versandhandel weisen die betroffenen Zeitreihen ab Monat August 2024 einen (strukturellen) Zuwachs in der Einzelhandelsstatistik auf.

Regionale Ergebnisse stehen nicht zur Verfügung.

Im Oktober 2025 fand in der Monatsstatistik im Einzelhandel ein Berichtskreiswechsel statt.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse im Einzelhandel werden anhand verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht: „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Oktober 2025“, Download als PDF unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel/index.html

Mehr Ergebnisse zur Internetnutzung und Online-Einkäufen für das Jahr 2024 enthält der Statistische Bericht: „Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten in Bayern – Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2024“, Download als PDF unter: statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/a6300c_202400.pdf

STÄRKSTER EINKOMMENS- ZUWACHS JE EINWOHNER IM ZEITRAUM 2013 BIS 2023 IN DER OBERPFALZ

*In den bayerischen Landkreisen etwas höheres Wachstum
als in den kreisfreien Städten*

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöht sich in Bayern je Einwohner in der Dekade von 2013 bis 2023 nominal um 36,3 Prozent. Dabei gibt es nach den neuesten Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken. Am stärksten nimmt das Verfügbare Einkommen in der Oberpfalz mit 39,4 Prozent zu, dahinter folgen mit etwas Abstand Unterfranken und Niederbayern mit 38,8 Prozent bzw. 37,1 Prozent. Auf dem vierten Platz rangiert Oberfranken mit 36,3 Prozent, was dem bayerischen Durchschnitt entspricht. Die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben liegen mit 35,9 Prozent, 34,8 Prozent bzw. 34,2 Prozent unter dem bayerischen Durchschnitt.

Trotz der unterdurchschnittlichen Einkommensentwicklung verzeichnen die Einwohner von Oberbayern im Jahr 2023 mit 34 716 Euro den höchsten durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller Regierungsbezirke.

Betrachtet man nicht das durchschnittliche Einkommen pro Kopf, sondern die Gesamtsumme des Verfügbaren Einkommens in einem Regierungsbezirk, schneidet Niederbayern im 10-Jahres-Vergleich mit einem Plus von 47,7 Prozent am besten ab. Dieses Wachstum liegt um 10,6 Prozentpunkte höher als in der Pro-Kopf-Betrachtung für diesen Regierungsbezirk. Neben der starken Bevölkerungszunahme in Niederbayern dürften für diese Differenz weitere Faktoren eine Rolle spielen. Beispielsweise steigt durch die

+75,6%



*Landkreis
Rhön-
Grabfeld
(höchste
Zunahme)*

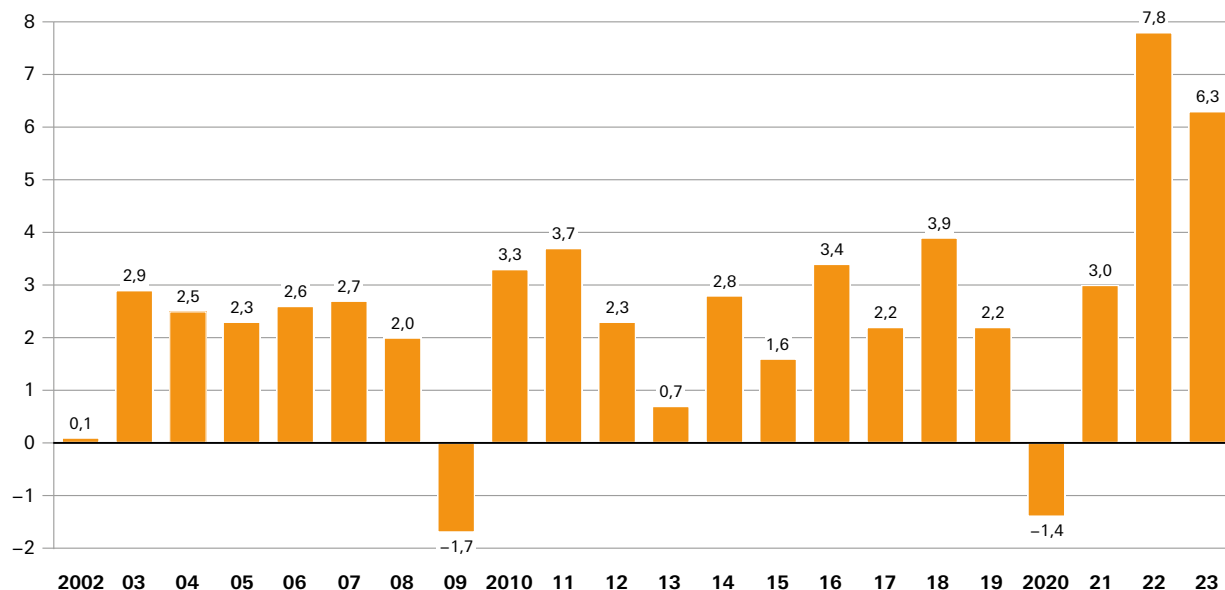
+17,4%



*kreisfreie
Stadt
Coburg
(niedrigste
Zunahme)*

*Verfügbares Einkommen der
privaten Haushalte je Einwoh-
ner in der Kategorie „Kreis-
freie Städte und Landkreise in
Bayern“ von 2013 bis 2023*

**Jährliche Veränderungsrate des bayerischen verfügbaren Einkommens je Einwohner
in den Jahren 2002 bis 2023**
in Prozent



relativ hohe Geburtenzahl in Niederbayern der Anteil junger, noch nicht selbst verdienender Bevölkerungsteile an, wodurch die durchschnittliche Zunahme je Einwohner gedämpft wird.

Auf Kreisebene wächst das Verfügbare Einkommen pro Kopf in den zehn Jahren von 2013 bis 2023 im Landkreis Rhön-Grabfeld mit 75,6 Prozent am stärksten. Es folgen die Landkreise Wunsiedel mit einem Plus von 57,4 Prozent, Tirschenreuth mit 56,8 Prozent und Erlangen-Höchststadt mit 52,6 Prozent. Unter den Top Ten findet man keine kreisfreie Stadt. Unter den zehn Kreisen mit den niedrigsten Einkommenszuwächsen befinden sich hingegen sieben kreisfreie Städte.

Obwohl das Einkommen in den Landkreisen stärker wächst, ist das einwohnerbezogene Einkommen in den kreisfreien Städten auch im Jahr 2023 mit 32 001 Euro noch immer höher als in den Landkreisen mit 31 325 Euro. Wie in den Vorjahren erreicht der Landkreis Starnberg auch 2023 mit 44 520 Euro das höchste Verfügbare Einkommen je Einwohner. Danach folgen die Landkreise Miesbach mit 40 748 Euro, der Landkreis München (39 090 Euro) und die Stadt München (38 190 Euro).

Bei den hier vorgelegten Ergebnissen ist zu beachten, dass es sich um nominale, also nicht preisbereinigte, Werte handelt. Eine Preisbereinigung auf Kreisebene ist derzeit nicht möglich, da regionale Preisindizes unterhalb der Landesebene fehlen.

Somit bleiben Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen den Kreisen außer Betracht. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt daher für sich betrachtet noch kein Maß für die regionale Kaufkraft dar. ■

Die hier vorgelegten Ergebnisse wurden nach den methodischen Vorgaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, berechnet. Weitere Informationen und Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.statistikportal.de/de/vgrdl abgerufen werden. Dort finden Sie z. B. auch die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 3 (www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-kreisebene/einkommen-kreise) mit dem Verfügbare Einkommen für alle deutschen Kreise. Diese Gemeinschaftsveröffentlichung wird voraussichtlich am 28. Januar 2026 mit den aktuellen Zahlen veröffentlicht.

Die Ergebnisse zum Primäreinkommen (PEK) und zum Verfügbaren Einkommen (VEK) in den Kreisen und Regionen Bayerns können auch aus unserer GENESIS – Datenbank (www.statistikdaten.bayern.de/genesis) unter dem Code 82411 abgerufen werden. Wenn Sie tiefergegliederte Ergebnisse zu den Unterpositionen des PEK und VEK wünschen, bitten wir Sie, sich mit der VGR-Fachabteilung des Bayerischen Landesamtes für Statistik über das Funktionspostfach (VGR@statistik.bayern.de) in Verbindung zu setzen.

RUND 3,1 MILLIONEN HEKTAR LAND- WIRTSCHAFT- LICH GENUTZTE FLÄCHE

13,4 Prozent davon
werden ökologisch
bewirtschaftet

*Ackerbohnen und Hafer
werden überwiegend
ökologisch angebaut*

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern beträgt nach den endgültigen Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung 2025 rund 3 088 800 Hektar. Davon entfallen 2 029 400 Hektar auf Ackerland (65,7 Prozent), 1 046 000 Hektar auf Dauergrünland (33,9 Prozent) und 13 400 Hektar auf Dauerkulturen (0,4 Prozent). Die Bodennutzungshaupterhebung wird im Zuge des Bürokratieabbaus ab dem Jahr 2025 rein aus Verwaltungsdaten erstellt. Datengrundlage sind dabei die Angaben der Landwirte zu ihren Anbauflächen, die im Antrag auf die Agrarförderung (sog. Mehrfachantrag) übermittelt werden. Diese Umstellung reduziert die Auskunftspflichten landwirtschaftlicher Betriebe. Außerdem können im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung ab diesem Jahr die Flächen des ökologischen Landbaus separat ausgewiesen werden.

Getreide zur Körnergewinnung macht die Hälfte des Ackerlands aus

Auf 1 024 300 Hektar bewirtschaften Bayerns Landwirte Getreide zur Körnergewinnung einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix (CCM). Dies entspricht 50,5 Prozent der Ackerfläche. Wie in den Vorjahren sind die drei wichtigsten Fruchtarten dieser Kategorie: Weizen mit 501 900 Hektar (49,0 Prozent), Gerste mit 277 200 Hektar (27,1 Prozent) und Körnermais/Mais zum Ausreifen einschließlich CCM mit 122 900 Hektar (12,0 Prozent).



Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach ausgewählten ökologischen Anbaukulturen in Bayern

Fläche und Anbaukultur Hauptnutzungsart/Kulturart/Fruchtart	Jeweilige Fläche im Jahr 2025, endgültig		
	insgesamt	darunter: ökologische Fläche	Öko-Anteil an der Gesamtfläche
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	3 088 800	412 900	13,4
darunter Ackerland	2 029 400	206 100	10,2
darunter Getreide zur Körnergewinnung ¹	1 024 300	91 100	8,9
darunter Weizen	501 900	40 600	8,1
darunter Winterweizen	443 700	22 900	5,2
Dinkel	46 900	16 300	34,7
Hafer	32 400	17 900	55,3
Körnermais/Mais zum Ausreifen (einschl. CCM)...	122 900	6 400	5,2
Pflanzen zur Grünernte	626 100	75 500	12,1
darunter Silomais/Grünmais	405 900	7 100	1,8
Leguminosen (z. B. Klee, Luzerne)	131 400	55 500	42,2
Hackfrüchte	101 100	4 900	4,9
darunter Kartoffeln	41 300	2 500	5,9
Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung	59 600	2 500	4,2
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹	39 300	12 600	32,1
darunter Erbsen	9 800	2 200	21,9
Ackerbohnen	4 500	3 100	69,1
Sojabohnen	22 800	6 500	28,7
Handelsgewächse	149 100	5 700	3,8
darunter Winterraps	117 500	/	/
Sonnenblumen	6 200	2 500	41,0
Dauergrünland zusammen	1 046 000	204 500	19,6

¹ Einschließlich Saatguterzeugung.

Bedeutendste Kulturpflanze insgesamt bleibt der Mais

Auf 626 100 Hektar Anbaufläche werden Pflanzen zur Grünernte angebaut. Der größte Anteil entfällt hier mit 70,3 Prozent auf Silo-/Grünmais (405 900 Hektar). Gemessen an der gesamten Anbaufläche Bayerns bleibt Mais mit insgesamt rund 528 900 Hektar und einem Anteil von 26,1 Prozent des Ackerlands weiter bedeutendste Kulturpflanze.

Die Anbaufläche für Hackfrüchte beträgt insgesamt 101 100 Hektar. Die wichtigsten Fruchtarten sind hier Zuckerrüben mit 59 600 Hektar und Kartoffeln mit 41 300 Hektar. Auf 39 300 Hektar werden Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung angebaut. Am bedeutendsten sind hier die Sojabohnen mit 22 800 Hektar.

Die bedeutendsten ökologisch angebauten Feldfrüchte sind Ackerbohnen, Hafer, Leguminosen, Sonnenblumen und Dinkel

In Bayern werden 412 900 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche nach den Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Das ist ein Anteil von 13,4 Prozent an der gesamten landwirtschaftlich

genutzten Fläche. Es handelt sich dabei um 206 100 Hektar Ackerland (10,2 Prozent des gesamten Ackerlands) und 204 500 Hektar Dauergrünland (19,6 Prozent des gesamten Dauergrünlands). Bei den folgenden Feldfrüchten überwiegt der ökologische Anbau den konventionellen Anbau: Ackerbohnen 69,1 Prozent und Hafer 55,3 Prozent. Weiterhin werden Leguminosen mit 42,2 Prozent, Sonnenblumen mit 41,0 Prozent und Dinkel mit 34,7 Prozent zu großen Teilen ökologisch angebaut. ■

Methodischer Hinweis

Ab dem Erhebungsjahr 2025 werden in der Bodennutzungshaupterhebung die Erhebungsmerkmale zusätzlich differenziert nach konventioneller versus ökologischer Wirtschaftsweise gem. Verordnung (EU) 2018/848 erhoben. Die rechtliche Grundlage ist § 1 Agrarstatistik-Datenerhebungsverordnung (AgrStatDEV). Das Merkmal der ökologischen Wirtschaftsweise wird im Zentralen Betriebsregister der Agrarstatistiken zum einen mit den primär erhobenen Auskünften der Landwirte aus Vorjahren und anderen Erhebungen, zum anderen mit den Verwaltungsdaten der bayerischen Agrarförderung (InVeKoS) und der Berufsgenossenschaft SVLFG aktualisiert. Im Jahr 2025 wird die Bodennutzungshaupterhebung zum letzten Mal als Stichprobe durchgeführt, ab dem Jahr 2026 als Totalerhebung aus Verwaltungsdaten.

Des Weiteren gelten die Abschnidegrenzen gemäß § 91 Agrarstatistikgesetz (AgrStatG), u. a. 5 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche und weitere Merkmale, wie in den vergangenen Jahren. Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe /Stichprobenerhebung 2025“.

STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR BAYERN

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Darin zusammengestellt sind jährlich aktuelle Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern.

Auf über 700 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken und Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen.

Ebenso enthalten sind ausgewählte Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte, Landkreise und Regionen Bayerns, für Bund und Länder sowie die EU-Mitgliedstaaten.

Buch 39,- €

Gesamt-PDF 12,- €

oder kostenlos als Einzel-PDFs bzw. Datentabellen zum Download unter <https://s.bayern.de/jahrbuch>



Bayerisches Landesamt für
Statistik





PRESSEKONFERENZ ZUM STATISTISCHEN JAHRBUCH 2025

Aus der Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann
anlässlich der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2025 für Bayern am 18. Dezember 2025 in Fürth

Ich freue mich, Ihnen heute das neue Statistische Jahrbuch 2025 vorzustellen.

Es spiegelt nicht nur die breite Vielfalt der Arbeit des Landesamts für Statistik wider, sondern zeigt auch, welche zentrale Rolle die Statistik für die Gesellschaft spielt. Statistische Zahlen bieten objektive Einblicke in soziale und politische Phänomene und sind damit für die Landespolitik eine wichtige Planungs- und Entscheidungsgrundlage.

Neben den statistischen Erkenntnissen aus dem Jahr 2024 stellen wir Ihnen heute auch ausgewählte, teils noch vorläufige Zahlen für das laufende Kalenderjahr vor.

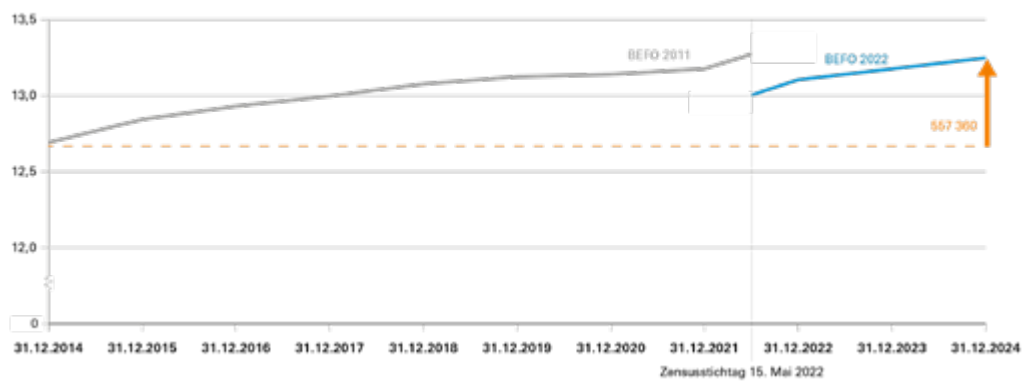
Zunächst zur Bevölkerungsentwicklung: Zum 31. Dezember 2024 lebten in Bayern rund 13,25 Millionen Menschen (13 248 928).

Damit ist die Bevölkerungszahl des Freistaats in den letzten zehn Jahren (31.12.2014: 12 691 568 Einwohner) um 557 360 Personen (4,4 Prozent) gestiegen.

Nachdem die Geburtenzahlen im Freistaat zwischen 2011 (103 668) und 2021 (134 321) kontinuierlich gestiegen sind, ist seit dem Jahr 2022 (124 897) ein Rückgang der Geburtenzahlen beobachtbar. 2024 gab es in Bayern rund 114 400 (114 365) Geburten. Demgegenüber stehen knapp 144 100 (144 061) Sterbefälle, womit auch 2024 die Zahl der Todesfälle die der Geburten überstieg (und zwar um 29 696).

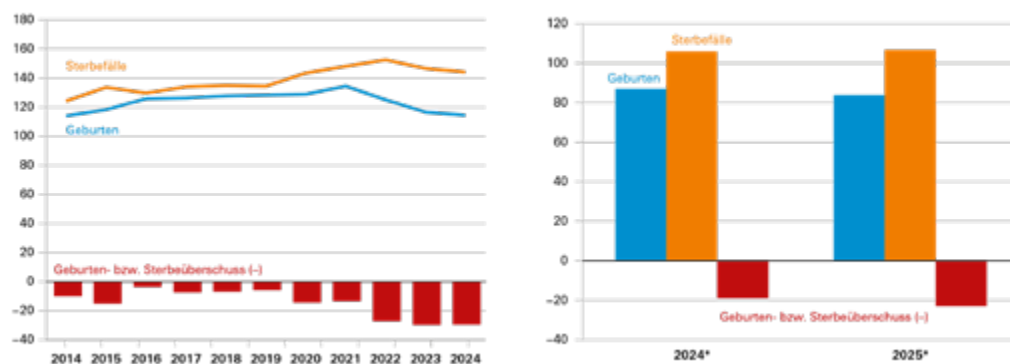
Bevölkerungsentwicklung in Bayern von 2014 bis 2024

IN MILLIONEN



Natürliche Bevölkerungsbewegung für Bayern seit 2014

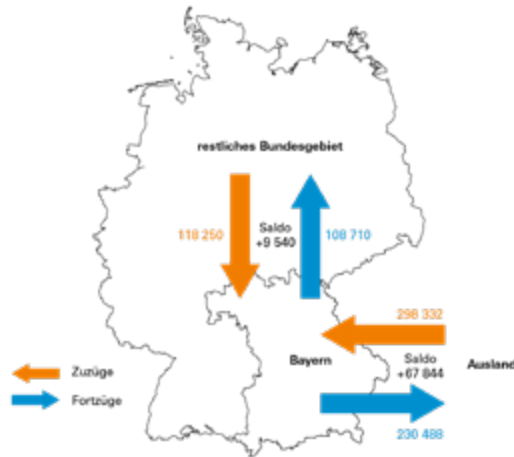
IN TAUSEND



Für das Jahr 2025 ist im Vergleich zum Vorjahr ein weiterer Geburtenrückgang festzustellen: So wurden von Januar bis September 2025 rund 83 900 (83 857) Kinder geboren. Das sind rund 3 150 Kinder weniger als im gleichen Zeitraum 2024 (Januar bis September 2024: 87 007; Januar bis September 2023: 88 232).

Wie bereits in den Vorjahren ist das Bevölkerungswachstum von etwa 72 500 (72 502) Personen im Jahr 2024 auf die Gewinne in der Wanderungsstatistik zurückzuführen: 2024 sind insgesamt fast 77 400 Personen (77 384) mehr nach Bayern gezogen als im gleichen Zeitraum weggezogen sind.

Wanderungsbewegungen Bayerns mit dem In- und Ausland von Januar 2024 bis Dezember 2024



Dabei spielt die Binnenwanderung mit einem Plus von rund 9 500 (9 540) Personen nur eine geringe Rolle. Aus dem Ausland sind hingegen mehr als 298 300 Personen (298 332) zugezogen und nur etwa 230 500 (230 488) Personen aus Bayern ins Ausland weggezogen. Das ergibt ein Plus in Höhe von gut 67 800 (67 844) Personen.

Auch im Jahr 2024 war die Fluchtbewegung aufgrund des Ukrainekriegs noch immer sehr relevant bei den Wanderungsbewegungen mit dem Ausland: Insgesamt entfielen im vergangenen Jahr gut 32 Prozent (31,6 Prozent, 21 465 Personen) des Wanderungsgewinns aus dem Ausland alleine auf die Wanderungsbewegungen zwischen der Ukraine und Bayern. Im Vergleich: Im Jahr 2023 waren es etwa 17 Prozent (17,4 Prozent, 16 112 Personen), im Jahr 2022 sogar 63 Prozent (Beginn des Ukrainekriegs).

Nach der Ukraine mit einem Wanderungsüberschuss von etwa 21 500 (21 465) Personen trugen Syrien mit gut 9 500 (9 509), Indien mit etwas über 7 000 (7 036) und Afghanistan mit gut 6 100 (6 137) Menschen am stärksten zum Bevölkerungswachstum Bayerns bei.

Im laufenden Jahr 2025 ist ein deutlicher Rückgang bei der Zuwanderung aus dem Ausland zu vermelden. Im Zeitraum von Januar bis September 2025 lag der Wanderungsüberschuss lediglich bei rund 22 600 Menschen (22 672). Im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Vorjahres (53 351), entspricht das einem Rückgang um fast 58 Prozent.

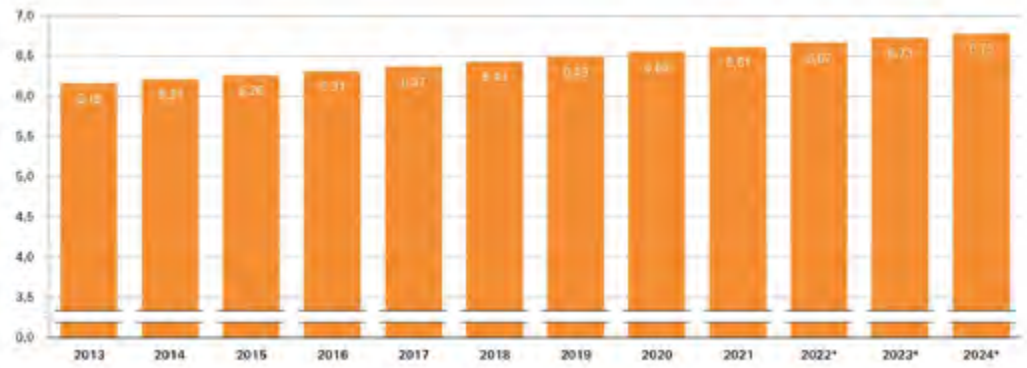
Die Kombination aus der Zahl der Zuwanderungen aus dem Ausland und der Geburten dienen uns als wichtiger Indikator für die künftig benötigten Kita- und Schulplätze in Bayern.

Nachdem die Zahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren von 2018 (31.12.2018: 745 684) bis 2021 (31.12.2021: 782 358) um rund 5 Prozent anstieg, ist seit 2022 wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Zum Jahresende 2024 lag die Zahl der Kinder unter 6 Jahren knapp unter 750 000 (749 635).

Gleichzeitig stieg die Zahl der in Kitas betreuten Kinder in Bayern seit 2018 von rund 418 000 Kindern (01.03.2018: 418 259) bis März 2025 um etwa 15 Prozent auf gut 481 500 Kinder an (01.03.2025: 481 504). Die Zahlen lassen erwarten, dass sich die Betreuungssituation in den bayerischen Kitas weiter entspannt.

Bestand an Wohnungen in Bayern seit 2013*

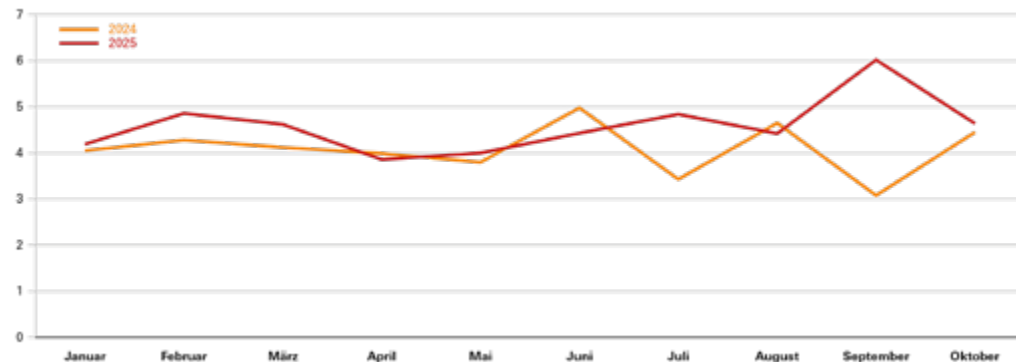
IN MILLIONEN



* Ab 2022 Fortschreibung auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 2022

Neu genehmigte Wohnungen in Bayern 2024 und 2025 (Januar bis Oktober)

IN TAUSEND



Meine Damen und Herren, dass Bayern sich so großer Beliebtheit erfreut, stellt die Politik auch vor zahlreiche Herausforderungen. Vor allem der Wohnungsmarkt ist in Bayern insbesondere in den Ballungsräumen stark angespannt.

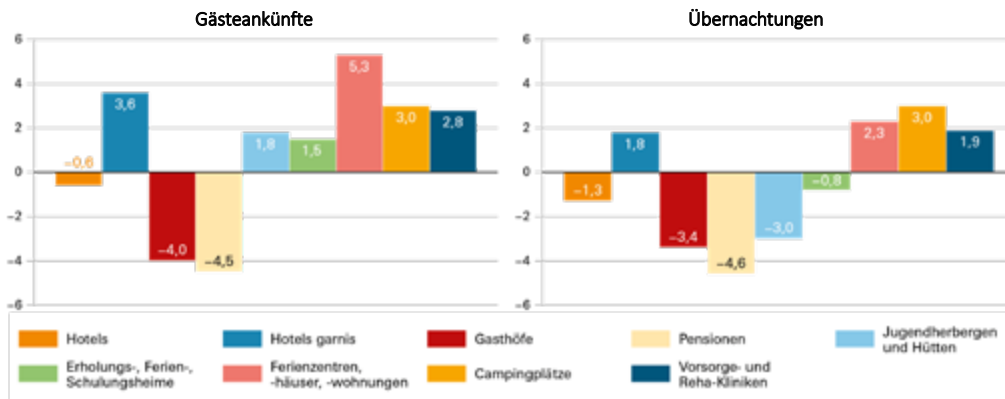
Es ist daher sehr zu begrüßen, dass sich der Wohnungsbestand in Bayern im Verlauf des Jahres 2024 weiter erhöht hat. So gab es in Bayern Ende 2024 fast 6,78 Millionen Wohnungen und damit 51 664 beziehungsweise 0,8 Prozent mehr als vor Jahresfrist. In den kreisfreien Städten nahm die Zahl der Wohnungen

um 0,7 Prozent auf 2,20 Millionen zu, in den Landkreisen stieg sie um 0,8 Prozent auf rund 4,57 Millionen. Für 72 500 zusätzliche Personen gab es somit über 51 600 zusätzliche Wohnungen in Bayern!

Jedem Einwohner standen 2024 rechnerisch 51,1 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung – ein leichtes Plus gegenüber 51,0 Quadratmetern im Jahr 2023. Von Januar bis Oktober 2025 wurden insgesamt 45 873 Wohnungen zum Bau bewilligt, dies sind 5 047 beziehungsweise 12,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

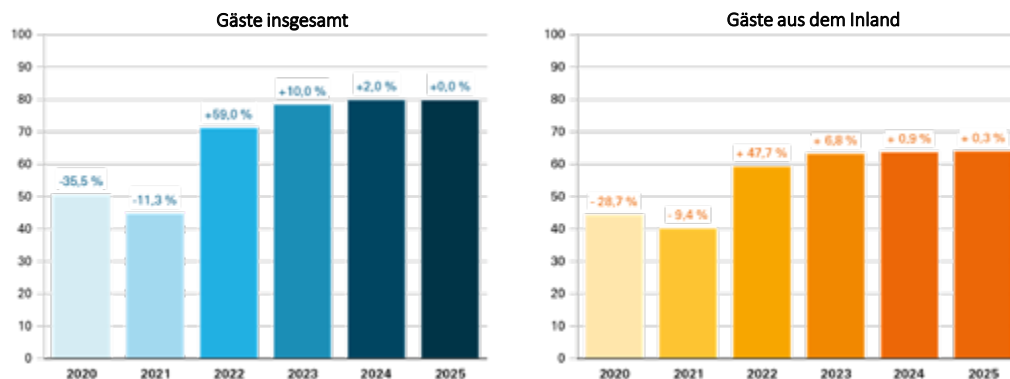
Veränderungsrate Gästeankünfte und Übernachtungen Januar bis Oktober 2025 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

IN PROZENT



Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in Bayern in den Jahren 2020 bis 2025 (Januar bis September)

IN MILLIONEN UND VERÄNDERUNG ZUM VORJAHRESZEITRAUM IN PROZENT

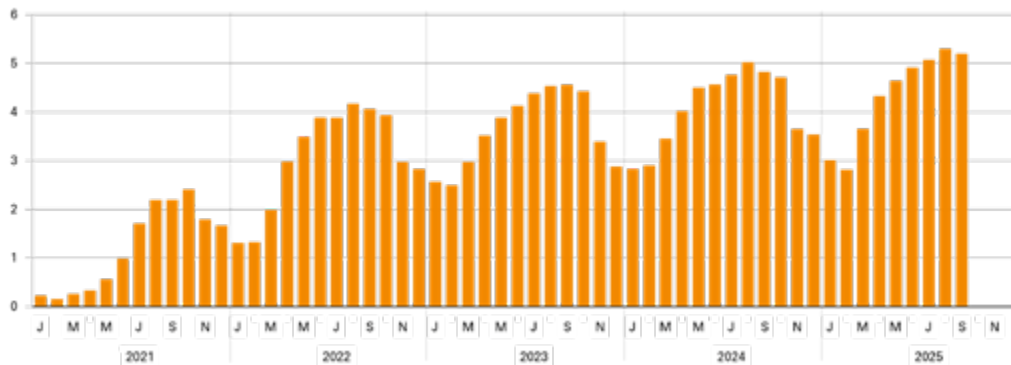


Der Freistaat ist aber nicht nur als dauerhafter Lebensmittelpunkt attraktiv. Bayern ist auch als Reiseziel sehr gefragt. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2025 vermeldeten die Beherbergungsbetriebe in Bayern mit 35,4 Millionen Gästeankünften (+0,6 Prozent ggü. Vorjahreszeitraum) und 89,5 Millionen Übernachtungen (-0,1 Prozent ggü. Vorjahreszeitraum) konstant starke Ergebnisse.

Dabei geht der Trend zu einem individuell gestalteten Urlaub. Das zeigt sich daran, dass Campingplätze die höchste relative Steigerung von 3,0 Prozent bei den Übernachtungszahlen aufweisen (Gästeankünfte: +3,0 Prozent), gefolgt von Ferienzentren, -häusern und -wohnungen mit einem Plus von 2,3 Prozent (Gästeankünfte: +5,3 Prozent).

Passagiere der Verkehrsflughäfen München, Nürnberg und Memmingen von Januar 2021 bis September 2025*

IN MILLIONEN



* Ohne Transitverkehr

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2024 erlebte die bayerische Beherbergungsbranche ein bisheriges Rekordhoch (Gästeankünfte: 40,6 Millionen; Übernachtungen: 102,7 Millionen). Es ist sehr erfreulich, dass die Branche auch im Jahr 2025 Ergebnisse auf diesem hohen Niveau erzielt.

Der internationale Tourismus spielt in Bayern eine tragende Rolle (Anteil ausländischer Gäste: 23,7 Prozent), doch stammen gut drei Viertel der Gäste in den bayerischen Beherbergungsbetrieben aus Deutschland (Anteil deutscher Gäste: 76,3 Prozent). In den ersten drei Quartalen 2025 wurden für diese Gästegruppe 64,2 Millionen Übernachtungen registriert – eine leichte Steigerung um 0,3 Prozent. (gleichzeitig Übernachtungen Ausland: 15,9 Millionen, –1,5 Prozent).

Im bundesweiten Vergleich liegen die Beherbergungsleistungen im Freistaat vorne: Gut ein Fünftel aller Gäste (21,4 Prozent) und aller Übernachtungen (20,7 Prozent) in Deutschland generieren allein die bayerischen Betriebe.

Dass Bayern auch eine Bedeutung als wichtiger Verkehrsknotenpunkt hat, zeigt sich in den Daten zum Luftverkehr. In den ersten drei Quartalen 2025 meldeten die drei bayerischen Verkehrsflughäfen München, Nürnberg und Memmingen 5,2 Prozent mehr Starts und Landungen als im Vorjahreszeitraum. Als jüngster bayerischer Flughafen durfte sich Memmingen hier über die höchste Wachstumsrate von 16,3 Prozent bei den Flugbewegungen freuen.

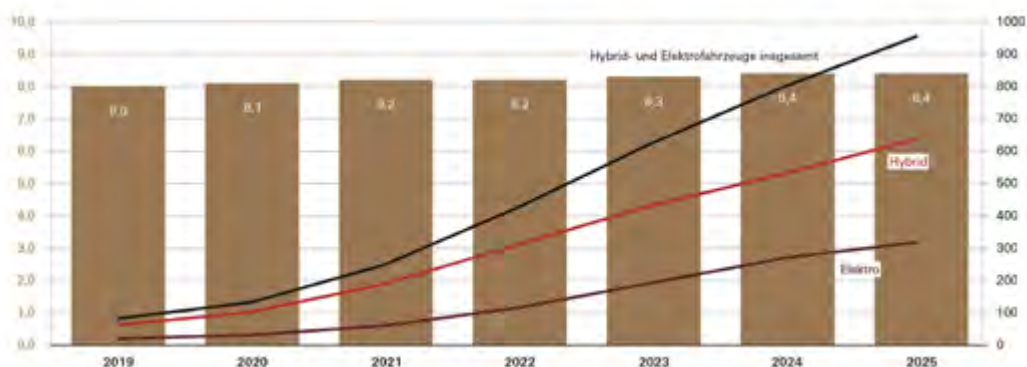
Insgesamt stieg die Zahl der beförderten Passagiere um 5,6 Prozent auf rund 38,9 Millionen. Dabei konnte beobachtet werden, dass die Zahl der Passagiere aus dem Ausland im Zeitraum Januar bis September 2025 stieg (Einsteiger: +6,5 Prozent; Aussteiger: +6,4 Prozent), während die Zahl der inländischen Fluggäste leicht sank (Einsteiger: –0,7 Prozent; Aussteiger: –0,5 Prozent).



Pkw-Bestand und E-Mobilität in Bayern von 2019 bis 2025*

**PKW-BESTAND
IN MILLIONEN**

**HYBRID- UND ELEKTROFAHRZEUGE
IN TAUSEND**



* Stichtag jeweils 1. Januar

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

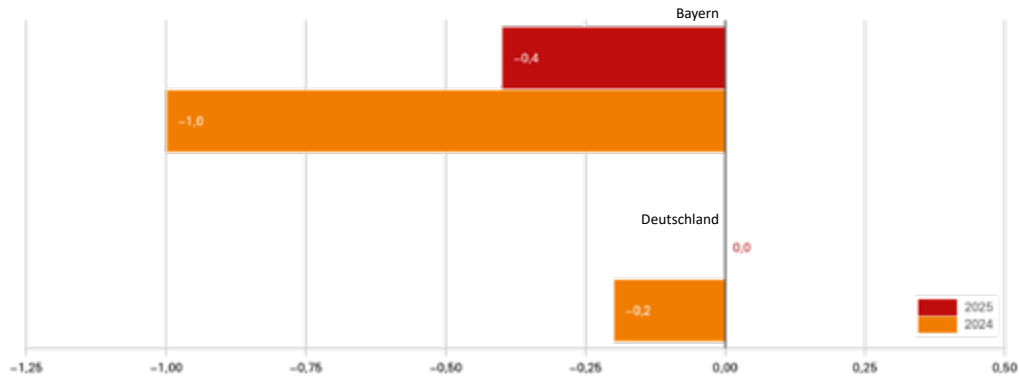
Meine Damen und Herren, für das Autoland Bayern sind auch die folgenden Zahlen bedeutsam: Bei den PKW-Zulassungen steigt der Anteil der PKW mit alternativen Antriebstechnologien weiter. So ist zum Stichtag 1. Januar 2025 der Anteil von umweltfreundlichen Hybrid- und Elektrofahrzeugen in Bayerns Pkw-Bestand gegenüber dem Vorjahr von 9,6 auf 11,4 Prozent gewachsen.

Von Januar bis September 2025 wurden auf Bayerns Straßen insgesamt 453 728 Pkw neu zugelassen. Davon war mit 260 515 Fahrzeugen mehr als die Hälfte mit alternativen Antriebstechnologien (Gas, Elektro, Hybrid) ausgestattet.

Die Hybridtechnik, zu der auch Plug-in-Fahrzeuge zählen, erreichte ein Plus von 28,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die reine Elektrotechnik (Batterie-Elektrofahrzeuge) verzeichnete eine Zunahme mit einem Plus von 32,6 Prozent (78 628 Pkw).

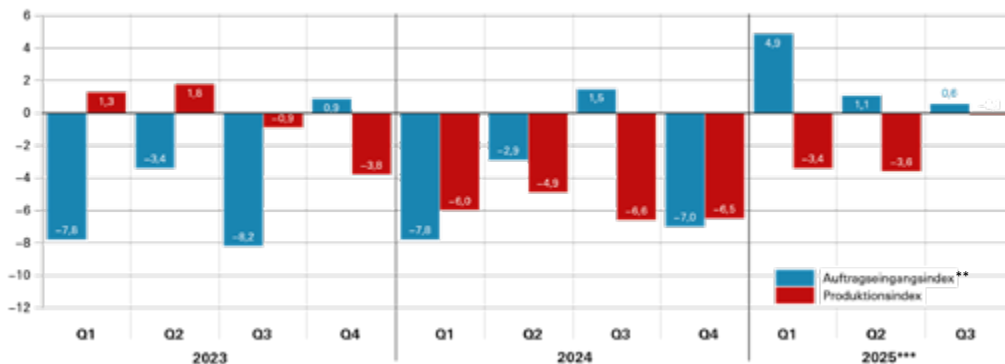
Preisbereinigte Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Bayern und Deutschland 2024 und im 1. Halbjahr 2025

IN PROZENT



Auftragseingang und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern

PREISBEREINIGT; 2021=100; VERÄNDERUNG ZUM VORJAHRESZEITRAUM IN PROZENT

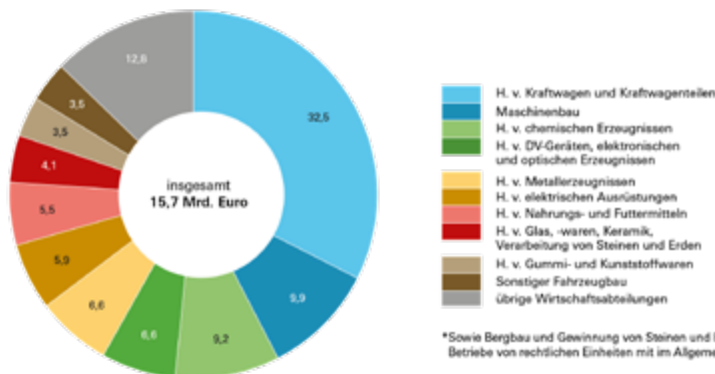


* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
 ** Volumenindex; nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.
 *** vorläufig.

Investitionsstärkster Wirtschaftszweig in Bayern war auch 2024 die „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“. Deren Anteil am gesamten bayerischen Investitionsvolumen betrug fast ein Drittel (2024: 32,5 Prozent; 2023: 34,1 Prozent; 2019: 34,4 Prozent), das sind 5,1 Milliarden Euro (5,1 Prozent weniger als 2023; 11,1 Prozent mehr als 2022; 0,6 Prozent weniger als 2019) – gefolgt vom Maschinenbau mit einem Anteil von 9,9 Prozent und 1,6 Milliarden Euro (2023: 10,6 Prozent; 2019: 10,6 Prozent).

Die bayerische Wirtschaftsleistung nahm im ersten Halbjahr 2025 preisbereinigt um 0,4 Prozent (gegenüber dem Vorjahreszeitraum) ab. Einbrüche im Verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor, aber auch die Rückgänge bei den unternehmensnahen Dienstleistungen schwächten die Wirtschaftskraft in Bayern. Im selben Zeitraum stagnierte in Deutschland insgesamt das Bruttoinlandsprodukt (-0,0 Prozent; Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) weist nur Jahres- und Halbjahreswerte aus).

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2024 IN PROZENT



*Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
Betriebe von rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

Auch das Produktionsvolumen im Freistaat ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2025 um 2,4 Prozent (gegenüber dem Vorjahreszeitraum) zurückgegangen. Dabei wiesen die einzelnen Zweige des Verarbeitenden Gewerbes eine äußerst gegensätzliche Entwicklung auf.

So zeigte sich bei der „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ in den ersten Monaten des Jahres ein deutliches Plus von 9,1 Prozent. Dagegen wurde besonders bei der Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren mit 7,8 Prozent ein erhebliches Minus verzeichnet. Bedauerlicherweise war auch in Bayerns investitionsstärkstem Wirtschaftszweig, der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, ein Rückgang von 6,5 Prozent festzustellen.

Erfreulich ist jedoch, dass der Auftragseingang, der als Frühindikator für die künftige Entwicklung der Produktion gilt, in den ersten neun Monaten 2025 für alle Zweige ein Plus zum Vorjahr von 2,2 Prozent aufwies. Die Bestelleingänge aus dem Ausland erhöhten sich dabei um 4,7 Prozent, während die aus dem Inland um 2,0 Prozent zurückgingen.

Der Umsatz im Einzelhandel wird derzeit von der Preisentwicklung beeinflusst. Im Jahr 2024 nahm der Umsatz nominal um 5,9 Prozent zu, auch nach Preisbereinigung lag er 5,0 Prozent über Vorjahresstand.

Der Außenhandel erreichte im Jahr 2024 einen Exportwert von 225 Milliarden Euro und einen Importwert von 227 Milliarden Euro und lag damit jeweils leicht unter dem Vorjahresstand (Export 2023: 226 Milliarden Euro; Import 2023: 238 Milliarden Euro). Von Januar bis September 2025 nahmen die Exporte der bayerischen Wirtschaft gegenüber dem Vorjahreszeitraum erneut um 0,9 Prozent ab. Auch die Importe gingen um 0,7 Prozent zurück.

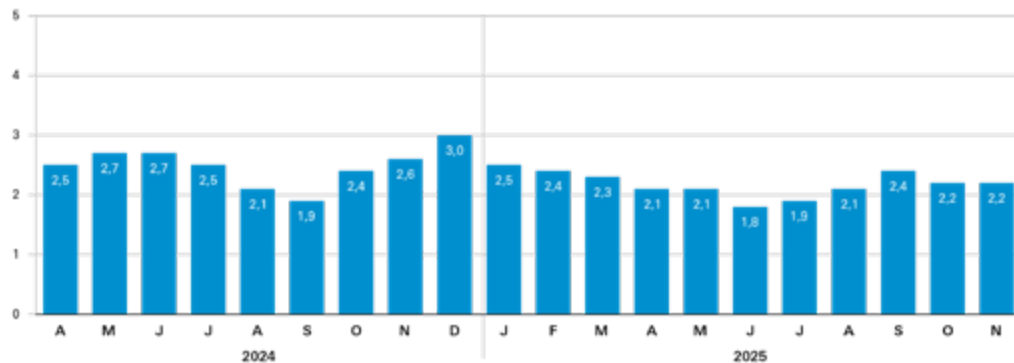
Die Bayerische Industrie hat 2024 das Investitionsvolumen geringfügig verringert. Es wurden 46,7 Millionen Euro weniger in den bayerischen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes als noch in 2023 investiert (entspricht 0,3 Prozent weniger. Gegenüber 2019 sind das 5,5 Prozent bzw. rund 815 Millionen Euro mehr). Das Gesamtpaket an Investitionen lag bei 15,65 Milliarden Euro (2023: 15,70 Milliarden Euro; 2019: 14,84 Milliarden Euro).

13,3 Milliarden Euro davon, also rund 85 Prozent, wurden in Ausrüstungsgüter angelegt, wie etwa Maschinen, maschinelle Anlagen und Güter für Betriebs- und Geschäftsausstattung (2023: 13,2 Milliarden Euro, 84,2 Prozent; 2019: 12,7 Milliarden Euro; 85,6 Prozent).

Verbraucherpreisindex

VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHRESMONAT IN PROZENT

BASIS 2020 \pm 100



Bereits 2024 ließ sich eine Stabilisierung der Verbraucherpreise, wenn auch auf höherem Niveau als in den vorherigen beiden Jahren, feststellen. Im Jahr 2025 ist der Verbraucherpreisindex – ähnlich wie in 2024 – nur im moderaten Umfang gestiegen.

Im November 2025 lag die Inflationsrate, also die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahresmonat, im Freistaat bei 2,2 Prozent.

Der leichte Rückgang der Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat (November 2024: 2,6 Prozent) ist besonders auf die zum Teil gesunkenen Energiepreise zurückzuführen. So konnten Verbraucherinnen und Verbraucher im November 2025 Erdgas um 3,4 Prozent und Strom um 2,9 Prozent günstiger als im Vorjahr beziehen. Allerdings stiegen die Preise für die Energiegewinnung aus Brennholz, Holzpellets oder anderen festen Brennstoffen um 18,7 Prozent. Auch beim Heizöl war ein Preisanstieg um 4,1 Prozent festzustellen.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im November 2025 um 1,6 Prozent über den Preisen des Vorjahres.

Die Preissteigerung bei Wohnungsmieten ohne Nebenkosten lag im November 2025 auf dem Niveau der allgemeinen Preisentwicklung.

Zusammenfassend lag die Gesamtheit der Verbraucherpreise in Bayern im November 2025 23,3 Prozent über dem Durchschnitt des Jahres 2020.

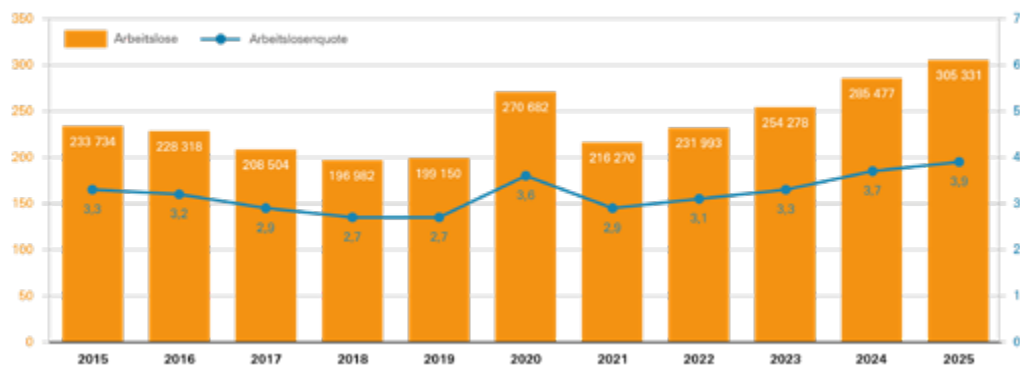
Hinsichtlich der Arbeitslosenquote hebt sich der Freistaat vom restlichen Bundesgebiet ab. Sie betrug im November 2024 3,7 Prozent und im November 2025 3,9 Prozent. Beide Werte lagen erheblich niedriger als die jeweiligen Bundeswerte von 5,9 und 6,1 Prozent. Bayern hat damit erneut die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

Die Erwerbstätigkeit in Bayern behauptet sich trotz der negativen Wirtschaftsentwicklung auf dem Niveau des Vorjahres: Im zweiten Quartal 2025 waren in Bayern durchschnittlich 7,88 Millionen Personen erwerbstätig. Das waren 0,1 Prozent (8 900 Erwerbstätige) mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Bayern nach wie vor besonders hoch: Bayern macht nur 15,8 Prozent der Einwohner Deutschlands, aber 17,1 Prozent seiner Erwerbstätigen aus.

Arbeitslose und Arbeitslosenquote* für Bayern seit 2015**

IN TAUSEND

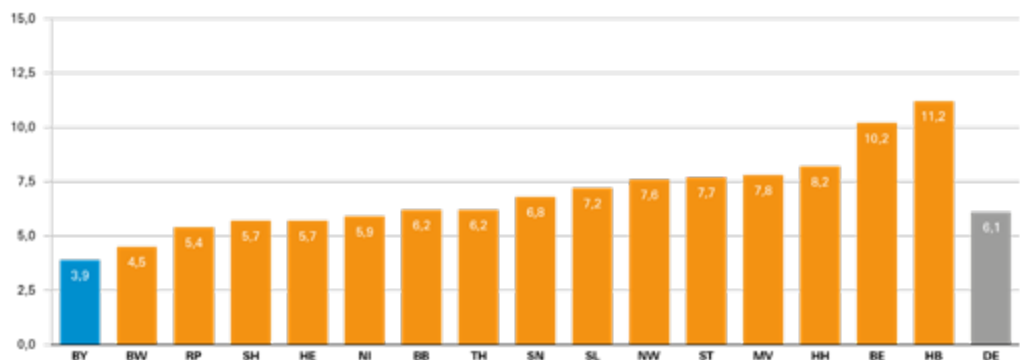
IN PROZENT



* Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
 ** Berichtsmonat: November.

Arbeitslosenquote* nach Ländern im November 2025

IN PROZENT



* Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

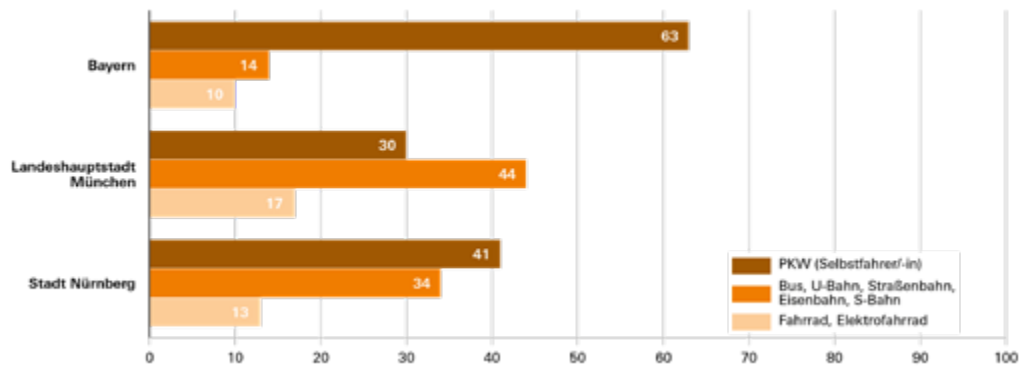
Quelle: Migration und Arbeitsmarkt - Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Erfreulicherweise ist auch der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten in Bayern gestiegen: Im Jahr 2024 lag er bei 4 841 Euro ohne Sonderzahlungen. Nach den Ergebnissen der Verdiensterhebung setzt sich die positive Entwick-

lung der Verdienste im Jahr 2025 weiter fort. So sind die Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten im dritten Quartal 2025 um 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen.

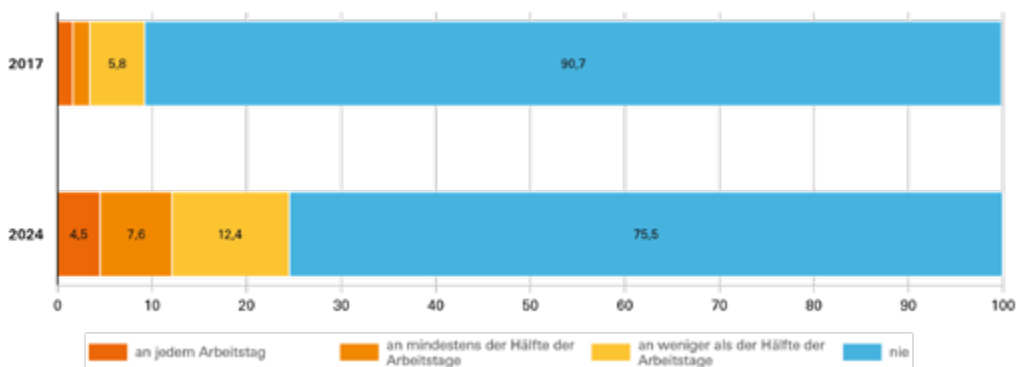
Genutzte Verkehrsmittel 2024 für den Weg zur Arbeit

IN PROZENT



Abhängig Beschäftigte in Bayern 2017 und 2024 nach Anzahl der wöchentlichen Tage im Homeoffice

IN PROZENT



Mit der Zahl der Erwerbstätigen in Bayern stieg auch die Zahl der Berufspendler im Jahr 2024 erneut. Insgesamt 4,6 Millionen Menschen in Bayern pendelten 2024 laut Pendlerrechnung der Länder über die Grenzen ihres Wohnorts zur Arbeit – ein Plus von 38 740 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Mit 63 Prozent der Pendlerinnen und Pendler nutzte laut Mikrozensus 2024 die Mehrheit das eigene Auto für den Weg zur Arbeit. Etwa 14 Prozent nutzten öffentliche Verkehrsmittel und rund jeder Zehnte nutzte das Fahrrad. In den Großstädten Bayerns wurde für den Arbeitsweg am häufigsten auf das Auto verzichtet.

Je weiter die Strecke zur Arbeitsstätte, umso häufiger nutzten die bayerischen Erwerbstätigen die Möglichkeit des Homeoffice. Rund jeder zweite, der über eine Stunde zur Arbeit pendelt, arbeitete auch von zuhause. Insgesamt hat das Homeoffice seit der Coronapandemie an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2024 arbeiteten 24,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Bayern mindestens einmal pro Woche von zuhause, ein Zuwachs von über 15 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2017 (9,1 Prozent).



Abschließend möchte ich noch eine wichtige Zahl zur Weihnachtszeit mit Ihnen teilen: 56 961 Tonnen Lebkuchen wurden 2024 in Bayern produziert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies zwar einen Rückgang um 5 759 Tonnen (–9,2 Prozent). Dennoch bleiben Lebkuchen weiterhin mit Abstand die am meisten produzierten Dauerbackwaren in Bayern. Mit einem Anteil von 70,3 Prozent (2023: 72,2 Prozent) stammte der weit überwiegende Teil der im Jahr 2024 in Deutschland hergestellten Lebkuchen aus Bayern.

Meine Damen und Herren, das alles ist natürlich nur ein kleiner Teil des statistischen Wissens über den Freistaat. Mehr Zahlen, Daten und Fakten finden Sie zusammengefasst im neuen Statistischen Jahrbuch 2025.

Ich danke dem Präsidenten des Landesamts, Dr. Thomas Gößl, und seinen Kolleginnen und Kollegen für ihre unermüdliche Arbeit und das Zusammentragen sowie die Erstellung dieses umfangreichen Zahlenschatzes.

Der Dank gilt ganz besonders für einen Dienst, der heute nicht im Zentrum steht, aber in diesem Jahr besonders wichtig war: die reibungslose Durchführung der vorgezogenen Bundestagswahlen.

Ich darf das Wort nun an Dr. Gößl übergeben. ■



Das Statistische Jahrbuch für Bayern 2025 kann als Druckversion für 39,00 € sowie als Gesamt-PDF für 12,00 € beim Vertrieb des Bayerischen Landesamts für Statistik bestellt werden. Bestellungen sind möglich per E-Mail (vertrieb@statistik.bayern.de) oder Telefon (0911 98208-6311). Einzel-PDFs und Datentabellen sind zum kostenlosen Download abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/produkte/jahrbuch



Statement des Präsidenten, Dr. Thomas Gößl, anlässlich der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2025 für Bayern am 18. Dezember 2025 in Fürth

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie zur Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs für Bayern 2025.

Ich möchte Ihnen das Jahrbuch in den Zahlen zur Gesundheit näherbringen.

Gleich am Anfang stehen die Allgemeinen Angaben mit den Bayerndaten seit 1980 für alle wichtigen Bereiche. Das Gesundheitswesen ist einer davon.

Diese Zahlen zeigen eine ungebrochene Aufwärtsbewegung bei den Ärzten in freier Praxis von 11 300 im Jahre 1980 auf über 30 000 am 31.12.2024. Die Zahl der Zahnärzte in freier Praxis hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Nur bei den Apotheken sehen wir seit 2010 einen deutlichen Rückgang von damals über 3 400 auf heute unter 2 700 Apotheken in Bayern.

Einen Rückgang sehen wir auch bei der Zahl der Krankenhäuser und der Krankbetten, wobei hier der größte Teil bereits zwischen 1980 und 1990 zu verzeichnen ist: Damals ging die Zahl der Krankbetten von knapp 125 000 auf gut 91 000 Betten im Jahr 1990 zurück; im Jahr 2024 zählen wir knapp 75 000 Betten. Ganz anders verhält es sich mit dem Personal in Krankenhäusern: Die Zahl der Ärzte hat sich fast verdreifacht von 12 500 auf über 34 000 im Jahr 2024, in der Krankenpflege sind mit über 85 000 mehr als doppelt so viele Personen tätig als 1980 (41 686).

Der Anstieg beim Personal im Pflegedienst zeigt sich auch in der erhöhten Zahl von Vollzeitäquivalenten. Hier werden für den Zeitraum 2015 bis 2024 29 Prozent mehr Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten gezählt. Beim ärztlichen Personal werden für den Zeitraum seit 2015 immerhin 21 Prozent mehr Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten gezählt.

Die gute Versorgungslage spiegelt sich in den Kennzahlen der Sterbefälle je 100 000 Einwohner wider:

- Bei den Kreislauferkrankungen ist die Quote deutlich gesunken von 538 Todesfällen je 100 000 Einwohner im Jahr 1980 auf 388 Sterbefälle je 100 000 Einwohner 2024.
- Auch die Sterbefälle durch bösartige Neubildungen sind in dem langen Zeitraum von fast 45 Jahren nicht gestiegen, sondern leicht gesunken (von 249 1980 auf 243 2024).

Bei den vorsätzlichen Selbstschädigungen – sprich den Suiziden – sehen wir heute ein ganz anderes Niveau als 1980 (1980: 20,6 Sterbefälle je 100 000 Einwohner, 2024: 13,7).

Wenn Sie genau hinschauen, sehen Sie, dass wir 2020 noch niedriger lagen mit 11,6 Sterbefällen je 100 000 Einwohner. Während der Corona-Pandemie gab es einen Anstieg der Suizide bis zum Jahr 2022. Und wir haben in den Jahren 2023 und 2024 erstmals nennenswerte Zahlen von assistierten Suiziden. 2024 waren es mehr als 10 Prozent der Gesamtzahl. Einzelheiten dazu werden wir demnächst veröffentlichen.

Zuletzt möchte ich die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitssektors zeigen. Die Bruttowertschöpfung in der bayerischen Gesundheitswirtschaft beträgt im Jahr 2024 rund 67,8 Milliarden Euro. Damit entfallen 2024 rund 9,5 Prozent der gesamten bayerischen Wirtschaftsleistung auf den Gesundheitssektor.

Wie die preisbereinigte Entwicklung zeigt, ist die Gesundheitswirtschaft in Bayern seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2008 in einem dauerhaften Wachstumstrend. Das preisbereinigte Wachstum im Jahr 2024 fällt jedoch mit 0,8 Prozent etwas geringer aus als in den Vorjahren (2022: 4,8 Prozent, 2023: 2,4 Prozent).

Bei der Gesundheitswirtschaft handelt es sich also um einen wichtigen Wirtschaftszweig, der Arbeitsplätze schafft und Wertschöpfung generiert. Treiber dafür ist unter anderem auch die steigende Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Mit dem demographischen Wandel steigt der Anteil älterer Menschen, die häufiger an chronischen Krankheiten und altersbedingten Gesundheitsproblemen leiden. Das führt zu einer höheren Nachfrage an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Gleichzeitig spielt auch der Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung eine größere Rolle.

Mit den Statistiken zum ärztlichen und pflegenden Personal, zu den Krankenhäusern, Sterbefällen und Todesursachen und den Wirtschaftsstatistiken, die für die Gesundheitsgesamtrechnung herangezogen werden, sehen Sie, dass im Landesamt verschiedene Einheiten Informationen zum Gesundheitswesen sammeln. Wir haben deswegen das Themencluster Gesundheit geschaffen, in dem die Kolleginnen und Kollegen regelmäßig zusammenkommen und ihre Erfahrungen austauschen. So können wir Anfragen der Medien, der Fachleute und der Öffentlichkeit besser beantworten.

Das Themencluster wird am 12. Mai 2026 eine erste öffentliche Veranstaltung zur „Ambulanten Versorgung in Bayern – Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik“ halten, zu der Sie natürlich alle herzlich eingeladen sind.

Meine Damen und Herren, Gesundheit ist ein wichtiges Gut! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes, möglichst gesundes neues Jahr! Und ich danke Ihnen für Ihr Interesse an unserem Jahrbuch! ■



Von links nach rechts: Dr. Stefan Schiele, Rosanna Purrucker (beide Bayerisches Landesamt für Statistik), Julia Meier (Bayerisches Landesamt für Pflege).

2. Austauschtreffen für Sozialplanende bayerischer Kommunen

am 27. November 2025 in Fürth

Der demographische Wandel wird in den kommenden Jahren maßgeblich die Entwicklung im Bereich Pflege beeinflussen. Dabei geht es nicht nur um eine steigende Anzahl an Pflegebedürftigen, sondern auch um den Bedarf an Pflegefachkräften. Angesichts dieser Herausforderungen ist die Pflegestrukturplanung von entscheidender Bedeutung, da sie dazu beiträgt, den Bedarf frühzeitig zu erkennen und darauf aufbauend entsprechende Maßnahmen zu entwickeln.

Ein regelmäßiger Austausch der bayerischen Sozialplanenden ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung und hilft, neue Impulse in die eigene Pflegestrukturplanung vor Ort aufzunehmen. Nach einem ersten Treffen im vergangenen Jahr in Amberg fand das diesjährige Austauschtreffen am 27. November 2025 im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth statt. Die Veranstaltung wurde vom

Bayerischen Landesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Pflege und dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention organisiert. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmenden durch Expertinnen und Experten verschiedene Aspekte der Pflegestrukturplanung vorzustellen und den Austausch zwischen den Sozialplanenden zu fördern.

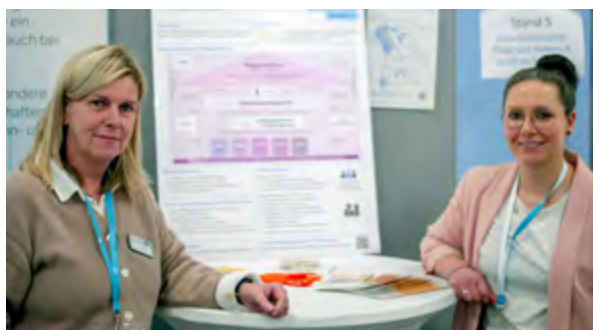
Im Videogrußwort von Staatsministerin Judith Gerlach und den Grußworten von Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, sowie Bernhard Scheibl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Pflege, wurde die große Bedeutung der Pflegestrukturplanung betont. Außerdem wurde der Expertinnen- und Expertengruppe für ihre Unterstützung im Projekt gedankt und die sehr gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Landesämtern gelobt.

Anschließend gab das Koordinationsteam des Projekts Pflegestrukturplanung – vertreten durch Julia Meier vom Bayerischen Landesamt für Pflege sowie Rosanna Purucker und Dr. Stefan Schiele vom Bayerischen Landesamt für Statistik – einen Überblick über die neuesten Entwicklungen im Projekt. Im Bereich der Vernetzung wurde insbesondere auf die Veröffentlichung des Kontaktdatenverzeichnisses der Verantwortlichen für die Pflegebedarfsermittlung in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten hingewiesen. Außerdem wurde das Projekt im Verlauf des Jahres auf mehreren Veranstaltungen vorgestellt. Ebenso konnte im vergangenen Jahr ein Fragebogensvorschlag für das Kommunale Monitoring entwickelt werden. Dieser soll Sozialplanende bei der eigenständigen Durchführung einer Befragung in ihrer Kommune unterstützen. Darüber hinaus wurden das Basismodell zur Vorausberechnung und die Datenbereitstellung über GENESIS sowie das Datenportal „Pflegebedarf 2050“ näher erläutert. Die Inhalte des Datenportals sollen dabei auf die Bedürfnisse der Sozialplanenden angepasst werden. Bei diesem und vielen weiteren Aspekten wird das Projektteam durch die jeweilige Unterarbeitsgruppe unterstützt. So kann die praxisbezogene Sichtweise in die Überlegungen und Planungen aufgenommen werden.



Links: Prof. Dr. Dorit Sing, Katholische Stiftungshochschule München; rechts: Annekatrik Tauer, Geschäftsstellenleitung der Gesundheitsregionplus Kulmbach.

Frau Prof. Sing und Frau Tauer berichteten in ihren beiden Vorträgen von der integrierten Sozialraumplanung. Frau Prof. Sing ging dabei insbesondere auf die theoretischen Konzepte ein und erläuterte den Teilnehmenden das Ziel des Konzepts, Planungsprozesse auf Landkreisebene und in kreisfreien Städten noch besser aufeinander abzustimmen und verstärkt Synergien zu nutzen. Frau Tauer stellte am Beispiel des Landkreises Kulmbach aus der Praxisperspektive vor, wie integrierte Sozialraumplanung durch partizipative Verfahren die Qualität der regionalen Zusammenarbeit stärkt und wirksame Netzwerkarbeit vor Ort ermöglicht.



Impressionen vom Markt der Möglichkeiten.

Am Nachmittag fand ein Markt der Möglichkeiten statt, bei dem sich die Teilnehmenden an acht Ständen mit Expertinnen und Experten zu verschiedenen Aspekten rund um die Pflegestrukturplanung austauschen konnten. Eine Übersicht über die Marktstände finden Sie in der folgenden Box.

Ein großer Dank geht an alle Referentinnen und Referenten für ihre wertvollen Beiträge und ihr Engagement. Wir freuen uns, dass zahlreiche Sozialplanende vor Ort waren und hoffen, dass sie wichtige Impulse für ihre eigene Pflegestrukturplanung mitnehmen konnten.

*Rosanna Purrucker
Dr. Stefan Schiele*

Marktstände im Überblick

Stadt Nürnberg:

Überlegungen zur Pflegestrukturplanung mit gemeinsamer Diskussion | Dr. Eva Kopf

Bezirk Oberbayern:

Rolle und Angebote des Bezirks und neue Formate der Sozialberichterstattung | Annegret Schefold, Christin Mätze

Koordinationsstelle Pflege und Wohnen und Landkreis Starnberg:

Erfolgsfaktoren der Pflegekonferenz – Voraussetzungen, Umsetzung und praktische Einblicke | Meike Ganschinietz, Annette Schubert

Bayerisches Landesamt für Statistik:

GENESIS-Datenbank – Datenangebot für die Pflegestrukturplanung | Jacob Goltz, Marie Krüger

Bayerisches Zentrum Pflege Digital:

Digitalgestützte kommunale Pflegeversorgung | Dr. Tobias Wörle

Bayerisches Landesamt für Statistik:

Kommunales Monitoring – Kennenlernen des Grundfragebogens und erste Erkenntnisse aus der Testphase | Rosanna Purrucker, Dr. Stefan Schiele

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention:

Pflegefinder, GutePflegeFÖR und Pflege-soNahFÖR im Überblick mit direkter Gesprächsmöglichkeit | Ingrid Fischer, Lisa Gareis, Melanie Steinert

Zum fünften Mal EMOS-Tag am Bayerischen Landesamt für Statistik

Am 5. Dezember 2025 fand im Bayerischen Landesamt für Statistik bereits zum fünften Mal der EMOS-Tag für Studierende statt. Mit dem Zertifikats-Masterstudiengang European Master of Official Statistics (EMOS) können Studierende der Statistik den Studienschwerpunkt „Amtliche Statistik“ wählen. Diesen bieten in Bayern die Otto-Friedrich-Universität in Bamberg im Rahmen des Masterstudiengangs „Survey Statistik“ und die Ludwig-Maximilians-Universität in München im Rahmen des Masterstudiengangs „Statistics and Data Science“ an.

Das Bayerische Landesamt für Statistik beteiligt sich an diesem Studiengang, indem es Plätze für das im Studiengang enthaltene Pflichtpraktikum zur Verfügung stellt und Themen für Abschlussarbeiten im Zusammenhang mit amtlichen Daten und methodischen Forschungsfragestellungen anbietet. Mit dem 5. EMOS-Tag hat das Landesamt auch dieses Jahr den Studierenden beider Universitäten Praktikumsangebote und mögliche Themen für Masterarbeiten am Bayerischen Landesamt für Statistik vorgestellt.



Auf die Begrüßung durch Prof. Dr. Michael Fürnrohr und Dr. Paul Fink, zwei der Verantwortlichen für EMOS-Angelegenheiten am Landesamt, folgten die Vorstellung des Landesamts sowie eine Einführung in das Angebot des Forschungsdatenzentrums.

Neben den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern zählt auch die Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur amtlichen Statistik in Deutschland. Auf Einladung des Bayerischen Landesamts für Statistik hat die BA, vertreten durch Ivonne Pospech, die statistische Arbeit der BA und Angebote für Praktika vorgestellt.

Nach einer Führung durch die statistische Bibliothek des Landesamts erhielten die Studierenden einen Überblick über mögliche Themen für Abschlussarbeiten im Zusammenhang mit amtlichen Statistiken und die Bereiche im Bayerischen Landesamt für Statistik, in denen das Pflichtpraktikum abgeleistet werden kann. Insgesamt wurden mehr als 30 Themengebiete für Praktika und Abschlussarbeiten aus den Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstatistiken vorgestellt.

Mit 27 anwesenden Studierenden und Vertretern der Universitäten war die Beteiligung ähnlich hoch wie in den letzten Jahren. Nachdem auch das fünfte Treffen im Landesamt ein voller Erfolg war, soll der EMOS-Tag auch 2026 wieder stattfinden.

*Prof. Dr. Michael Fürnrohr,
Dr. Sara Bleninger und Dr. Paul Fink*

Bewerbungen für ein EMOS-Praktikum über das Onlineportal

<http://q.bayern.de/stellenangebote> (Dateigröße der Bewerbung max. 6 MB).

Welche Unterlagen werden für eine Bewerbung benötigt?

- Anschreiben und Lebenslauf
- Leistungsübersicht
- Auszug aus der Studienordnung bzw. Bestätigung der Hochschule, dass das Praktikum vorgeschrieben sowie der Einsatz in der amtlichen Statistik für das Studium einschlägig ist
- Nennung von zwei gewünschten Einsatzbereichen und Einsatzort (Fürth oder Schweinfurt) sowie Termin für das Praktikum

DIE LARGE CASES UNIT – MULTINATIONALE UNTERNEHMENSGRUPPEN IM FOKUS

Matthias Nettekoven, M.Sc.





Die Large Cases Unit ist eine seit dem Jahr 2020 existierende Einheit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank multinationale Unternehmensgruppen in Deutschland analysiert. Die Zielsetzung besteht darin, die Qualität der Daten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Wirtschaftsstatistiken im Hinblick auf statistische Meldungen international agierender Konzerne zu sichern. Im Folgenden werden das Spannungsfeld bei der Erstellung statistischer Ergebnisse zu multinationalen Unternehmensgruppen sowie die Entstehung der Large Cases Unit in Deutschland und deren Arbeitsweise beschrieben.

Multinationale Unternehmensgruppen und Globalisierungseffekte

Unternehmerische Tätigkeit ist in modernen Volkswirtschaften zunehmend international verflochten, beispielsweise im Hinblick auf globale Wertschöpfungsketten oder grenzüberschreitende Unternehmens- und Beteiligungsstrukturen. Dabei fallen insbesondere multinationale Unternehmensgruppen auf, die mit ihren Tochterunternehmen über Staatsengrenzen sowie Wirtschaftsräume hinweg operieren und sich oft durch Umsatzerlöse und Vermögenswerte in Milliardenhöhe sowie eine hohe Marktkapitalisierung auszeichnen. In der Folge finden unternehmerische Entscheidungen wie Umstrukturierungen, Produktionsverlagerungen oder die Gewinn- und Steueroptimierung häufig grenzüberschreitend statt und haben so, verbunden mit der Größe und Bedeutung multinationaler Unternehmensgruppen, konkrete Auswirkungen auf die jeweiligen Volkswirtschaften (Draken-Gädeke et al. 2023).

Die Bedeutung multinationaler Unternehmensgruppen für volkswirtschaftliche Aggregate zeigt sich beim Blick auf die im Dezember des Jahres 2024 aktiven Fälle der Large Cases Unit (LCU). So stellen die 110 analysierten multinationalen Unternehmensgruppen mit etwa 7 100 rechtlichen Einheiten nur 0,03 Prozent der Unternehmensgruppen in Deutschland dar (siehe Infobox „Unternehmen und Unternehmensgruppen“). Ihr Umsatzanteil entspricht jedoch mit 2,8 Billionen Euro 28,2 Prozent des gesamten Umsatzes der Unternehmensgruppen in Deutschland und ihr Außenhandelsvolumen als Summe der Exporte und Importe deckt mit 1,1 Billionen Euro sogar 34,1 Prozent des gesamten Außenhandels ab (Pötzsch und Rotsche 2025).

Dabei stellen die oftmals komplexen Unternehmensstrukturen oder Globalisierungsphänomene wie Lohnveredelung, Transithandel, grenzüberschreitende Leasingvereinbarungen oder die Verschiebung von Eigentumsrechten über Ländergrenzen hinweg die korrekte statistische Erfassung von makroökonomischen Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder dem Bruttonationaleinkommen (BNE) vor große Herausforderungen. Im Fokus steht dabei unter anderem die korrekte Darstellung des Wechsels des wirtschaftlichen Eigentums im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr (siehe Infobox „Wechsel des wirtschaftlichen Eigentums“). Insbesondere das BNE ist nicht nur als volkswirtschaftliche Steuerungsgröße von Bedeutung, sondern auch direkt als eine zentrale Bemessungsgrundlage für die Finanzierung des Haushalts der Europäischen Union (EU) (Draken-Gädeke et al. 2023). Der EU-Haushalt finanziert sich vor allem aus unterschiedlichen Eigenmittelarten (siehe Abbildung 1). Neben Eigenmitteln aus Zöllen, auf Grundlage der Mehrwertsteuer sowie seit 2021 auch auf Grundlage nicht recycelter Kunststoffverpackungen bilden die Eigenmittel auf Grundlage des BNE mit einem Anteil von etwa 54,1 Prozent an den gesamten Einnahmen im Jahr 2024 die größte Einnahmequelle im EU-Haushalt. Insgesamt erhält die EU im Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 175,7 Mrd. Euro. Die gesamten Eigenmittel auf Grundlage des BNE betragen davon 95,0 Mrd. Euro.

Matthias Nettekoven, M.Sc.

Matthias Nettekoven studierte Economics an der Universität Bayreuth. Anschließend arbeitete er im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg als Referent im Verarbeitenden Gewerbe. Seit

2021 ist er Referent im Sachgebiet „Unternehmensregister“ des Bayerischen Landesamtes für Statistik und als Fallmanager hauptverantwortlich für die Large Cases Unit in Bayern. Die Large Cases Unit ist eine Einheit innerhalb des Statistischen Verbundes, die die statistischen Meldungen multinationaler Unternehmensgruppen qualitätssichert.

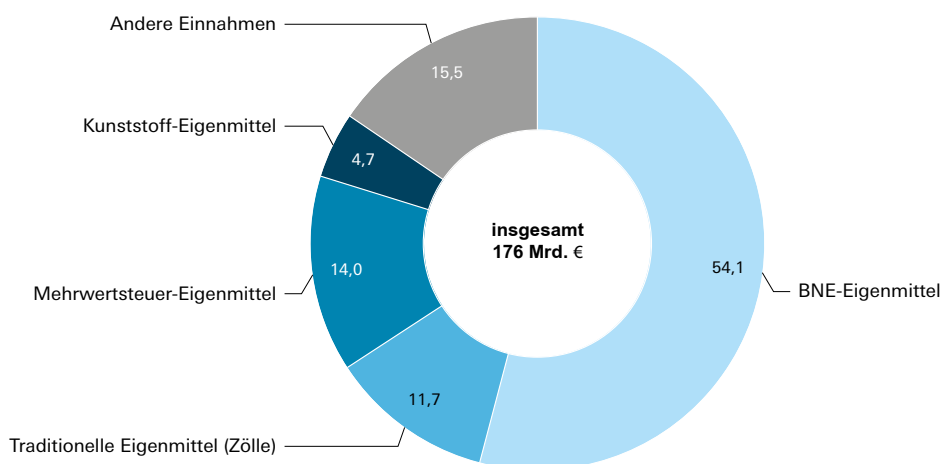
Bild: privat

Hintergrund der Kopplung der Haushaltsbeiträge an das BNE der einzelnen Mitgliedsstaaten ist die Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, während beispielsweise die Eigenmittel auf Grundlage der Mehrwertsteuer den Konsum adressieren. Aufgrund der hohen Bedeutung des BNE für das Eigenmittelsystem der EU kommt dessen Qualitätssicherung eine wichtige Rolle zu, da die verwendeten BNE-Daten der Mitgliedsstaaten der EU zuverlässig, vollständig und miteinander vergleichbar sein müssen. Konkret bedeutet dies, dass die EU-Kommission Maßnahmen zur Verbesserung der europäischen Harmonisierung im Hinblick auf die verwendeten Konzepte und Methoden sowie zugrunde liegenden Quelldaten zur Berechnung des BNE sowie des BIP ergriffen hat. Hierzu zählen beispielsweise die Verabschiedung der Verordnung (EU) Nr. 2019/2152 zur europäischen Unternehmensstatistik mit dem Ziel der Schaffung einheitlicher

Unternehmen und Unternehmensgruppen

Die amtliche Statistik bildet realwirtschaftliche unternehmerische Tätigkeit gemäß der EU-Einheitenverordnung (EWG) Nr. 696/93 ab. „Das Unternehmen entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in [B]ezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten an einem Standort oder an mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit entsprechen. (...) Die Unternehmensgruppe vereinigt Unternehmen, die rechtlich-finanzielle Bedingungen untereinander haben. In der Unternehmensgruppe kann es – insbesondere, was die Produktions-, Verkaufs-, Gewinnpolitik usw. anbetrifft – mehrere Entscheidungszentren geben. Sie kann gewisse Aspekte der finanziellen Unternehmensleitung und des Steuerwesens vereinen. Sie bildet eine wirtschaftliche Einheit, die Entscheidungen treffen kann, die sich vor allem auf die miteinander verbundenen Einheiten beziehen, aus denen sie sich zusammensetzt.“ (EU-Einheitenverordnung (EWG) Nr. 696/93 S. 5–7). Die Abgrenzung von Unternehmen anhand der Autonomiekriterien Buchführung, koordinierte Geschäftsführung und Marktorientierung ist in der amtlichen Statistik Aufgabe des Profiling, während die Prüfung der Vollständigkeit einer Unternehmensgruppe anhand eines Kontrollkonzepts von der Unternehmensgruppenbearbeitung im Statistischen Unternehmensregister durchgeführt wird (Hofmann 2023).

Abbildung 1
EU-Haushalt: Einnahmen nach Eigenmittelarten im Jahr 2024
 in Prozent



Wechsel des wirtschaftlichen Eigentums

Eine Kernfrage im Hinblick auf Globalisierungsphänomene ist die korrekte Erfassung des Eigentumsübergangs von Waren und Dienstleistungen. Die methodischen Grundlagen für die Erstellung von Indikatoren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die international abgestimmten Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) sowie bei der Erstellung der Zahlungsbilanz das Handbuch zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögen (BPM 6). Demnach erfassen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Zahlungsbilanz nur Transaktionen, die zu einem Wechsel des wirtschaftlichen Eigentums führen. Im Gegensatz dazu bildet zum Beispiel die Außenhandelsstatistik den physischen Warenverkehr bei Grenzüberschreitung ab und unterscheidet dabei nicht, ob ein Eigentumswechsel einer Ware oder Dienstleistung zwischen einem Gebietsansässigen und einem Gebietsfremden vorliegt. Kennzeichnend für einen Eigentumswechsel ist insbesondere der Chancen- und Risikoübergang. Bei Globalisierungsphänomenen wie beispielsweise grenzüberschreitenden Veredelungsprozessen verbleibt das Eigentum der Rohstoffe und der veredelten Waren beim Auftraggeber und geht trotz eines physischen Grenzüberschritts nicht auf den Auftragnehmer über. In der Folge können verschiedene Ergebnisse in den Statistiken durch konzeptionelle Unterschiede in der Statistikerstellung entstehen, die bei der Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Zahlungsbilanz berücksichtigt werden müssen (Allafi et al. 2017).



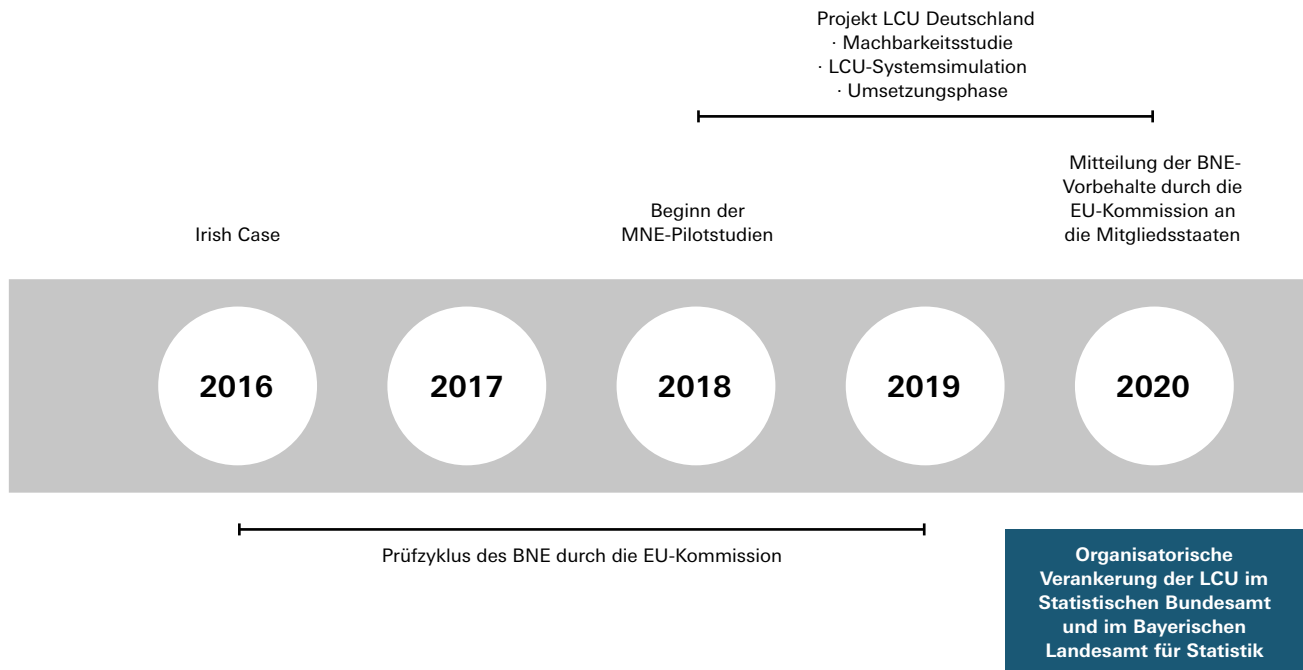
Datengrundlagen oder die Änderung der Berechnungsmethoden zur Vermeidung von Untererfassungen wegen Abschneidegrenzen, Schattenwirtschaft oder illegaler Aktivitäten. Außerdem hat die EU-Kommission den Auftrag zur Prüfung der ermittelten Aggregate und kann in allen Mitgliedsstaaten die Berechnungen und Datengrundlagen einsehen sowie Vorbehalte für bestimmte Aspekte der Ermittlung des BNE aussprechen. Die Aufgabe der operativen Umsetzung der Kontrollen obliegt dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat). Die BNE-Vorbehalte müssen von den Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden und besitzen damit eine hohe Relevanz in der Arbeitspraxis der amtlichen Statistik. Bei dadurch notwendigen Revisionen des BNE sind nachträgliche Anpassungen der Beitragsleistungen möglich. Dabei können auch Rückzahlungen oder Nachzahlungen in Milliardenhöhe fällig werden (Spies et al. 2020).

Entwicklung der Large Cases Unit in Deutschland

Mit Abschluss der Detailprüfungen der Daten zu BIP und BNE der EU-Mitgliedsstaaten ab dem Jahr 2010 im Prüfzyklus der Jahre 2016 bis 2019 sprach die EU-Kommission im April des Jahres 2020 förmliche Vorbehalte zur BNE-Berechnung und Fristen für deren Bearbeitung aus. Diese Vorbehalte waren allgemein und galten für alle Mitgliedsstaaten. Sie betrafen die Bereiche Globalisierung, Karussellgeschäfte, Margen beim Handel finanzieller Anlagen, reinvestierte Gewinne aus ausländischen Direktinvestitionen sowie

die Buchung von Tagessätzen bei Geschäftsreisen. Dabei adressierte vor allem der BNE-Vorbehalt zur Globalisierung¹ die vorhandene Datenbasis und Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und deren Auswirkungen auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Insbesondere vor dem Hintergrund des „Irish Case“ und der erheblichen Revision des irischen BNE im Jahr 2015 rückten Organisationseinheiten in den statistischen Ämtern, die einen speziellen Fokus auf die Analyse großer multinationaler Unternehmensgruppen legen, ins Zentrum der Aufmerksamkeit (siehe Infobox „Irish Case“). Auch in Deutschland entstehen in den Jahren 2018 bis 2020 Bestrebungen des Statistischen Verbundes, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie mit anschließender Systemsimulation eine LCU aufzubauen, um den Herausforderungen der Komplexität multinationaler Unternehmensgruppen sowie der damit verbundenen Internationalisierung von Wertschöpfungsketten zu begegnen. Europaweit werden zudem in MNE -Pilotstudien² Analysen zu den wirtschaftlichen Aktivitäten von 25 ausgewählten multinationalen Unternehmensgruppen und deren Einfluss auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt. Deutschland untersucht dabei drei multinationale Unternehmensgruppen mit Sitz in Deutschland. Als Folge der verschiedenen parallel verlaufenden Prozesse entsteht mit finanzieller Förderung der EU-Kommission die deutsche LCU (Spies et al. 2020). Abbildung 2 zeigt die Entwicklungsschritte der LCU in Deutschland.

Abbildung 2

Entwicklung der Large Cases Unit: Vom Projekt zur Daueraufgabe**Irish Case**

Im Jahr 2016 korrigierte das irische Statistikamt die Wachstumsraten von BIP und BNE für das Jahr 2015 sehr stark nach oben. Hintergrund waren Globalisierungsaktivitäten einzelner multinationaler Unternehmensgruppen hauptsächlich aus dem Verarbeitenden Gewerbe, die extrem große Bestände an immateriellen Vermögenswerten von Standorten außerhalb der EU nach Irland verlegten. In der Folge mussten Güter und Dienstleistungen, die die multinationalen Unternehmensgruppen aus diesem Vermögen und den Rechten an geistigem Eigentum bereitstellten, als Produkt der irischen Wirtschaft erfasst werden. Konkret bedeutete dies, dass bei Exporten der in Irland an Standorten der multinationalen Unternehmensgruppen produzierten Waren und Dienstleistungen ein Wechsel des wirtschaftlichen Eigentums vorlag. Im Gegensatz dazu war der wirtschaftliche Eigentümer vor der Übertragung der Vermögenswerte nicht in Irland verortet und entsprechend war auch keine oder eine andere Erfassung gegeben. Die dadurch deutlich gestiegene Wertschöpfung beeinflusste das BIP um einiges stärker als das BNE, da beim BNE zusätzlich Einkommensströme ins Ausland, wie Zinsen und Dividenden der betroffenen multinationalen Unternehmensgruppen, bei der Berechnung mitberücksichtigt werden mussten. Die Revision hatte unter anderem Auswirkungen auf alle Indikatoren, die als Verhältnis zum BIP oder BNE dargestellt werden, sowie auf die Zahlungsbilanz und den Index der Industrieproduktion. Außerdem beeinflusste das gestiegene Niveau des BNE die Beitragszahlungen Irlands zum EU-Haushalt im Hinblick auf die Eigenmittel auf Grundlage des BNE (Stapel-Weber und Verrinder 2016).



In anderen Mitgliedsstaaten wie Irland oder den Niederlanden existieren solche auf die Qualitätssicherung der Meldedaten multinationaler Unternehmensgruppen spezialisierte Einheiten schon seit mehreren Jahren und erweisen sich als effektive Antwort auf Fragestellungen zu Globalisierungsphänomenen. Parallel zur organisatorischen Verankerung der LCU im Statistischen Bundesamt im Jahr 2020 unterstützen auch verschiedene Statistische Landesämter die LCU-Arbeit. Das Bayerische Landesamt für Statistik beteiligt sich von Beginn an sehr aktiv an den Arbeiten zur Gründung einer LCU und schafft ebenfalls mit Projektbeginn die organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in der LCU. Neben der starken Anbindung an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist außerdem eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank Teil des Projektes. Dabei stehen vor allem der Einzeldatenaustausch und die Aufklärung von Inkohärenzen, die neben den Daten des Statistischen Verbundes auch die Zahlungsbilanzdaten betreffen, im Fokus (Ahlborn et al. 2021).

Ein weiterer Baustein in der Entwicklung der LCU ist die im Rahmen der Bearbeitung des BNE-Vorbehalts nötige Analyse von vier ausgewählten multinationalen Unternehmensgruppen mit Hauptsitz in Deutschland sowie die Unterstützung von 21 weiteren Mitgliedsstaaten bei der Analyse von 36 multinationalen Unternehmensgruppen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Integration der Bearbeitung des BNE-Vorbehalts in die Arbeitsabläufe der LCU. Kernpunkte der mitgliedsstaatenübergreifenden Zusammenarbeit sind vor allem der gegenseitige Austausch von Einzeldaten und die Beantwortung konkreter Rückfragen (Draken-Gädeke et al. 2023)

Entscheidend für die Etablierung der LCU ist neben der organisatorischen Implementierung und dem Personalaufbau vor allem die Schaffung eines verbindlichen Rechtsrahmens über das Bundesstatistikgesetz hinaus. So verabschiedet der Deutsche Bundestag im Jahr 2021 das Gesetz zur Prüfung von Daten multinationaler Unternehmensgruppen zur Sicherung der



Qualität der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Wirtschaftsstatistiken (QVWSG), das die Aufgaben der LCU bestimmt und die Übermittlung von Mikrodaten³, deren Datenzusammenführung sowie die Pflicht zur Auskunftserteilung bei festgestellten Inkohärenzen regelt. Die Kernaufgabe der LCU besteht in der Prüfung der Daten multinationaler Unternehmensgruppen zur Sicherung der Qualität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Wirtschaftsstatistiken im Bereich der amtlichen Statistik. Bei der Aufgabenerfüllung der LCU sind dabei vor allem die erweiterten Möglichkeiten zum Austausch von Mikrodaten und die Auskunftspflicht für multinationale Unternehmensgruppen bei der Aufklärung von Inkohärenzen von großer Bedeutung (Hörner et al. 2022).

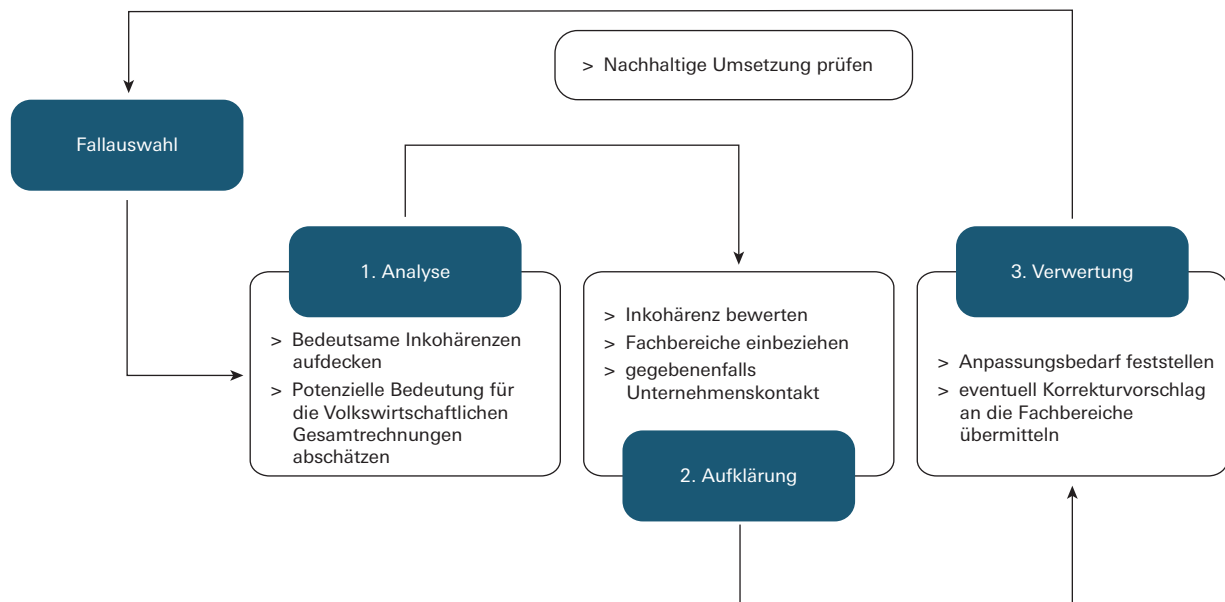
Zusätzlich zur gesetzlichen Grundlage unterzeichnen das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank im Jahr 2023 eine Zusatzvereinbarung zum bestehenden Memorandum of Understanding, das die langfristige Zusammenarbeit im LCU-Kontext konkretisiert und verbindlich festsetzt. Ein weiterer Entwicklungsschritt ist das im Jahr 2024 überarbeitete und im Statistischen Verbund abgestimmte Organisationsmodell der LCU, das neben den geschaffenen organisatorischen Rahmenbedingungen auch die operative Ausgestaltung der LCU-Arbeit, die Schnittstellen zu anderen Bereichen der amtlichen Statistik sowie die fachliche und personelle Organisationsstruktur zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern definiert (Pötzsch und Rotsche 2025).

Während zu Beginn der Implementierung der LCU in Deutschland der Fokus auf der Abarbeitung des BNE-Vorbehalts liegt, entwickelt sich die Qualitätssicherung der Kennzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Wirtschaftsstatistiken im Hinblick auf die konsistente und kohärente Erfassung der Struktur und wirtschaftlichen Aktivität multinationaler Unternehmensgruppen durch die LCU zu einer Daueraufgabe für den Statistischen Verbund. Vor allem die geschaffenen organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die Weiterentwicklung der Methodenkompetenz sowie die technische und personelle Infrastruktur unterstützen eine frühzeitige Erkennung und Beseitigung von Inkohärenzen in den statistischen Meldungen multinationaler Unternehmensgruppen (Draken-Gädeke et al. 2023).

Vorgehensweise und Methodik

Die LCU prüft die Abbildung multinationaler Unternehmensgruppen und ihrer Untergliederungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Wirtschaftsstatistiken. Ausgehend von der Auswahlgrundlage von rund 52 000 multinationalen Unternehmensgruppen im Statistischen Unternehmensregister (URS) führt die LCU alle verfügbaren Daten der zu einer multinationalen Unternehmensgruppe gehörenden Einheiten⁴ zusammen, verknüpft die vorliegenden Daten über passende Identifikatoren und prüft das Gesamtbild auf Inkohärenzen. Die festgestellten Inkohärenzen müssen dann in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachbereichen und wenn nötig mit Unterstützung der multinationalen Unternehmensgruppe auf-

Abbildung 3
Arbeitsweise der Large Cases Unit im Statistischen Verbund



Quelle: Pöttsch und Rotsche 2025

geklärt werden. Die LCU übermittelt im Anschluss die Erkenntnisse an die Fachbereiche der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie der Wirtschaftsstatistiken, in deren Verantwortungsbereich die Verwertung der Ergebnisse liegt (siehe Abbildung 3). Eine vollständige Prüfung aller Unternehmensgruppen ist zum einen aufgrund der hohen Anzahl an multinationalen Unternehmensgruppen nicht möglich und zum anderen im Hinblick auf den effizienten Einsatz von personellen und technischen Ressourcen unwirtschaftlich. Daher zielt der erste Schritt mit der Fallauswahl darauf ab, multinationale Unternehmensgruppen auszuwählen und zu analysieren, die ein erhöhtes Risiko dafür haben, dass eine fehlende Erfassung oder fehlerhafte statistische Meldedaten Auswirkungen auf volkswirtschaftliche Kennzahlen wie das BNE aufweisen. Die LCU berechnet zu diesem Zweck jährlich einen risikobasierten LCU-Score basierend auf Kennzahlen zu Gruppengröße, Wirtschaftsleistung und außenwirtschaftlichen Aktivitäten. Zusätzlich berücksichtigt die LCU Fallvorschläge aus den Fachstatistiken, den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der Deutschen Bundesbank. Auch äußere Einflüsse wie Prüfvorbehalte seitens Eurostat oder Verdachtsfälle im Rahmen des Early Warning System⁵ können die Fallauswahl beeinflussen (Pöttsch und Rotsche 2025).

Die Bearbeitung eines LCU-Einzelfalles erfolgt durch einen Fallanalysten, der von einem Fallmanager betreut wird. Der Fallmanager ist ein erfahrener Fallanalyst, der neben der Analyse eigener Fälle zusätzlich als Ansprechpartner für Rückfragen sowie als Prüf- und Kontrollinstanz fungiert und die operative Leitung des Bearbeitungsfalles innehat. Im Anschluss an die Fallauswahl und nach der Zuteilung des Falles beginnt die Analyse der multinationalen Unternehmensgruppe. Diese läuft grundsätzlich in zwei Schritten ab. Bei der Gruppenstrukturanalyse liegt der Fokus auf der Gruppenstruktur einer multinationalen Unternehmensgruppe, den Rollen der Tochtergesellschaften und den unterschiedlichen Geschäftsmodellen innerhalb der Gruppe. Dabei dient die im URS abgebildete Gruppenstruktur als Grundlage für weitere Analysen von vor allem auf Konzernwebseiten oder in Jahres- und Konzernabschlüssen vorliegenden Informationen. Von Interesse sind an dieser Stelle insbesondere bekannte Umstrukturierungen oder Ereignisse, die zu Veränderungen der Geschäftsprozesse und -modelle führen. Abweichungen von der im URS hinterlegten Gruppenstruktur können große Auswirkungen auf die statistische Erfassung haben, da das URS die Auswahlgrundlage für die Berichtskreise der Wirtschaftsstatistiken bildet. Außerdem werden

Die nachhaltige Berücksichtigung der LCU-Erkenntnisse stellt einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätssicherung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Wirtschaftsstatistiken im Hinblick auf die kohärente Erfassung multinationaler Unternehmensgruppen dar.



bedeutende rechtliche Einheiten innerhalb der multinationalen Unternehmensgruppe identifiziert, bei denen Inkohärenzen signifikante Auswirkungen auf volkswirtschaftliche Aggregate haben können. Dieser Schritt ist vor allem im Hinblick auf effiziente Arbeitsprozesse und einen wirtschaftlichen Ressourceneinsatz besonders wichtig, da multinationale Unternehmensgruppen oftmals eine sehr komplexe Gruppenstruktur besitzen und die Analyse aller vorhandenen rechtlichen Einheiten aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist (Hörner et al. 2022). Im zweiten Schritt verschiebt sich der Blickwinkel in der Kohärenzanalyse zu den Einzeldaten der relevanten rechtlichen Einheiten im Zeitablauf. In der Regel analysiert die LCU bei der erstmaligen Untersuchung einer multinationalen Unternehmensgruppe die letzten fünf vorhandenen Berichtsjahre. Die in der LCU verwendeten Daten stammen überwiegend aus Datenquellen der amtlichen Statistik sowie der Zahlungsbilanzstatistik (siehe Tabelle). Von besonderer Bedeutung sind außerdem Geschäftsberichte auf Konzern- oder Einzelunternehmensebene, da hier wertvolle Informationen zur multinationalen Unternehmensgruppe, den Geschäftsmodellen, aber auch Finanzkennzahlen aus der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind. Die Daten aus den unterschiedlichen Quellen werden in der Kohärenzprüfung im Hinblick auf Widersprüche zwischen den einzelnen Kennzahlen geprüft und etwaige Inkohärenzen auf die Relevanz für volkswirtschaftliche Aggregate bewertet. Dabei liegt der Fokus neben der Anwendung standardisierter Kohärenzchecks immer auf der Betrachtung der gesamten multinationalen Unternehmensgruppe und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Zeitablauf. Im Mittelpunkt der Kohärenzprüfungen stehen die Prüfung von Gesamtumsätzen und Bruttowertschöpfung einer rechtlichen Einheit, der Abgleich von Umsatz

und Produktion von rechtlichen Einheiten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Analysen zu Globalisierungsphänomenen wie aktiver und passiver Lohnveredelung. Wichtig sind im Hinblick auf die Relevanz bestimmter Inkohärenzen immer die potenziellen Auswirkungen auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Kennzahlen der Wirtschaftsstatistiken (Pötzsch und Rotsche 2025).

In der Aufklärungsphase besteht die Hauptaufgabe zunächst darin, die in der Analysephase festgestellten Inkohärenzen unter Verwendung aller verfügbaren Quellen LCU-intern aufzuklären. Ist dies nicht möglich, folgt eine erneute Bewertung der Inkohärenzen und die Planung des weiteren Vorgehens. Im ersten Schritt kontaktiert die LCU die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die betroffenen Fachbereiche in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie der Deutschen Bundesbank und informiert über die Inkohärenzen. Ziel ist dabei, die Inkohärenzen in internen Besprechungen zu diskutieren, zu bewerten und nach Möglichkeit aufzuklären. Oft liegen in den zuständigen Fachbereichen Informationen aus dem Prüfprozess der Datenmeldungen vor, die dabei helfen können, Inkohärenzen zu erklären. Bestehen die Inkohärenzen nach dem internen Aufklärungsprozess allerdings weiter, ist eine Kontaktaufnahme mit der multinationalen Unternehmensgruppe nötig. Die LCU übernimmt in der Aufklärungsphase die Vermittlungs- und Koordinierungsfunktion. In der Regel werden die Inkohärenzen dann in einem oder mehreren gemeinsamen Kontakten zwischen der multinationalen Unternehmensgruppe und der LCU, den betroffenen Fachbereichen im Statistischen Verbund sowie der Deutschen Bundesbank besprochen und aufgeklärt (Ahlborn et al. 2021).

Wichtigste Datenquellen der Large Cases Unit

	Abkürzung	EVAS-Nr. ¹	Merkmalsträger	Datenhalter
Amtliche Statistiken²				
Statistisches Unternehmensregister	URS	52111	Unternehmensgruppen, Rechtliche Einheiten, Niederlassungen	Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter der Länder
Jahreserhebung für Mehrbetriebsunternehmen im Verarbeitenden Gewerbe	JBU	42221	Rechtliche Einheiten	Statistische Ämter der Länder
Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe	IE	42231	Rechtliche Einheiten, Niederlassungen	Statistische Ämter der Länder
Monatliche und Vierteljährliche Produktions- erhebung im Verarbeitenden Gewerbe	MVP	42121, 42131	Niederlassungen	Statistische Ämter der Länder
Monatsbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe	MB	42111	Niederlassungen	Statistische Ämter der Länder
Kostenstrukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe, in der Energieversorgung und im Baugewerbe	KSE	42251, 43221, 44253/54	Rechtliche Einheiten	Statistisches Bundesamt
Strukturerhebung im Handel und Dienstleistungsbereich (ab 2021)	SHD	47410,	Rechtliche Einheiten	Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter der Länder
Jahreserhebung im Handel (bis 2020)	JEG	45341,		
Strukturstatistik im Dienstleistungsbereich (bis 2020)	SID	47415		
Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)	UVA	73311	Umsatzsteuerpflichtige Unter- nehmen (Rechtliche Einheiten oder steuerliche Organschaften)	Statistische Ämter der Länder
Außenhandelsstatistik (Intra-/Extrahandel)	AH	51141	Importeure/Exporteure (Rechtliche Einheiten oder steuerliche Organschaften)	Statistisches Bundesamt
Externe Datenquellen				
Zahlungsbilanzstatistik ³	ZB	–	Institutionelle Einheiten nach § 63 Außenwirtschaftsordnung	Deutsche Bundesbank
Erhebung zu Forschung und Entwicklung ⁴	FE	–	Rechtliche Einheiten oder Gruppen von Rechtlichen Einheiten	Stifterverband der deutschen Wissenschaft
Country by Country Reporting ⁵	CbCR	–	Unternehmensgruppen	Bundeszentralamt für Steuern
Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem ⁶	VIES	–	Rechtliche Einheiten	Bundeszentralamt für Steuern
Geschäftsberichte von Konzernen und Rechtlichen Einheiten	GB	–	Unternehmensgruppen (Konzerne), Rechtliche Einheiten	Öffentlich

1 Das „Einheitliche Verzeichnis aller Statistiken des Bundes und der Länder“ (EVAS) enthält alle Statistiken (Erhebungen, Rechenwerke und Register), die vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder betreut werden.

2 Für alle amtlichen Statistiken existieren standardisierte Qualitätsberichte, die unter anderem die Erhebungsmerkmale und methodische Beschreibungen enthalten: www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/_inhalt.html

3 Informationen zur Methodik der Zahlungsbilanzstatistik: www.bundesbank.de/de/statistiken/aussenwirtschaft/zahlungsbilanz

4 Informationen zur Erhebung zu Forschung und Entwicklung: www.stifterverband.org/forschung-und-entwicklung

5 Informationen zum Country-by-Country-Reporting:

www.bzst.de/DE/Unternehmen/Intern_Informationsaustausch/CountryByCountryReporting/countrybycountryreporting_node.html

6 Informationen zur Erhebung der Zusammenfassenden Umsatzsteuermeldungen, die den VIES-Daten zugrunde liegen:

www.bzst.de/DE/Unternehmen/Umsatzsteuer/ZusammenfassendeMeldung/zusammenfassendemeldung_node.html

Quelle: Pötzsch und Rotsche 2025

Im Anschluss an eine erfolgreiche Aufklärung der Inkohärenzen stellt die LCU in Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten aus den Fachbereichen sowie den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Deutschen Bundesbank den Anpassungsbedarf fest, schätzt die Auswirkungen auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Wirtschaftsstatistiken ab und übermittelt den Fachbereichen Vorschläge für mögliche Korrekturen. Ziel ist neben der Feststellung des Korrekturbedarfs für vergangene Zeiträume aber vor allem auch eine möglichst nachhaltige und strukturelle Umsetzung der Erkenntnisse aus der Analyse- und Aufklärungsphase. Dabei liegt die Verantwortung für die Implementierung der LCU-Erkenntnisse bei den jeweiligen Fachbereichen. Der Fokus der LCU liegt diesbezüglich insbesondere darauf, ob bei Eingang der Datenmeldungen im folgenden Berichtsjahr die bereits aufgeklärten Inkohärenzen immer noch auftreten (Ahlborn et al. 2021).

Fazit und künftige Herausforderungen

Gerade die nachhaltige Berücksichtigung der LCU-Erkenntnisse stellt einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätssicherung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Wirtschaftsstatistiken im Hinblick auf die kohärente Erfassung multinationaler Unternehmensgruppen dar, da neben den vergangenheitsbezogenen Korrekturen auch das Qualitätsniveau der amtlichen Statistiken am aktuellen Rand signifikant steigt. Darüber hinaus etabliert sich die LCU als fester Bestandteil der amtlichen Statistik, da die tiefgehende Analyse von und der intensive Austausch mit multinationalen Unternehmensgruppen einen sehr großen Kompetenzgewinn mit sich bringt. Dazu zählen neben der Methodenkompetenz bei erhebungsübergreifenden Fragestellungen auch das Verständnis für Probleme bei der Ableitung von Daten aus unterschiedlichen Rechnungslegungssystemen zu den Meldungen der amtlichen Statistik. Zudem baut die LCU wertvolle Kontakte zu multinationalen Unternehmensgruppen auf, die bei der Qualitätssicherung amtlicher Statistiken als auch bei deren Weiterentwicklung sehr von Nutzen sind. Vor allem im Hinblick auf die konjunkturstatistische Berichterstattung wird allerdings deutlich, dass sich die amtliche Statistik in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen einer schnellen und zeitnahen Veröffentlichung qualitativ hochwertiger

Daten auf der einen Seite und einer möglichst belastungsarmen und mit wenig Bürokratiekosten verbundenen Befragung auf der anderen Seite befindet. Auch die Mitarbeit in europäischen Gremien und der Kontakt mit LCUs anderer Länder bietet ein hohes Weiterentwicklungspotenzial, insbesondere wenn die derzeit bestehenden Beschränkungen beim Austausch von Mikrodaten sowohl innerhalb Deutschlands aber auch im internationalen Kontext abgebaut werden können. ■

Literatur

Ahlborn, M., Draken, F., Schulz, V. (2021): Qualitätssicherung in der amtlichen Statistik: Large Cases Unit. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2021/02: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2021/02/qualitaetssicherung_022021.pdf?__blob=publicationFile&v=3for (abgerufen am 17.12.2025).

Allafi, S., Jung, S., Spies, V. (2017): Globalisierung in der amtlichen Statistik. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2017/05: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2017/05/globalisierung-amtliche-statistik-052017.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 17.12.2025).

Draken-Gädeke, F., Kleine, R., Pirdashvili, I. (2023): Untersuchungen zum Einfluss multinationaler Unternehmensgruppen auf das Bruttonationaleinkommen. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2019/03: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2023/03/untersuchungen-einfluss-multinationaler-unternehmensgruppen-032023.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 17.12.2025).

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 2010: https://ec.europa.eu/mwng-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=5lb_OU1BUWsneiP8OdbZjekMaHQQwHiRkDgNtbhFfXg,&dl (abgerufen am 17.12.2025).

Handbuch zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus sechste Ausgabe (BPM6): www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2007/pdf/bpm6.pdf (abgerufen am 17.12.2025).

Hörner, N., Rotsche, M., Söngen, J. (2022): Fortschritte der Large Cases Unit. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2022/05: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2022/05/fortschritte-large-cases-unit-052022.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen am 17.12.2025).

Hofmann, J. (2023): Von der Bilanz zum Unternehmen – Wozu dient Profiling in den Wirtschaftsstatistiken? In: Bayern in Zahlen 2023/09: www.statistik.bayern.de/mam/produkte/biz/z1000g_202309.pdf (abgerufen am 17.12.2025).

Pötzsch, K., Rotsche, M. (2025): Large Cases Unit: Erkenntnisse aus fünf Jahren Arbeit. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2025/02: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2025/02/large-cases-unit-022025.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen am 17.12.2025).

Qualität-VGR und WS-Gesetz (QVWSG) vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1751, 1757): www.gesetze-im-internet.de/qvwsg/QVWSG.pdf (abgerufen am 17.12.2025).

Spies, V., Luh, T., Braakmann, A. (2020): Europäische Harmonisierung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2020/05: www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2020/05/europaeische-harmonisierung-052020.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (abgerufen am 17.12.2025).

Stapel-Weber, S., Verrinder, J. (2016): Globalisation at work in statistics – Questions arising from the ‘Irish Case’. In: EURONA – Eurostat Review on National Accounts and Macroeconomic Indicators 2016/02: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7784358/KS-GP-16-002-EN-N.pdf/af4b1474-cc3a-4453-9814-bfbc74e31d0?t=1483966712000> (abgerufen am 17.12.2025).

Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken (...): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009R0223> (abgerufen am 17.12.2025).

Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken (...): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R2152> (abgerufen am 17.12.2025).

Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31993R0696> (abgerufen am 17.12.2025).

1 Dieser Beitrag konzentriert sich auf den BNE-Vorbehalt zur Globalisierung, daher ist im Folgenden bei BNE-Vorbehalt der BNE-Vorbehalt zur Globalisierung gemeint.

2 MNE als Abkürzung für Multinational Enterprise, übersetzt Multinationale Unternehmensgruppe.

3 Eine Übermittlung von Mikrodaten an Nationale Statistische Ämter der Europäischen Union sowie an Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken ist damit gemäß Verordnung (EG) Nr. 223/2009 möglich.

4 Hierzu zählen neben den Einheitentypen Niederlassung, rechtliche Einheit und Unternehmen gemäß EU-Einheitenverordnung (EWG) Nr. 696/93 vom 15. März 1993 außerdem Organschaften und ausländische Einheiten mit deutscher Steuernummer.

5 Europäisches Frühwarnsystem, das Mitgliedsstaaten des Europäischen Statistischen Systems bei signifikanten Umstrukturierungen multinationaler Unternehmensgruppen mit möglichen spürbaren Effekten auf volkswirtschaftliche Kennzahlen auslösen können.

NACHGEFRAGT

BEI

SVEN MUTH



Herr Muth ist seit dem 01.09.2025 Vizepräsident des LfStat und Leiter der Abteilung 2 (Statistische Methoden, Digitalisierung, Informationstechnologie).

Der gebürtige Bamberger studierte Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU).

Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen war Herr Muth zunächst als Akademischer Rat an der FAU in Erlangen tätig. Im Juni 2008 wurde er Verwaltungsrichter am Verwaltungsgericht Augsburg. Danach wechselte er ins Bayerische Innenministerium und war dort als Referent für Integrierte

Leitstellen und als stellvertretender Sachgebietsleiter für den Aufgabenbereich „Körperschaftsaufsicht über das Bayerische Rote Kreuz“ eingesetzt. 2014 führte ihn eine Abordnung zum Auswärtigen Amt in Berlin in die dortige Europaabteilung. Im Juni 2016 wurde Herr Muth Leiter der Abteilung „Kommunale und Soziale Angelegenheiten“ am Landratsamt Roth. Vor seiner Versetzung an das LfStat war er ab Januar 2020 an der Regierung von Mittelfranken als Leiter des Sachgebiets Z1 (Organisation, IuK, Haushalt und Controlling) und zwischenzeitlich zusätzlich als Leiter der Stabsstelle S1 (Digitalisierung) tätig.

”

Wir sollten uns [...] vor neuen Technologien, wie der KI, nicht verschließen, sie verteufeln oder ablehnen, sondern wir sollten sie mitgestalten, aktiv dabei sein und verantwortungsvoll nutzen.

Herr Muth, Sie sind jetzt seit rund 150 Tagen neuer Vizepräsident des Bayerischen Landesamts für Statistik. Welche Eindrücke haben Sie in Ihrer Anfangszeit gewonnen – und was hat Sie vielleicht überrascht?

MUTH Die Kolleginnen und Kollegen im LfStat haben es mir durch ihre Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft leicht gemacht, in meiner neuen Funktion anzukommen. Ein besonderes Dankeschön geht an meine Vorgängerin, Frau Staudhammer, für die wertvollen Übergabegespräche. Das LfStat stellt sich mir als eine Behörde dar, die sehr motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat.

Es war mir früher völlig unbekannt, wie intensiv die Zusammenarbeit im statistischen Verbund ist. Auch hier habe ich bereits viele angenehme Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen statistischen Ämtern führen dürfen.

Eine Überraschung war, dass man das Dienstgebäude in Fürth um 20 Uhr verlassen haben muss, man muss also aufpassen, dass man abends seinen Wohnungsschlüssel nicht im Büro liegen lässt, weil man dann nicht mehr einfach noch einmal kurz zurück kann :-).

Ihr Name lädt zu einem kleinen Wortspiel ein: Ist ‚Mut‘ Ihr Programm?

MUTH Ganz ehrlich, diese Überlegung (nomen est omen) habe ich mir tatsächlich kaum gestellt.

Wenn man Mut im Sinne von Interesse für Neues, also für neue Herausforderungen und für neue Themen begreift, dann zieht sich dies tatsächlich wie ein roter Faden durch mein Berufsleben. Es hat mir immer auch große Freude bereitet, neue Aufgaben zu übernehmen.

Übrigens: Ich schmunzle jedes Mal, wenn ich im LfStat den Begriff MUT lese oder höre. Das Modernisierungs- und UnterstützungsTeam (MUT), das es schon vor mir am LfStat gab, dient als Ansprechpartner für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Einbringen neuer Ideen und Vorschläge im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und Modernisierung des Landesamtes. Es ist doch eine sympathische Assoziation, wenn nun mein Name mit Weiterentwicklung und Modernisierung verbunden ist.

Ihr beruflicher Weg führte Sie vom Verwaltungsgericht über das Innenministerium ins Auswärtige Amt, dann zum Landratsamt Roth und zuletzt zur Regierung von Mittelfranken, dort u. a. in die Digitalisierungseinheit. Welche Station Ihrer Laufbahn hat Sie am stärksten geprägt und auf Ihre heutige Rolle vorbereitet?

MUTH Diese Frage kann ich so eindeutig nicht beantworten. Jede Station hat wertvolle Erfahrungen mit sich gebracht, die in der Summe einfach ein wertvolles Paket bilden. Gerade der Vergleich zwischen Behörden ist sehr interessant, insbesondere wenn man erlebt, wie die gleiche Fragestellung mehr oder wenig unterschiedlich gelöst wird. Ein Vorteil einer größeren Anzahl von Verwendungen an verschiedenen Behörden ist auch das kollegiale Netzwerk, das sich so im Laufe der Zeit immer weiter vergrößert hat. Einfach mal zum Telefonhörer greifen und eine Kollegin oder einen Kollegen unkompliziert und informell fragen zu können, macht es oft viel leichter.

Als Leiter der Abteilung „Statistische Methoden, Digitalisierung, Informationstechnologie“ tragen Sie nun die Verantwortung für zentrale Zukunftsthemen. Welche technologischen Trends – etwa KI, Automatisierung oder moderne Datenplattformen – werden Ihrer Meinung nach die statistische Arbeit in den nächsten Jahren am stärksten verändern?

MUTH Technik und Technologien hatten in der Vergangenheit und haben auch heute eine hohe Dynamik. Es ist wichtig, dass wir die Sorgen und Ängste der Menschen und insbesondere unser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ernst nehmen. Wir sollten uns aber vor neuen Technologien, wie der KI, nicht verschließen, sie verteufeln oder ablehnen, sondern wir sollten sie mitgestalten, aktiv

dabei sein und verantwortungsvoll nutzen. Es ist wichtig, dass wir als Staat, als statistischer Verbund und als LfStat hier nicht den Anschluss verlieren. Dies ist jedoch oft eine große Herausforderung, nicht zuletzt wegen der besonderen Sicherheitsanforderungen der staatlichen LuK. Auch veränderte, globale Verhältnisse, wie beispielsweise von Europa und Amerika, stellen uns vor große Herausforderungen.

Welche Impulse möchten Sie persönlich setzen, damit die amtliche Statistik in Bayern weiterhin einen hohen Mehrwert für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft bietet?

MUTH Es ist wichtig, dass der Staat als unverzichtbarer Teil einer funktionierenden Gesellschaft begriffen wird. Es ist fatal, wenn der Staat, Behörden oder die amtliche Statistik auf Ablehnung stoßen. Es ist unsere Aufgabe als Menschen, die in Behörden arbeiten, immer wieder aufzuzeigen, welchen unverzichtbaren Anteil wir, gerade auch die amtliche Statistik, für ein funktionierendes Gemeinwesen haben.

Zum Abschluss eine persönliche Frage: Haben Sie ein Hobby, das Ihnen als Ausgleich zum Berufsalltag dient?

MUTH Diese Frage darf ich durch das Foto beantworten :-).

Herr Muth, wir danken Ihnen herzlich für das offene Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre Aufgaben als Vizepräsident des Bayerischen Landesamts für Statistik weiterhin viel Erfolg, Mut zur Gestaltung und alles Gute.

Das Gespräch mit Herrn Sven Muth führte Annett Schlemper.

STATISTIK KOMMUNAL FÜR BAYERN

Die Ergebnisse in „Statistik kommunal“ stammen direkt aus der GENESIS-Online-Datenbank des Landesamts.

Jährlich werden für den gesamten Freistaat, jeden der 7 Regierungsbezirke und 71 Landkreise sowie jede der 25 kreisfreien Städte und 2031 kreisangehörigen Gemeinden fundierte Regionalprofile erstellt – bestehend aus einer Vielzahl von spezifischen Daten in 33 Tabellen und 21 Graphiken. Zusätzlich lassen Zeitreihen über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte Entwicklungen erkennen.

Kostenloser Download unter:

https://s.bayern.de/statistik_kommunal

Aktualisiert seit Dezember 2025



Bayerisches Landesamt für
Statistik

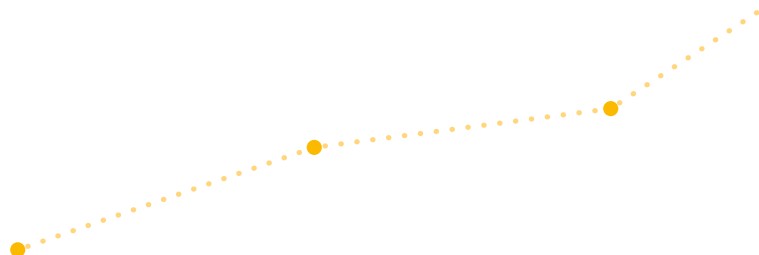


VERSCHULDUNG DER KOMMUNALEN KÖRPERSCHAFTEN in Bayern 2024

Dipl.Kfm.Univ. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften erhöhte sich im Jahr 2024 um 2 821,7 Millionen Euro auf 20 716,0 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 569 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv), die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 19 101,8 Millionen Euro oder 1 447 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 53,3 Millionen Euro auf 4 011,5 Millionen Euro erhöht; die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser erhöhten diese um 3,7 Millionen Euro auf 54,1 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 24 781,6 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden von rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 4 697,2 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 22 376,6 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Schuldenaufnahmen in Höhe von 4 154,0 Millionen Euro standen Tilgungen in Höhe von 1 724,4 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 511,5 Millionen Euro bzw. bei den Krankenhäusern in Höhe von 7,0 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 442,9 Millionen Euro bzw. 4,7 Millionen Euro.





Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten

Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder, kommunale Körperschaften sowie Sozialversicherungen mit mehr als 50 Prozent des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommene Schulscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mitenthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP¹-Projekte, Energie-Contracting, Schuldenübernahmen und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden – in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen



System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (aktuell ESVG 2010) – ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes² der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich³ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

1 Öffentlich private Partnerschaften.

2 Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.

Der Schuldenstand wird bei folgenden Berichtskreisen separat erfasst:

1. **Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften + rechtlich unselbstständige Einheiten**, die vollständig, also brutto, im Kernhaushalt der kommunalen Körperschaft mit den entsprechenden Einnahmen und Ausgaben geführt werden (Regiebetriebe, Stiftungen, Sondervermögen).
2. **Rechtlich unselbstständige Einheiten mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung** (außerhalb des Kernhaushalts). Dies sind Eigenbetriebe (z. B. Stadtwerke) und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
3. **Rechtlich selbstständige und öffentlich bestimmte Einheiten und kommunale Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand**, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgewiesen werden, an denen Bund, Länder, kommunale Körperschaften sowie Sozialversicherungen mit mehr als 50 Prozent des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.



Zunehmende Ausweitung der Schulden im Jahr 2024

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2024 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 20 716,0 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 15,8 Prozent oder 2 821,7 Millionen Euro höher geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁴ lag bei 1 569 Euro; sie erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2023 um 233 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 92,8 Prozent oder 19 220,1 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 6,8 Prozent oder 1 405,9 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,4 Prozent oder 90,0 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 44,7 Prozent oder 9 256,6 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 37,4 Prozent oder 7 741,1 Millionen Euro, die Landkreise 9,2 Prozent oder 1 912,5 Millionen Euro und die Bezirke 1,5 Prozent oder 309,9 Millionen Euro

zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum mit durchgehend steigender Tendenz. So waren bei den kreisfreien Städten (+21,7 Prozent), den kreisangehörigen Gemeinden (+8,7 Prozent), den Landkreisen (+11,1 Prozent), den Bezirken (+632,1 Prozent), den Zweckverbänden (+6,6 Prozent) und den Verwaltungsgemeinschaften (+1,9 Prozent) Zuwächse der Schulden in ihren Kernhaushalten zu verzeichnen.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 bzw. 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2024 die Kassenkredite herausgerechnet.

⁴ Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember 2024 auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni 2024 bezogen.

Abbildung 1

Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980
in Milliarden Euro

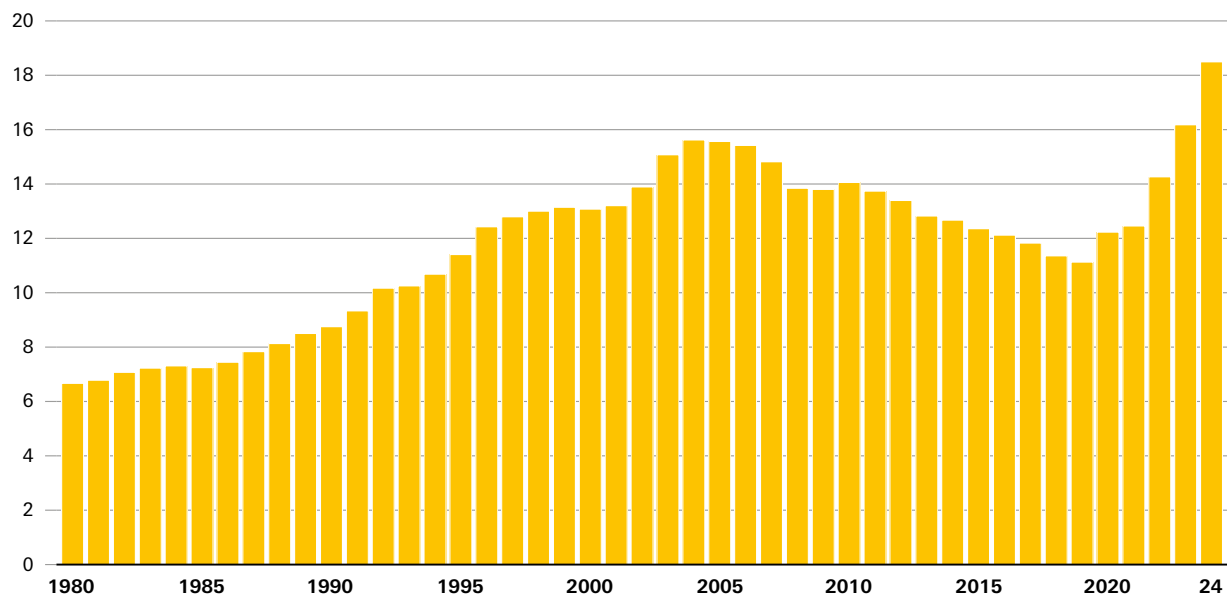
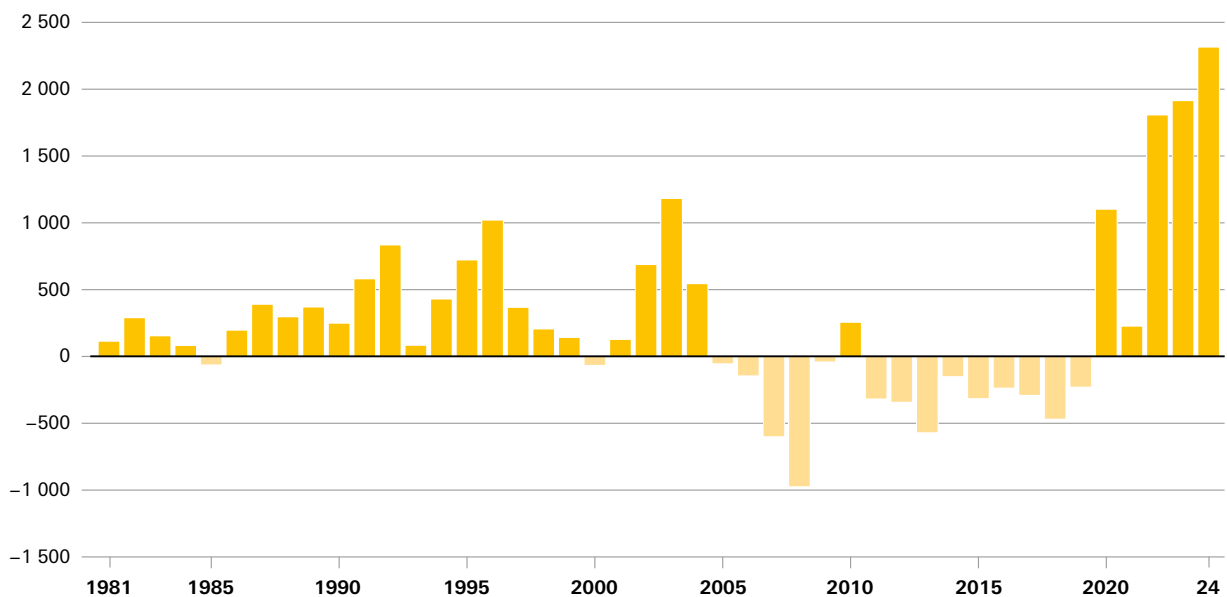


Abbildung 2

Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
in Millionen Euro



Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2024 nach Art der Schulden
Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon				Zweck- verbände¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
			Kreisfreie Städte	Kreis- angehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich								
Wertpapiere	421,0	421,0	421,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	19 422,4	17 948,6	8 071,8	7 689,4	1 881,7	305,7	1 391,8	82,0
sonstigem inländischem Bereich	700,3	700,3	691,4	2,7	2,0	4,2	–	–
sonstigem ausländischem Bereich	–	–	–	–	–	–	–	–
Euro-Währung	31,9	31,9	31,9	–	–	–	–	–
Fremdwährung	0,1	0,1	–	0,1	–	–	–	–
Zusammen	20 575,6	19 101,8	9 216,0	7 692,2	1 883,8	309,8	1 391,8	82,0
Schulden beim öffentlichen Bereich								
Schulden beim Bund	0,6	0,6	–	0,6	–	–	–	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung ...	0,1	0,1	–	0,1	–	–	–	–
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	12,6	12,3	9,7	2,6	0,0	–	0,3	–
bei Ländern	34,4	34,4	0,8	33,2	0,3	0,1	0,0	–
bei Gemeinden /GV.	26,3	11,6	–	8,6	3,0	–	6,8	8,0
bei Zweckverbänden und dergleichen	1,5	1,1	–	0,9	0,2	–	0,4	–
bei verb. Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	64,9	58,3	30,2	2,9	25,2	–	6,7	–
Zusammen	140,5	118,4	40,6	48,9	28,7	0,1	14,1	8,0
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen ...	20 716,0	19 220,1	9 256,6	7 741,1	1 912,5	309,9	1 405,9	90,0
darunter Kassenkredite	749,5	725,2	205,5	169,7	98,2	251,8	12,0	12,3
weitere Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	582,2	568,8	315,3	115,0	109,1	29,4	12,5	0,9
Bürgschaften								
Haftungssumme insgesamt	3 195,5	3 159,5	1 086,7	748,0	1 087,6	237,3	36,0	0,0
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte								
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden ...	11,5	11,5	5,4	6,1	–	–	–	–
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	200,9	196,6	10,4	179,8	6,5	–	4,3	0,0
Finanzierungsleasing	28,6	28,5	5,4	20,3	2,8	–	0,0	0,0
Zusammen	241,1	236,7	21,1	206,2	9,3	–	4,3	0,1
Nachrichtlich: ÖPP-Projekte nach ESVG ...	137,9	137,9	–	58,7	79,2	–	–	–
Schulden der Eigenbetriebe								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich ...	3 691,0	3 691,0	2 482,7	1 178,3	30,1	–	–	–
öffentlichen Bereich	320,5	320,5	148,9	155,5	2,7	13,3	–	–
Zusammen	4 011,5	4 011,5	2 631,6	1 333,8	32,8	13,3	–	–
Schulden der Krankenhäuser²								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich ...	48,5	48,5	–	–	47,6	0,9	–	–
öffentlichen Bereich	5,6	5,6	–	–	2,2	3,4	–	–
Zusammen	54,1	54,1	–	–	49,8	4,3	–	–

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.



Von den kreisfreien Städten erhöhten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 24,7 Prozent oder 1 532,5 Millionen Euro.

Schuldenanstieg bei den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden

Von den kreisfreien Städten erhöhten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 24,7 Prozent oder 1 532,5 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner nahm um 664 Euro auf 3 329 Euro (+24,9 Prozent) zu. Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen eine Zunahme um 121 Euro auf 907 Euro je Einwohner (+15,4 Prozent) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern erhöhten ihren Schuldenstand um 86 Euro auf 938 Euro je Einwohner (+10,1 Prozent). Die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 1 060 Euro je Einwohner gegenüber dem Vorjahr ebenfalls höhere Schulden (+6,0 Prozent) (vgl. Tabelle 2).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war ebenfalls in allen Gemeindegrößenklassen eine Zunahme des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenaufbau um 8,7 Prozent. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern erhöhten die Verschuldung um 3,4 Prozent von 888,3 Millionen Euro auf 918,5 Millionen Euro; die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern steigerten diese um 8,5 Prozent von 1 745,4 Millionen Euro auf 1 894,3 Millionen Euro. Die Gemeinden mit

5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verzeichneten eine Zunahme ihrer Schulden um 6,9 Prozent von 1 902,3 Millionen Euro auf 2 033,5 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 13,9 Prozent von 1 207,0 Millionen Euro auf 1 375,3 Millionen Euro; die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern erhöhten den Schuldenstand um 9,0 Prozent von 1 280,9 Millionen Euro auf 1 396,3 Millionen Euro und die Gemeinden unter 1 000 Einwohnern um 29,7 Prozent von 95,0 Millionen Euro auf 123,2 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, allerdings sind in den Gemeindegrößenklassen Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahm um fünfzehn und die der Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um fünf zu, während die der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um vier, die der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um zwölf, die der Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um zwei und die der Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern ebenfalls um zwei abnahm.

Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. Auch bei dieser Betrachtungsweise kam es ausschließlich zu Zunahmen des Schuldenstands in den Gemeindegrößenklassen: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern erhöhten sich die Schulden um 16,1 Prozent oder 138 Euro, bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern wurden sie um 9,6 Prozent oder 73 Euro mehr, in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahmen sie um 12,8 Prozent oder 95 Euro zu, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 11,2 Prozent oder 88 Euro, in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 9,9 Prozent oder 80 Euro und in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern gab es ebenfalls eine Zunahme um 7,1 Prozent oder 44 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 20 575,6 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 94,4 Prozent (Vorjahr 95,6 Prozent) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (2,0 Prozent) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (3,6 Prozent). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 140,5 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 64,9 Millionen Euro, gefolgt von dem Land Bayern mit 34,4 Millionen Euro, von den Gemeinden/Gemeindeverbänden mit 26,3 Millionen Euro und von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen mit einem Kreditvolumen von 12,6 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten wieder deutlich höher als im Vorjahr

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2024 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 749,5 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 409,5 Millionen Euro oder 120,4 Prozent höher als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte ließen sich 205,5 Millionen Euro – und somit 157,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – an Überbrückungskrediten gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 169,7 Millionen Euro und einem Plus von 44,2 Prozent mehr mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Relativ stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 30,8 Prozent auf 98,2 Millionen Euro reduziert. Nachdem bei den Bezirken in den Vorjahren keine Kassenkredite zu verzeichnen waren, schlugen diese am Ende 2024 mit 251,8 Millionen Euro zu Buche. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände reduzierten ihre Kassenkredite (–4,6 Millionen Euro) auf einen Stand von 12,0 Millionen Euro; auch die Verwaltungsgemeinschaften verringerten um 20,5 Prozent ihre Kassenkredite auf 12,3 Millionen Euro.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d. h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen haben sich im Berichtszeitraum von 236,6 Millionen Euro auf 241,1 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder erhöhten sich um 3,0 Prozent auf

200,9 Millionen Euro. Die Schulden aus Leasingverträgen verringerten sich von 30,1 Millionen Euro auf 28,6 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden blieben mit 11,5 Millionen Euro unverändert. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen für die Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums

geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 137,9 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nahmen um 73,1 Millionen Euro auf 3 195,5 Millionen Euro zu. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Tab. 2 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern 2024 nach Gemeindegrößenklassen

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand ¹ am 31. Dezember							
	Insgesamt		davon				Veränderung insgesamt gegenüber 2023	
			Kernhaushalte		Eigenbetriebe und Kranken- häuser mit kaufmännischem Rechnungswesen			
	Mill. €	€ je Einwohner	Mill. €	€ je Einwohner	Mill. €	€ je Einwohner	Mill. €	in %
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
200 000 oder mehr	9 496,9	4 085	7 739,6	3 329	1 757,3	756	1 477,7	18,4
100 000 bis unter 200 000	1 078,7	1 610	607,8	907	470,9	703	69,2	6,9
50 000 bis unter 100 000	823,4	1 562	494,8	938	328,6	623	33,2	4,2
unter 50 000	489,3	1 252	414,4	1 060	74,8	192	16,2	3,4
Zusammen	11 888,2	3 038	9 256,6	2 366	2 631,6	673	1 596,3	15,5
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 450,8	1 052	918,5	666	532,3	386	59,2	4,3
10 000 bis unter 20 000	2 432,4	1 131	1 894,3	881	538,1	250	208,3	9,4
5 000 bis unter 10 000	2 244,4	966	2 033,5	875	210,9	91	149,7	7,1
3 000 bis unter 5 000	1 412,9	862	1 375,3	839	37,6	23	172,1	13,9
1 000 bis unter 3 000	1 411,1	844	1 396,3	835	14,8	9	114,7	8,8
unter 1 000	123,2	998	123,2	998	–	0	15,0	13,9
Zusammen	9 074,9	977	7 741,1	833	1 333,8	144	719,1	8,6
Landkreise	1 995,1	215	1 912,5	206	82,6	9	209,6	11,7
Bezirke	327,5	25	309,9	23	17,6	1	264,6	420,4
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	23 285,7	1 764	19 220,1	1 456	4 065,6	308	2 789,6	13,6
Zweckverbände ²	1 405,9	106	1 405,9	106	–	–	87,2	6,6
Verwaltungsgemeinschaften	90,0	44	90,0	44	–	–	1,7	1,9
Insgesamt	24 781,6	1 877	20 716,0	1 569	4 065,6	308	2 878,4	13,1

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

2 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 53,3 Millionen Euro von 3 958,2 Millionen Euro auf 4 011,5 Millionen Euro.



Über die Schuldsituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zurechenbaren Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldsituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbstständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Bereits vor 2012 wurden den Schulden der kommunalen Körperschaften die entsprechenden Schulden ihrer Eigenbetriebe zugeordnet.

Für die ausgegliederten Bereiche wurde durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals im Rahmen einer Modellrechnung eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen⁵, danach aber wieder ausgesetzt, da keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen war. Mittlerweile liegen für den Stand 31. Dezember 2023 sowie 31. Dezember 2024 als „Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wieder entsprechende Ergebnisse vor, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden können.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors (aktuell nach dem ESVG 2010) werden alle sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden – außer die von Eigenbetrieben – gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht

mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe etwas höher

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 53,3 Millionen Euro von 3 958,2 Millionen Euro auf 4 011,5 Millionen Euro. Zu diesem Anstieg trugen nur die Eigenbetriebe der kreisangehörigen Gemeinden (+97,1 Millionen Euro) und der Landkreise (+6,2 Millionen Euro) bei, da es bei den kreisfreien Städten zu einer Verringerung der Verschuldung um 50,0 Millionen Euro kam und bei den Bezirken der Schuldenstand gleich blieb. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 54,1 Millionen Euro, das waren 3,7 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 48,5 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 5,6 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 92,1 Prozent überwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 4 065,6 Millionen Euro. Davon waren 92,0 Prozent Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben beziehungsweise Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 24 781,6 Millionen Euro oder 1 877 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2024 ein Schuldenstand von 19 101,8 Millionen Euro oder 1 447 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr beliefen sich die Vergleichszahlen auf 16 353,8 Millionen Euro und 1 221 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte weiter gestiegen

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 4 697,2 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 22 376,6 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden insgesamt um 3,4 Prozent. Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

⁵ Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Staats- und Kommunalschulden in Bayern am 31. Dezember 2012“ (Bestellnummer: L3100C 201200). Dieser kann auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Statistik kostenlos heruntergeladen werden unter: www.statistik.bayern.de/statistik/haushalte_steuern/oeffentliche_haushalte

⁶ Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen).

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2024

Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						Zweck- verbände¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon						
			Kreisfreie Städte	Kreis- an- gehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
Schuldenaufnahmen									
Wertpapiere	300,0	300,0	300,0	–	–	–	–	–	
Kredite bei Kreditinstituten	3 847,0	3 579,5	1 807,1	1 322,7	427,2	22,5	249,7	17,8	
sonstigem inländischem Bereich ...	–	–	–	–	–	–	–	–	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	4 147,0	3 879,5	2 107,1	1 322,7	427,2	22,5	249,7	17,8	
Schulden beim öffentlichen Bereich	7,0	4,4	–	4,4	–	–	2,6	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	4 154,0	3 883,9	2 107,1	1 327,1	427,2	22,5	252,3	17,8	
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	511,5	511,5	284,0	217,6	9,9	–	–	–	
Schulden der Krankenhäuser²	7,0	7,0	–	–	7,0	–	–	–	
Schuldentilgungen									
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–	
Kredite bei Kreditinstituten	1 697,9	1 552,8	599,5	758,2	188,9	6,2	133,9	11,2	
sonstigem inländischem Bereich	11,1	11,1	10,5	0,1	–	0,5	–	–	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	1,1	1,1	1,1	–	–	–	–	–	
Fremdwährung	0,0	0,0	–	0,0	–	–	–	–	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 710,1	1 564,9	611,1	758,3	188,9	6,7	133,9	11,2	
Schulden beim öffentlichen Bereich	14,3	8,1	0,9	5,5	1,8	0,0	4,5	1,7	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 724,4	1 573,0	611,9	763,7	190,6	6,7	138,4	12,9	
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	442,9	442,9	331,7	109,4	1,8	–	–	–	
Schulden der Krankenhäuser²	4,7	4,7	2,6	–	1,6	0,5	–	–	

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Insgesamt höhere Schuldenaufnahmen ...

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 4 154,0 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 9,5 Prozent oder 361,9 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Abgenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien Städten um 139,1 Millionen Euro (–6,2 Prozent) und bei den Verwaltungsgemeinschaften um 0,8 Millionen Euro (–4,2 Prozent). Zugenommen haben sie dagegen bei den kreisangehörigen Gemeinden um 269,8 Millionen Euro (+25,5 Prozent), bei den Landkreisen um 161,9 Millionen Euro (+61,0 Prozent) und bei den Zweckverbänden um 47,7 Millionen Euro (+23,3 Prozent). Bei den Bezirken gab es neue Schuldenaufnahmen in Höhe von 22,5 Millionen Euro, nachdem im Vorjahr keine Schuldenaufnahmen getätigt wurden. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 4 147,0 Millionen Euro stellten zu 92,8 Prozent (2023: 99,9 Prozent) Kreditinstitute bereit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ Kredite mit einer Laufzeit von fünf oder mehr Jahren. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 82,1 Prozent aus langfristigen, zu 1,4 Prozent aus kurzfristigen und zu 16,5 Prozent aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der lang- und mittelfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Lasten

der kurzfristigen Mittel zugenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 511,5 Millionen Euro (2023: 561,7 Millionen Euro). Bei den Krankenhäusern gab es Schuldenaufnahmen in Höhe von 7,0 Millionen Euro.

... und geringere Schuldentilgungen bei den Kernhaushalten, jedoch höhere Schuldentilgungen bei den Eigenbetrieben und Krankenhäusern

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 724,4 Millionen Euro um 71,5 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 710,1 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 14,3 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 442,9 Millionen Euro um 99,9 Millionen Euro mehr Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 4,7 Millionen Euro, dies waren 2,8 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Fazit

Auch im Jahr 2024 war die finanzielle Lage der kommunalen Haushalte von anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen geprägt. Nachwirkungen der Corona-Krise, Preissteigerungen bei Energie und Bauleistungen sowie die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine belasteten die Finanzlage der Kommunen weiterhin und führten zu einem neuen Höchststand der kommunalen Verschuldung im Jahr 2024. ■

– 2,6 %



**Verschuldung in den Kernhaushalten
der kommunalen Körperschaften
im Jahr 2015 ggü. 2014***

* Quelle: Bayern in Zahlen 10/2016

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2015 *

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften verringerte sich im Jahr 2015 um 361,8 Millionen Euro auf 13 528,5 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 062 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv), die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 12 460,0 Millionen Euro oder 978 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 18,1 Millionen Euro auf 4 135,0 Millionen Euro verringert; die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser dagegen erhöhten diese um 3,0 Millionen Euro auf 75,6 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 17 739,2 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 1 867 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 011 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Der von den kommunalen Körperschaften selbst getragene planmäßige Schuldendienst (Zinsen und/oder Tilgung) wurde mit 1 404,2 Millionen Euro festgestellt. Schuldendiensthilfen in Höhe von 16,4 Millionen Euro wurden den kommunalen Körperschaften von Dritten gewährt. Schuldenaufnahmen in Höhe von 1 571,8 Millionen Euro standen Tilgungen von 1 918,6 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 382,5 Millionen Euro bzw. 9,8 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 372,2 Millionen Euro bzw. 5,7 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eige-

ner, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten sowie für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder und kommunale Körperschaften mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2015 nach Art der Schulden

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon				Zweck- verbände ¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
			kreisfreie Städte	kreis- angehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Millionen €								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich								
Wertpapiere	100,7	100,7	100,7	—	—	—	—	—
Kredite bei								
Kreditinstituten	13 147,1	12 215,6	4 052,1	6 040,1	2 023,0	100,4	890,2	41,3
sonstigem inländischen Bereich	145,0	143,8	116,9	24,9	2,0	—	1,2	—
sonstigem ausländischen Bereich								
Euro-Währung	—	—	—	—	—	—	—	—
Fremdwährung	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	13 392,7	12 460,0	4 269,6	6 065,0	2 025,1	100,4	891,4	41,3
Schulden beim öffentlichen Bereich								
Schulden								
beim Bund	3,4	3,4	0,0	3,2	0,1	0,0	—	—
der gesetzlichen Sozialversicherung	1,5	1,5	—	1,5	—	—	—	—
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	31,9	29,5	—	7,3	21,9	0,3	2,4	—
bei Ländern	8,4	8,3	0,8	6,7	0,5	0,3	0,1	—
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	40,0	5,3	—	4,5	0,2	0,6	34,6	—
bei Zweckverbänden und dgl.	1,4	1,4	—	1,4	—	—	—	—
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	49,4	45,7	16,1	8,1	21,5	—	3,7	—
Zusammen	135,8	95,0	17,0	32,7	44,2	1,2	40,8	—
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen								
darunter Kassenkredite	209,7	198,9	80,2	98,1	10,6	10,0	9,8	1,0
Weitere Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	278,7	274,4	223,2	23,9	27,2	0,0	4,3	0,1
Bürgschaften								
Haftungssumme insgesamt	3 433,5	3 350,0	1 442,3	732,1	920,3	255,3	83,6	—
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte								
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	26,8	26,8	5,4	21,5	—	—	—	—
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	177,8	158,8	33,9	122,4	2,4	—	18,7	0,4
Finanzierungsleasing	34,8	34,7	3,6	28,0	3,0	—	0,1	0,1
Zusammen	239,5	220,3	42,9	171,9	5,5	—	18,8	0,5
nachrichtlich: ÖPP ² -Projekte nach ESVG ³	82,6	80,3	0,6	60,2	19,5	—	2,3	—
Schulden der Eigenbetriebe								
Schulden								
beim nicht-öffentlichen Bereich	3 816,7	3 816,7	2 639,1	1 114,1	63,5	0,0	—	—
beim öffentlichen Bereich	318,3	318,3	198,2	94,5	12,3	13,3	—	—
Zusammen	4 135,0	4 135,0	2 837,3	1 208,5	75,8	13,4	—	—
Schulden der Krankenhäuser ⁴								
Schulden								
beim nicht-öffentlichen Bereich	40,2	40,2	12,3	1,0	22,1	4,8	—	—
beim öffentlichen Bereich	35,5	35,5	0,2	0,5	32,2	2,5	—	—
Zusammen	75,6	75,6	12,5	1,5	54,4	7,3	—	—

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Öffentlich-private Partnerschaften.

3 Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

4 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

sind. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommenen

Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der

Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mit enthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP¹-Projekte und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes² der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich³ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Ein-

richtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Weiterer Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2015 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 13 528,5 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 2,6% oder 361,8 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁴ lag bei 1 062 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2014 um 38 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 92,8% oder 12 555,0 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 6,9% oder 932,2 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,3% oder 41,3 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 31,7% oder 4 286,5 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 45,1% oder 6 097,6 Millionen Euro, die Landkreise 15,3% oder 2 069,3 Millionen Euro und die Bezirke 0,8% oder 101,6 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstandes der einzelnen Körperschaftsgruppen ver-

- 1 Öffentlich-private Partnerschaften.
- 2 Art. 104c Abs. 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- 3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.
- 4 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni bezogen.

Abb. 1

Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980 in Milliarden Euro

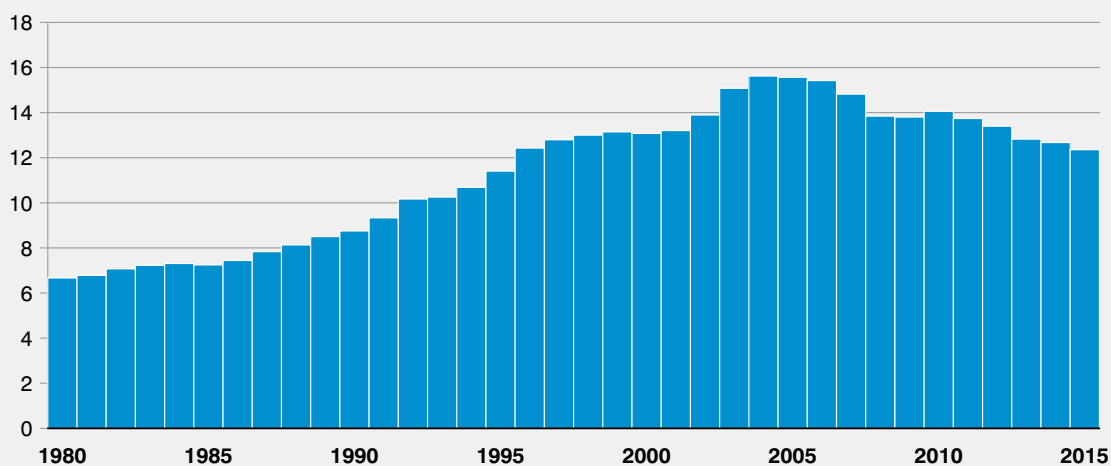
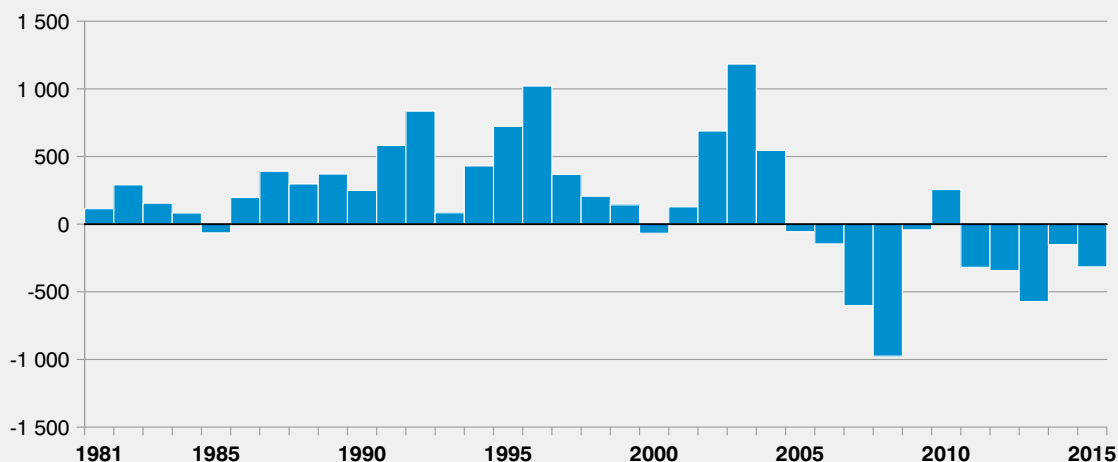


Abb. 2

Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
 in Millionen Euro


lief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während die Zweckverbände (+2,3%) und die Verwaltungsgemeinschaften (+10,8%) Schulden in ihren Kernhaushalten aufbauten, gab es bei den kreisfreien Städten (-3,2%), den kreisangehörigen Gemeinden (-2,5%), den Landkreisen (-3,9%) und den Bezirken (-2,1%) Rückgänge zu verzeichnen.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 bzw. 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2015 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenrückgang bei den kreisfreien Städten erneut stärker als bei den kreisangehörigen Gemeinden

Innerhalb der kreisfreien Städte senkten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 3,5% oder 90,6 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner verringerte sich um 58 Euro auf 1 114 Euro (-4,9%). Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 62 Euro auf 1 208 Euro (-4,9%) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern verminderten ihren Schuldenstand um 1 Euro auf 953 Euro (-0,1%). Auch die Städte mit unter 50 000 Einwohnern hatten

bei einem Schuldenstand von 1 415 Euro je Einwohner mit einem Minus von 74 Euro weniger Schulden gegenüber dem Vorjahr (-5,0%) (vgl. Tabelle 2).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen ganz überwiegend ein Abbau des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenabbau um 2,5%. Aufgestockt haben ihre Schulden lediglich die Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 2,5% von 1 477,2 Millionen Euro auf 1 513,6 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern reduzierten die Verschuldung von 745,4 Millionen Euro um 1,2% auf 736,2 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verringerten ihre Schulden um 1,9% von 1 692,8 Millionen Euro auf 1 661,4 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 4,8% von 1 090,6 Millionen Euro auf 1 037,8 Millionen Euro, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um 8,5% von 1 176,5 Millionen Euro auf 1 076,5 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, in den meisten Gemeindeklassen sind jedoch Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden

Tab. 2 **Schulden und Schuldendienst der kommunalen Körperschaften in Bayern 2015 nach Gemeindegrößenklassen**

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand¹ am 31. Dezember				Planmäßiger Schuldendienst²			
	einschließlich		ohne		einschließlich		ohne	
	Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen				Schuldendiensthilfen³			
	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.
Kreisfreie Städte mit . . . Einwohnern								
200 000 oder mehr	4 447,7	1 998	2 480,4	1 114	202,9	91	202,9	91
100 000 bis unter 200 000	1 157,1	1 840	759,2	1 208	53,3	85	53,3	85
50 000 bis unter 100 000	777,0	1 691	438,0	953	42,9	93	42,9	93
unter 50 000	754,5	1 753	609,0	1 415	46,2	107	46,2	107
Zusammen	7 136,3	1 906	4 286,5	1 145	345,4	92	345,4	92
Kreisangehörige Gemeinden mit . . . Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 162,9	979	736,2	619	84,2	71	83,0	70
10 000 bis unter 20 000	2 101,8	993	1 513,6	715	152,7	72	151,9	72
5 000 bis unter 10 000	1 823,4	807	1 661,4	735	190,3	84	188,4	83
3 000 bis unter 5 000	1 065,1	670	1 037,8	653	124,4	78	123,3	78
1 000 bis unter 3 000	1 082,2	630	1 076,5	627	153,4	89	149,8	87
unter 1 000	72,2	563	72,1	562	9,8	76	9,8	76
Zusammen	7 307,6	812	6 097,6	678	714,8	79	706,1	78
Landkreise	2 199,5	244	2 069,3	230	250,1	28	249,0	28
Bezirke	122,3	10	101,6	8	12,6	1	12,5	1
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	16 765,7	1 316	12 555,0	985	1 322,8	104	1 313,1	103
Zweckverbände⁴	932,2	73	932,2	73	94,3	7	87,6	7
Verwaltungsgemeinschaften	41,3	21	41,3	21	3,5	2	3,5	2
Insgesamt	17 739,2	1 392	13 528,5	1 062	1 420,6	111	1 404,2	110

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

2 Ohne Schuldendienst der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Schuldendienstbeträge, die von Dritten geleistet oder ersetzt wurden.

4 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

mit unter 1 000 Einwohnern blieb unverändert, während die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um sieben sowie die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um drei Gemeinden abnahmen. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern nahmen um acht Gemeinden zu. Die Anzahl der Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern ist gleich geblieben, während die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern um zwei Gemeinden mehr wurden. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. Nur bei den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern gab es eine Zunahme der Schulden je Einwohner, und zwar um 2,6% oder 18 Euro. Bei den übrigen Gemeindegrößenklassen dagegen nahmen die Schulden ab: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern verringerten sich diese um 3,4% oder 20 Euro, bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern verringerten sie sich um 7,8% oder 53 Euro, in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 3,7% oder 25 Euro, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 3,8% oder 29 Euro sowie in

der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern um 5,4% oder 35 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 13 392,7 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 98,2% (Vorjahr 98,5%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,8%) oder kamen aus dem sonstigen in- und ausländischen Bereich (1,1%). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 135,8 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 49,4 Millionen Euro, gefolgt von den Gemeinden/Gv mit 40,0 Millionen Euro und den sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen mit einem Kreditvolumen von 31,9 Millionen Euro sowie dem Land Bayern mit 8,4 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten insgesamt niedriger

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2015 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 209,7 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 74,4 Millionen Euro oder 26,2% niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 86,6 Millionen Euro 30,5% aller von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Kassenkredite beanspruchten, ließen sich 2015 Überbrückungskredite in Höhe von 80,2 Millionen Euro – also 6,4 Millionen Euro weniger – gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 98,1 Millionen Euro und einem Minus von 26,6% weniger mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Besonders stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 78,7% auf 10,6 Millionen Euro verringert. Die Bezirke dagegen nahmen, nachdem sie in den Vorjahren gänzlich auf Überbrückungskredite verzichteten konnten, wieder 10,0 Millionen Euro neu auf. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände (-3,3 Millionen Euro) verringerten ihre Kassenkredite auf einen Stand von 9,8 Millionen Euro, während die Verwaltungsgemeinschaften entsprechende Verbindlichkeiten um 0,2 Millionen Euro bzw. 23,0% ausweiteten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d.h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksge-
schäften und aus Schulden von Leasingverträgen, haben sich im Berichtszeitraum von 211,1 Millionen Euro auf 239,5 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder nahmen um 29,2% auf 177,8 Millionen Euro zu. Die Schulden aus Leasingverträgen verringerten sich von 50,6 Millionen Euro auf 34,8 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden erhöhten sich um 17,4% auf 26,8 Millionen Euro. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum

Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 82,6 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen erhöhten sich um 188,8 Millionen Euro auf 3 433,5 Millionen Euro. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z.B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung oder Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zuzurechnenden Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbstständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Für die ausgegliederten Bereiche wurde deshalb durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen⁵, danach aber wieder ausgesetzt, solange keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen ist. Vor 2012 wurden allerdings bereits die Schulden ihrer Eigenbetriebe entsprechend zugeordnet.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors nach dem ESVG 1995 werden alle kaufmännisch buchenden Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die

5 Detaillierte Ergebnisse können dem Statistischen Bericht „Staats- und Kommunal-schulden in Bayern am 31. Dezember 2012“ entnommen werden (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen).

Kenngroße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte hatten jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe leicht gesunken

Im Berichtszeitraum verringerte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 18,1 Millionen Euro von 4 153,1 Millionen Euro auf 4 135,0 Millionen Euro. Während die Eigenbetriebe der kreisfreien Städte und der Landkreise ihre Schuldenstände erhöhten, gab es bei den Eigenbetrieben der kreisangehörigen Gemeinden und der Bezirke eine Reduzierung ihrer Schuldenlast. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 75,6 Millionen Euro, 3,0 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 40,2 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 35,5 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 71,9% überwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 4 210,7 Millionen Euro. Davon waren 91,6% Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von

17 739,2 Millionen Euro oder 1 392 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2015 ein Schuldenstand von 12 460,0 Millionen Euro oder 978 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 12 852,0 Millionen Euro und 1 017 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte insgesamt höher

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 1 867 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 011 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden um insgesamt 3,1%.

Schuldendiensthilfen leicht angestiegen

Zur Bedienung ihrer Verpflichtungen aus Darlehensverträgen benötigten 2015 die Haushalte der kommunalen Körperschaften 1 420,6 Millionen Euro und damit 33,3 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle 2). Die durchschnittliche Belastung je Einwohner in Bayern durch den planmäßigen Schuldendienst erhöhte sich von 110 Euro auf 111 Euro. Aus eigenen Mitteln brachten die kommunalen Körperschaften 1 404,2 Millionen Euro oder 98,8% der fälligen Ausgaben für Zinsen und Tilgung auf. Die restlichen Zahlungen in Höhe von 16,4 Millionen Euro übernahmen in Form von Schuldendiensthilfen Dritte, insbesondere der Freistaat. Im Berichtsjahr wurden diese um 0,8 Millionen Euro erhöht. 2005 beliefen sich diese Hilfen auf 18,0 Millionen Euro und deckten 1,1% des planmäßigen Schuldendienstes der kommunalen Körperschaften (2015: 1,2%). Die bereitgestellten Schuldendiensthilfen kamen zu 52,8% den kreisangehörigen Gemeinden, zu 40,5% den Zweckverbänden, zu 6,5% den Landkreisen und zu 0,2% den Bezirken zugute. Die kreisfreien Städte und die Verwaltungsgemeinschaften erhielten fast keine Schuldendiensthilfen (0,0%). Zusätzlich zu ihren entsprechend den Darlehensbedingungen

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2015

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						Zweck- verbände ¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon						
			kreisfreie Städte	kreis- angehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
	Millionen €								
Schuldenaufnahmen									
Wertpapiere	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kredite bei									
Kreditinstituten	1 492,3	1 376,2	551,8	610,3	212,2	1,8	110,1	6,0	
sonstigem inländischen Bereich	66,8	66,8	65,8	0,9	—	—	—	—	
sonstigem ausländischen Bereich									
Euro-Währung	—	—	—	—	—	—	—	—	
Fremdwährung	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 559,0	1 442,9	617,7	611,3	212,2	1,8	110,1	6,0	
Schulden beim öffentlichen Bereich	12,8	10,2	0,1	1,6	8,6	—	2,5	—	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 571,8	1 453,2	617,7	612,8	220,9	1,8	112,6	6,0	
Außerdem									
Schulden der Eigenbetriebe	382,5	382,5	274,7	100,1	7,6	—	—	—	
Schulden der Krankenhäuser ²	9,8	9,8	2,8	0,8	4,4	1,8	—	—	
Schuldentilgungen									
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—	—	
Kredite bei									
Kreditinstituten	1 858,6	1 767,4	754,2	734,8	265,4	13,1	88,6	2,5	
sonstigem inländischen Bereich	11,2	11,0	2,5	8,4	0,1	—	0,2	—	
sonstigem ausländischen Bereich									
Euro-Währung	—	—	—	—	—	—	—	—	
Fremdwährung	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 869,8	1 778,5	756,7	743,2	265,4	13,1	88,8	2,5	
Schulden beim öffentlichen Bereich	48,8	48,0	38,7	4,3	4,9	0,1	0,8	—	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 918,6	1 826,5	795,4	747,5	270,4	13,2	89,6	2,5	
Außerdem									
Schulden der Eigenbetriebe	372,2	372,2	271,2	96,2	4,9	0,0	—	—	
Schulden der Krankenhäuser ²	5,7	5,7	1,3	0,5	2,8	1,1	—	—	

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

² Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

zu erbringenden Leistungen (planmäßiger Schuldendienst) tilgten die kommunalen Körperschaften 829,8 Millionen Euro außerplanmäßig. Diese freiwilligen Mehrleistungen haben sich im Vergleich zu 2014 (747,2 Millionen Euro) um 11,1 % erhöht.

Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Insgesamt mehr Schuldenaufnahmen

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 1 571,8 Millionen Euro Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 1,5 % oder 23,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Zugenom-

men haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien Städten um 31,9 Millionen Euro (+5,4 %) und bei den kreisangehörigen Gemeinden um 2,7 Millionen Euro (+0,4 %), weiterhin bei den Landkreisen um 15,4 Millionen Euro (+7,5 %) und bei den Bezirken um 0,5 Millionen Euro (+37,7 %). Nur bei den Zweckverbänden und den Verwaltungsgemeinschaften nahmen sie um 26,9 Millionen Euro (-19,3 %) bzw. 0,4 Millionen Euro (-6,5 %) ab. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 559,0 Millionen Euro stellten zu 95,7 % (2014: 96,3 %) Kreditinstitute bereit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“

⁶ Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen).

Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren oder mehr bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 79,0% aus langfristigen, zu 18,0% aus kurzfristigen und zu 3,0% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der mittelfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zugunsten der kurz- und langfristigen Mittel abgenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 382,5 Millionen Euro (2014: 346,5 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 9,8 Millionen Euro (2014: 21,6 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat zugenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 918,6 Millionen Euro um 232,1 Millionen Euro höher als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 869,8 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 48,8 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 372,2 Millionen Euro um 19,4 Millionen Euro mehr Rückzahlungen von Fremdmitteln. Die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 5,7 Millionen Euro; dies waren 4,0 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

INFLATION IN BAYERN LIEGT IM NOVEMBER 2025 BEI 2,2 PROZENT

Rückgang der Verbraucherpreise um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat Oktober 2025

Im Freistaat steigen die Verbraucherpreise im November 2025 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent. Dabei kosten Nahrungsmittel 1,6 Prozent mehr. Energie kann im Vergleich zum Vorjahr hingegen um 0,7 Prozent günstiger bezogen werden.

Im Vergleich zum Vormonat Oktober 2025 sinken die Verbraucherpreise im November 2025 um 0,2 Prozent. Nahrungsmittel werden im Vergleich zum Vormonat geringfügig günstiger (–0,2 Prozent). Die Preise für Heizöl steigen dagegen deutlich (+6,5 Prozent) an. Für Kraftstoffe müssen die Verbraucher im November 2025 im Vergleich zum Vormonat 1,3 Prozent mehr bezahlen. Der Preis für Strom sinkt im Vergleich zum Oktober 2025 um 0,2 Prozent.

Inflationsrate im November

Die Inflationsrate, gemessen als Prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, liegt im November 2025 bei 2,2 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat Oktober 2025 sinken die Verbraucherpreise um 0,2 Prozent.

Die Teuerungsrate des Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie, in der öffentlichen Diskussion oft als Kerninflationsrate bezeichnet, beläuft sich in diesem Monat auf 2,7 Prozent und liegt damit weiterhin über der Gesamtinflation. Gegenüber dem Vormonat Oktober 2025 sinkt die Kerninflation um 0,4 Prozent.

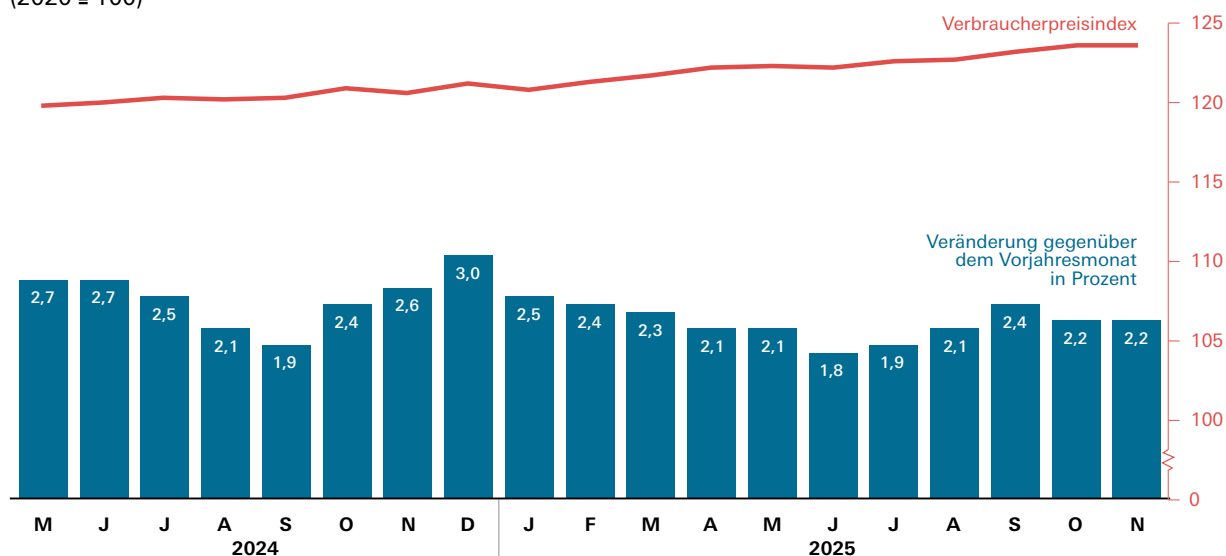
Angebote zum Black Friday

Im November lockt der Handel mit Angeboten – vor allem im Technikbereich. Im Vergleich zum Vormonat Oktober sind im November 2025 die Preise für Elektrische Geräte zur Körperpflege (z.B. Rasierapparate, elektrische Zahnbürsten oder Haartrockner) um 3,1 Prozent günstiger. Ebenso günstiger als im Oktober 2025 sind Fernsehgeräte (–1,8 Prozent), Smartwatches, Fitnesstracker oder Ähnliches (–5,4 Prozent). Aber auch Kaffeevollautomaten oder Espressomaschinen (–2,4 Prozent), Staubsauger (–3,8 Prozent), Geschirrspülmaschinen (–4,4 Prozent) und Wäschetrockner (–1,1 Prozent) können günstiger von den Verbrauchern erworben werden.

Nahrungsmittel: Hohe Preissteigerungen bei Obst und Fleischwaren; Olivenöl, Butter sowie Speisefette und Speiseöle werden deutlich günstiger

Im Jahresvergleich steigen für Verbraucherinnen und Verbraucher im November 2025 die Preise für Nahrungsmittel um 1,6 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat Oktober 2025 zeigt sich eine Preissenkung um 0,2 Prozent. Fleisch und Fleischwaren (+4,2 Prozent) sowie Obst (+4,2 Prozent) werden gegenüber dem Vorjahr deutlich teurer; der Preis für Gemüse hingegen sinkt um 3,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Verbraucherpreise für Speisefette und Speiseöle (–15,0 Prozent), Butter (–21,5 Prozent) und Olivenöl (–22,5 Prozent) sinken dagegen spürbar gegenüber dem Vorjahr. Hier macht sich ein so genannter Basiseffekt bemerkbar, da die Preise für diese Produkte im Vorjahresmonat zum Teil stark gestiegen waren.

Verbraucherpreisindex für Bayern von Mai 2024 bis November 2025 (2020 = 100)



Heizöl und Kraftstoffe im Vorjahresvergleich teurer

Die Preise für Energie liegen im November 2025 um 0,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Strom (–2,9 Prozent) und Erdgas (–3,4 Prozent) können im Vorjahresvergleich deutlich günstiger bezogen werden. Der Preis für Heizöl (+4,1 Prozent) steigt hingegen im Vergleich zum November 2024. Brennholz, Holzpellets oder andere feste Brennstoffe werden deutlich teurer (+18,7 Prozent). Der Preis für Kraftstoffe liegt im November 2,1 Prozent über dem Wert des Vorjahres.

Tanken wird im Vergleich zum Vormonat Oktober 2025 um 1,3 Prozent teurer. Die Preise für Brennholz, Holzpellets oder andere feste Brennstoffe (+4,7 Prozent) und Heizöl (+6,5 Prozent) steigen spürbar an. Moderate Preissenkungen im Vergleich zum Vormonat ergeben sich bei Erdgas (–0,3 Prozent) und Strom (–0,2 Prozent).

Wohnungsmieten – moderate Veränderungen auf dem Niveau der allgemeinen Preisentwicklung

Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhen sich die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten im November 2025 um 2,2 Prozent. Die Preissteigerung in diesem Bereich liegt damit auf dem Niveau der allgemeinen Preisentwicklung.

Die Presseinformation zum Berichtsmonat November 2025 enthält vorläufige Ergebnisse.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verbraucherpreisindex für Bayern. Monatliche Indexwerte von Januar 2020 bis November 2025 mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen“, kostenlos abrufbar unter www.statistik.bayern.de/statistik/preise_verdienste/preise

BAYERISCHER ZAHLENSPIEGEL

Einheit	Vorjahres- monat	2025							
		April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November

Preise

Verbraucherpreisindex (2020 = 100)

Gesamtindex	%	120,6	122,2	122,3	122,2	122,6	122,7	123,2	123,6	123,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	133,7	135,6	135,9	134,6	134,9	135,9	136,5	136,8	136,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	124,2	124,7	126,3	126,2	126,5	126,7	127,1	127,0	127,4
Bekleidung und Schuhe	%	114,2	113,0	112,3	109,4	105,8	106,0	112,2	114,4	114,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	117,9	118,2	118,3	118,3	118,6	118,7	118,7	119,0	119,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	119,5	119,6	119,3	119,9	120,0	119,3	119,5	119,5	119,2
Gesundheit	%	108,2	109,9	109,9	110,5	110,6	110,1	110,8	111,0	111,2
Verkehr	%	124,4	128,7	127,7	127,7	128,4	127,7	127,7	129,2	129,0
Post und Telekommunikation	%	98,3	98,2	98,0	97,9	98,3	98,3	98,5	98,5	98,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	115,2	116,2	116,8	117,6	119,4	119,9	119,3	119,6	116,8
Bildungswesen	%	133,6	138,5	138,6	138,6	138,6	138,6	146,1	146,2	146,2
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	126,5	128,8	130,4	131,5	132,5	132,5	132,7	131,4	130,9
Andere Waren und Dienstleistungen	%	122,4	126,5	126,8	127,1	127,8	128,2	128,7	129,4	129,3
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	119,1	123,1	123,2	123,9	125,0	125,2	125,4	125,9	124,7
Nettokaltmiete	%	110,6	111,6	111,8	111,9	112,3	112,4	112,5	112,7	113,0

Preisindex für Bauwerke¹ (2021 = 100)

Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	128,9	.	131,2	.	.	131,5	.	.	132,3
davon Rohbauarbeiten	%	122,5	.	124,3	.	.	124,4	.	.	124,7
Ausbauarbeiten	%	134,0	.	136,6	.	.	137,2	.	.	138,3
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	127,4	.	129,9	.	.	130,2	.	.	130,6
Bürogebäude	%	130,9	.	133,4	.	.	133,8	.	.	134,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	130,5	.	133,0	.	.	133,4	.	.	134,1
Straßenbau	%	130,3	.	132,0	.	.	132,1	.	.	132,8

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Verbraucherpreisindex (2020 = 100)

Gesamtindex	%	119,9	121,7	121,8	121,8	122,2	122,3	122,6	123,0	122,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	134,4	136,5	136,5	135,9	136,2	136,6	136,8	136,8	136,8
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	124,4	125,2	126,5	126,7	126,9	127,0	127,4	127,2	127,7
Bekleidung und Schuhe	%	112,7	112,2	111,8	110,0	106,8	106,8	111,7	113,3	113,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	116,3	117,2	117,3	117,4	117,6	117,7	117,8	118,0	118,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	117,7	118,2	117,9	118,2	118,3	118,1	118,1	118,2	117,8
Gesundheitspflege	%	108,3	110,6	110,7	110,9	111,0	110,9	111,1	111,2	111,4
Verkehr	%	123,8	127,5	126,5	126,9	127,6	126,9	126,7	128,1	127,9
Post und Telekommunikation	%	98,4	98,3	98,1	98,0	98,4	98,3	98,5	98,5	98,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	115,2	116,6	117,0	117,7	119,7	120,3	119,7	120,0	117,3
Bildungswesen	%	116,2	119,0	119,0	119,0	119,3	118,7	121,7	121,9	122,0
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	128,1	130,6	132,2	132,2	132,6	132,8	133,2	133,0	132,6
Andere Waren und Dienstleistungen	%	122,7	126,0	126,5	126,9	127,5	127,9	128,3	128,8	128,7

noch: Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

¹ Einschließlich Mehrwertsteuer.

Hinweis: Die Tabelle Verbraucherpreisindex Deutschland enthält im Mai 2025 einen nachträglich revidierten Wert.

noch: Preise	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ¹ (2015 ± 100)	%	113,5	112,3	111,5	111,5	111,0	110,5	110,7	110,9	111,4
Ausfuhrpreise ² (2015 ± 100)	%	115,2	115,6	115,6	115,5	115,3	115,2	115,2	115,4	115,6
Index der Erzeugerpreise gew. Produkte ² (Inlandsabsatz); (2015 ± 100)	%	128,4	126,3	126,0	126,1	126,0	125,4	125,3	125,4	125,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	116,1	117,0	116,8	116,6	116,3	115,8	115,7	115,8	115,9
Investitionsgüterproduzenten	%	116,2	117,8	117,9	117,9	118,0	118,1	118,2	118,4	118,4
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	126,1	128,4	129,0	129,4	129,2	129,1	129,1	128,3	127,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	118,2	119,4	119,6	119,8	120,0	120,0	120,1	120,2	120,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	127,3	129,9	130,5	131,0	130,7	130,6	130,6	129,7	128,9
Energie	%	156,1	143,9	142,6	143,0	143,1	141,6	141,2	141,8	142,1
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ² (2015 ± 100)	%	138,4	146,8p	147,5p	144,9p	145,2p	142,1p	139,9p	136,0p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	129,6	138,6p	135,1p	125,4p	128,3p	121,4p	116,9p	116,2p	...
Tierische Erzeugung	%	144,1	152,1	155,5	157,6	156,1	155,6p	154,9p	148,8p	...
Großhandelsverkaufspreise ² (2021 ± 100)	%	116,2	117,8	117,5	117,7	117,6	116,9	117,1	117,5	117,9
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren ..	%	126,4	130,2	130,9	131,5	130,7	130,4	130,6	130,6	130,4
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	118,2	118,5	115,6	115,6	117,9	112,9	114,2	115,9	118,3
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2015 ± 100)	%	123,0	123,9	124,0	123,8	123,9	123,9	124,4	124,7	125,0
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	129,3	130,7	131,1	130,7	131,0	131,1	131,5	131,5	131,3
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	130,5	132,0	132,4	132,0	132,3	132,5	132,9	132,8	132,6
Kraftfahrzeughandel	%	126,9	128,3	128,5	128,6	128,7	128,9	129,1	129,4	130,6

Gewerbeanzeigen³

Gewerbebeanmeldungen	1 000	9,4	10,5	10,2	9,8	11,2	9,1	10,6	13,5	10,8
Gewerbeabmeldungen	1 000	9,1	7,5	7,3	7,0	8,3	7,1	7,9	10,3	8,4

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴

Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 953	3 938	3 938	3 937	3 931	3 928	3 921	3 914	...
Beschäftigte	1 000	1 196	1 176	1 174	1 167	1 166	1 164	1 176	1 171	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	397	386	384	383	385	383	385	381	...
Investitionsgüterproduzenten	1 000	595	587	587	580	578	577	586	586	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	31	31	30	30	30	30	30	30	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	171	170	170	171	172	172	172	172	...
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	150 360	142 089	140 306	128 733	152 136	120 216	143 672	151 095	...
Bruttoentgelte	Mill. Euro	5 771	6 168	6 299	6 619	6 943	5 714	5 912	5 797	...
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	39 507	37 956	39 072	37 633	42 380	33 004	39 026	38 128	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	9 131	8 568	8 513	8 868	9 178	7 896	8 784	9 024	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	24 509	23 434	24 905	23 198	27 100	19 787	24 198	23 053	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	4 542	4 565	4 321	4 294	4 734	4 200	4 717	4 695	...
Energie	Mill. Euro
darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	23 519	22 729	24 118	22 856	26 276	19 688	22 716	22 283	...

Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 ≙ 100)⁴

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	99,0	93,7	92,7	90,3	106,4	75,4	98,5	99,8	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	100,5	87,5	87,5	85,4	97,5	78,1	90,3	101,7	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	99,0	93,7	92,7	90,4	106,4	75,4	98,5	99,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	90,3	85,5	84,2	82,0	91,3	75,3	89,8	91,0	...
Investitionsgüterproduzenten	%	104,2	97,3	96,6	95,0	116,5	71,4	102,6	103,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,3	103,4	102,4	98,4	112,5	91,9	107,5	108,7	...
Energie	%

1 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

2 Ohne Mehrwertsteuer.

3 Ohne Reisegewerbe.

4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

noch: Produzierendes Gewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 = 100) ¹										
Verarbeitendes Gewerbe ² insgesamt	%	85,3	91,7	90,3	86,6	90,7	72,5	104,9	94,5	...
Inland	%	83,7	95,6	79,6	78,4	88,3	69,9	89,2	96,2	...
Ausland	%	86,3	89,4	96,8	91,5	92,2	74,1	114,3	93,4	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	76,9	76,4	75,6	84,7	84,0	75,3	107,1	81,2	...
Investitionsgüterproduzenten	%	87,6	97,4	96,5	86,8	92,0	69,6	103,4	99,0	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	89,2	93,8	84,3	81,6	84,1	74,0	95,4	92,6	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	120,1	124,4	109,4	105,3	138,8	111,1	123,7	132,7	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ³										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	109	108	107	107	108	108	109	109	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 695	10 811	10 360	10 028	11 945	8 252	11 224	11 517	...
davon Wohnungsbau	1 000	3 394	3 044	2 984	2 876	3 408	2 210	3 216	3 215	...
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	4 049	3 924	3 769	3 595	4 260	3 112	3 992	4 194	...
öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 252	3 843	3 606	3 557	4 277	2 930	4 016	4 109	...
Entgelte	Mill. Euro	459,2	466,4	453,6	449,9	473,7	445,5	456,1	469,5	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 215,9	1 844,3	1 963,8	1 916,9	2 255,0	1 967,4	2 179,3	2 401,6	...
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	492,9	449,0	447,6	451,4	535,3	430,6	488,8	529,6	...
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. Euro	957,8	816,7	882,1	798,3	930,8	868,4	966,5	1 069,7	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. Euro	765,2	578,6	634,2	667,1	789,0	668,4	723,9	802,3	...
Messzahlen (2021 = 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	99,6	106,4	121,6	113,6	115,8	121,3	122,5	105,3	...
davon Wohnungsbau	Messzahl	87,1	85,5	84,4	93,9	90,9	75,1	73,8	74,7	...
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	92,1	112,8	154,0	127,7	136,3	155,3	149,2	122,4	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	119,8	119,3	121,6	116,9	117,0	128,2	139,6	115,9	...
darunter Straßenbau	Messzahl	127,7	137,1	112,0	120,1	113,8	82,9	121,4	90,9	...
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁴										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Ausbaugewerbe	1 000	88	.	.	87
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	24 738	.	.	24 145
Entgelte	Mill. Euro	930,6	.	.	962,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	3 572,2	.	.	3 527,1
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	390	407	405	405	405	405	404	403	399
Beschäftigte	Anzahl	40 693	40 769	40 648	40 650	40 624	40 753	41 482	41 066	41 248
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 985	4 837	4 734	4 286	5 400	4 208	4 954	5 313	4 951
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	351	255	218	216	216	213	212	211	359
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung...	Mill. kWh	2 096,7	1 241,4	1 226,7	1 311,1	1 524,5	1 640,9	1 424,4	1 706,9	...
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung...	Mill. kWh	2 014,1	1 180,7	1 169,4	1 253,8	1 396,9	1 587,1	1 376,6	1 628,6	...
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	398,6	331,7	252,3	186,3	196,5	195,4	249,9	442,1	...
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	832,1	758,0	625,5	463,6	486,3	471,9	553,3	888,5	...
Handwerk (Messzahlen) ⁵										
Beschäftigte (Index) ⁶ (30.09.2020 = 100)	Messzahl	96,6	.	.	94,0p	.	.	95,2p	.	.
Umsatz ⁷ (VjD 2020 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	116,1	.	.	114,1p	.	.	119,3p	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ⁸										
Wohngebäude ⁹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 218	1 348	1 254	1 251	1 506	1 417	1 384	1 356	1 179
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	870	1 150	1 073	1 051	1 268	1 192	1 120	1 164	1 015
Umbauter Raum	1 000 m³	2 440	1 927	1 828	2 007	2 245	2 069	2 410	2 035	1 739
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 303	1 056	974	1 060	1 231	1 143	1 415	1 155	978
Wohnfläche	1 000 m²	437	339	312	345	382	362	426	361	306
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	543	505	497	491	559	585	552	599	465
Umbauter Raum	1 000 m³	3 748	3 531	2 221	4 793	3 533	6 503	3 285	4 329	3 116
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	924	1 271	725	1 212	796	1 653	939	1 204	917
Nutzfläche	1 000 m²	525	469	334	618	480	867	475	630	520
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	5 823	3 862	4 002	4 429	4 843	4 417	6 018	4 636	3 930
Wohnräume ¹⁰ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 406	14 916	13 872	15 017	17 332	15 889	17 892	15 850	13 116

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Volumenindex.

2 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

3 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr tätigen Personen.

4 Bauinstallation und sonstiger Ausbau. Ab Berichtsjahr 2021: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr Personen.

(Von Berichtsjahr 2018 bis einschließlich Berichtsjahr 2020: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 23 oder mehr tätigen Personen). Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).

5 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung.

6 Am Ende des Kalendervierteljahres.

7 Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).

8 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tekturen (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

9 Einschließlich Wohnheime.

10 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel

Einfuhr insgesamt (Generalhandel)^{1,2}	Mill. Euro	20 393,8	18 804,6	19 003,8	18 845,3	20 824,4	16 114,8	20 361,9	21 259,0	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	1 071,8	1 246,1	1 256,3	1 246,1	1 307,1	1 150,7	1 240,0	1 345,8	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	17 080,3	16 532,1	16 767,4	16 576,2	18 521,2	14 070,3	18 040,7	18 780,4	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	1 007,9	548,7	613,7	663,5	702,3	708,0	728,6	730,0	...
Halbwaren	Mill. Euro	564,8	584,2	607,8	569,1	559,7	522,9	634,5	790,1	...
Fertigwaren	Mill. Euro	15 507,6	15 399,2	15 545,9	15 343,6	17 259,1	12 839,5	16 677,6	17 260,3	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 130,9	1 168,0	1 134,9	1 112,4	1 207,3	905,5	1 113,7	1 087,4	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	14 376,7	14 231,1	14 411,0	14 231,2	16 051,9	11 934,0	15 564,0	16 172,9	...
darunter aus ³										
Europa	Mill. Euro	12 644,3	12 166,5	12 392,9	12 122,7	13 215,7	9 432,7	12 843,3	13 771,7	...
darunter aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. Euro	10 892,7	10 528,4	10 764,1	10 510,4	11 549,3	8 106,9	11 170,8	11 945,4	...
darunter aus Belgien	Mill. Euro	357,1	319,2	325,0	323,5	347,4	280,2	340,8	317,3	...
Bulgarien	Mill. Euro	113,4	92,4	106,0	102,1	112,0	81,2	104,7	108,7	...
Dänemark	Mill. Euro	88,2	84,1	84,0	78,2	85,8	68,2	87,7	87,1	...
Finnland	Mill. Euro	66,0	68,8	64,9	67,2	68,6	55,5	63,6	76,8	...
Frankreich	Mill. Euro	708,3	635,2	697,2	658,7	688,4	494,4	631,5	714,6	...
Griechenland	Mill. Euro	49,7	60,4	64,6	75,4	83,9	52,2	70,7	66,4	...
Irland	Mill. Euro	239,8	186,4	300,6	344,3	233,8	256,2	275,8	272,4	...
Italien	Mill. Euro	1 215,6	1 182,9	1 182,4	1 221,7	1 335,5	854,2	1 232,2	1 318,7	...
Luxemburg	Mill. Euro	23,1	37,2	24,8	23,3	29,7	17,8	30,8	35,7	...
Niederlande	Mill. Euro	869,1	789,2	817,0	776,9	878,5	748,8	863,9	949,1	...
Österreich	Mill. Euro	1 549,8	1 584,7	1 645,4	1 534,3	1 728,8	1 271,7	1 627,0	1 891,7	...
Polen	Mill. Euro	1 174,2	1 166,7	1 189,2	1 149,9	1 277,6	862,3	1 230,5	1 287,0	...
Portugal	Mill. Euro	155,2	158,1	156,0	164,3	152,6	119,8	157,5	158,4	...
Rumänien	Mill. Euro	398,7	403,1	413,5	368,0	423,7	281,7	410,0	411,0	...
Schweden	Mill. Euro	153,8	150,2	153,8	168,6	148,9	119,3	165,4	178,9	...
Slowakei	Mill. Euro	487,4	460,9	463,9	436,3	476,8	310,7	497,6	575,0	...
Slowenien	Mill. Euro	153,3	130,6	127,5	125,1	133,4	89,9	137,2	145,5	...
Spanien	Mill. Euro	446,5	454,7	471,6	491,4	523,2	314,4	479,3	532,9	...
Tschechien	Mill. Euro	1 479,1	1 376,9	1 309,7	1 300,7	1 506,3	1 015,7	1 472,7	1 592,1	...
Ungarn	Mill. Euro	1 014,2	1 028,1	1 011,0	955,6	1 135,0	694,4	1 119,5	1 069,2	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	398,6	376,1	387,6	366,6	419,2	317,5	396,6	425,2	...
Russische Föderation	Mill. Euro	26,2	8,8	7,5	10,8	9,3	4,9	4,6	7,1	...
Afrika	Mill. Euro	336,5	396,7	574,2	477,2	448,1	521,1	520,0	491,0	...
darunter aus Südafrika	Mill. Euro	80,1	92,6	156,6	120,7	135,0	170,7	192,0	146,4	...
Amerika	Mill. Euro	1 399,0	1 227,5	1 068,5	1 137,6	1 365,4	1 173,3	1 282,7	1 209,0	...
darunter aus den USA	Mill. Euro	1 122,0	951,6	824,2	887,5	1 067,7	927,7	1 032,4	934,5	...
Asien	Mill. Euro	5 964,7	4 965,0	4 919,2	5 059,2	5 744,4	4 946,4	5 665,7	5 733,8	...
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	3 009,7	2 510,3	2 478,0	2 614,4	2 931,9	2 438,1	2 920,6	2 989,3	...
Japan	Mill. Euro	341,5	282,8	274,3	269,7	283,3	249,6	260,5	263,7	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	49,2	48,9	49,0	48,6	50,9	41,3	50,2	53,4	...
Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)^{1,2}	Mill. Euro	19 605,3	18 966,9	20 055,3	18 186,3	20 660,2	14 591,4	19 738,1	20 609,8	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	1 089,1	1 102,3	1 099,4	1 097,9	1 195,5	1 065,1	1 141,3	1 176,5	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	17 262,2	17 089,7	18 180,6	16 282,8	18 646,6	12 777,5	17 688,5	18 492,0	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	128,2	131,8	125,4	128,1	135,2	107,3	130,8	127,5	...
Halbwaren	Mill. Euro	694,4	685,6	693,6	645,3	740,5	632,5	776,7	884,5	...
Fertigwaren	Mill. Euro	16 439,6	16 272,2	17 361,5	15 509,4	17 770,9	12 037,7	16 781,0	17 480,0	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 127,8	1 185,9	1 160,4	1 154,6	1 180,9	973,9	1 158,5	1 166,2	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	15 311,8	15 086,3	16 201,1	14 354,8	16 590,0	11 063,8	15 622,5	16 313,8	...
davon nach										
Europa	Mill. Euro	12 962,5	12 687,2	12 567,1	12 097,2	13 463,1	9 631,4	13 250,7	14 152,2	...
darunter in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. Euro	10 542,1	10 196,9	10 012,5	9 778,9	10 703,6	7 798,4	10 961,2	11 612,2	...
darunter nach Belgien	Mill. Euro	629,4	621,7	596,5	530,9	559,3	415,4	584,7	617,7	...
Bulgarien	Mill. Euro	86,6	66,3	68,6	74,6	78,5	65,5	84,8	84,4	...
Dänemark	Mill. Euro	201,6	194,7	196,0	185,9	201,5	154,4	179,3	227,8	...
Finnland	Mill. Euro	140,2	135,8	124,0	110,8	123,4	139,8	128,7	141,7	...
Frankreich	Mill. Euro	1 291,1	1 279,6	1 160,0	1 237,4	1 381,4	886,7	1 443,0	1 499,3	...
Griechenland	Mill. Euro	107,4	91,2	91,6	82,1	100,2	67,5	86,1	86,9	...

1 Vorläufige Ergebnisse.

2 Nachweis einschließlich „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

3 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

4 Januar 2020: EU 28. Ab Februar 2020 EU 27 (ohne Vereinigtes Königreich).

noch: Handel und Gastgewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Irland	Mill. Euro	103,8	106,2	94,0	96,7	85,0	84,9	91,8	83,2	...
Italien	Mill. Euro	1 233,8	1 205,0	1 263,9	1 310,9	1 362,0	788,5	1 386,9	1 429,4	...
Luxemburg	Mill. Euro	55,0	61,3	58,5	58,5	65,5	44,7	76,4	71,5	...
Niederlande	Mill. Euro	794,2	806,3	759,9	735,7	812,6	658,2	910,0	892,4	...
Österreich	Mill. Euro	1 508,3	1 497,3	1 456,6	1 423,0	1 597,0	1 200,1	1 538,0	1 669,6	...
Polen	Mill. Euro	1 116,0	1 052,8	1 003,4	977,2	1 075,0	853,0	1 136,5	1 391,8	...
Portugal	Mill. Euro	149,0	158,5	163,4	144,8	179,1	109,5	149,9	160,2	...
Rumänien	Mill. Euro	316,3	291,5	274,5	276,2	305,2	251,3	304,4	312,0	...
Schweden	Mill. Euro	337,6	335,9	311,3	313,7	285,3	236,1	319,0	312,4	...
Slowakei	Mill. Euro	290,8	252,5	234,7	244,3	224,5	208,2	247,5	275,4	...
Slowenien	Mill. Euro	109,5	90,2	79,1	82,2	92,9	67,7	93,4	92,1	...
Spanien	Mill. Euro	661,7	667,0	797,1	641,7	826,0	427,6	765,4	777,9	...
Tschechien	Mill. Euro	686,7	635,3	613,0	653,5	655,6	597,8	754,8	802,9	...
Ungarn	Mill. Euro	487,2	436,0	449,1	392,4	464,4	368,4	472,5	430,3	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	975,5	1 019,7	1 083,8	952,2	1 164,7	629,2	953,7	1 015,6	...
Russische Föderation	Mill. Euro	68,3	53,7	48,7	51,3	70,4	62,4	37,8	62,7	...
Afrika	Mill. Euro	240,6	278,1	278,6	273,9	294,0	331,7	289,6	259,7	...
darunter nach Südafrika	Mill. Euro	78,0	77,4	87,0	81,1	98,5	74,0	67,4	64,1	...
Amerika	Mill. Euro	3 258,4	2 926,9	3 080,7	2 582,1	3 330,9	1 965,4	2 853,7	2 990,6	...
darunter in die USA	Mill. Euro	2 546,0	2 241,7	2 365,5	1 947,7	2 563,6	1 400,9	2 187,3	2 291,5	...
Asien	Mill. Euro	3 001,2	2 910,2	3 923,0	3 080,9	3 358,5	2 525,7	3 180,0	3 015,0	...
darunter in die Volksrepublik China	Mill. Euro	1 121,1	1 119,4	1 175,4	1 326,1	1 361,0	952,7	1 301,4	1 126,3	...
nach Japan	Mill. Euro	255,0	209,3	1 121,5	217,7	287,4	194,4	233,1	240,1	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	142,6	164,4	205,9	152,1	213,7	137,2	164,2	192,2	...
Großhandel (2015 ± 100)¹										
Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	174,3	166,9	164,4	174,3	173,4	147,7	173,8	177,2	...
Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	140,3	133,4	131,7	144,0	139,2	118,7	140,9	142,2	...
Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	104,8	103,8	103,6	103,5	102,8	103,8	104,4	104,8	...
Einzelhandel (2015 ± 100)²										
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	188,7	169,3	170,7	160,8	179,9	156,2	167,0	183,0	187,8
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ³	Messzahl	151,5	152,3	154,0	141,3	153,1	140,3	142,6	158,3	145,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	Messzahl	138,6	149,8	148,5	139,8	151,4	134,1	136,9	143,3	136,4
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	Messzahl	174,8	172,4	178,0	166,1	190,8	167,1	176,3	192,9	181,4
Sonstiger Facheinzelhandel ³	Messzahl	150,7	147,3	152,1	138,6	152,3	137,6	147,7	159,4	153,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	364,8	277,8	276,1	275,7	322,0	260,3	291,5	323,7	372,0
Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	156,4	138,2	139,1	131,9	147,9	128,1	136,7	149,2	155,1
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	107,5	105,6	105,5	105,5	105,0	104,6	105,6	105,8	106,3
Kfz-Handel (2015 ± 100)⁴										
Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	164,9	155,1	154,7	149,1	163,0	130,9	151,6	168,9	...
Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	123,7	114,6	114,1	110,0	120,2	96,5	111,7	124,3	...
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	110,1	110,6	110,4	110,3	109,8	109,4	112,1	111,8	...
Gastgewerbe (2015 ± 100)										
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	123,9	135,7	151,3	145,8	157,3	150,5	154,0	147,9	126,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	129,6	147,3	164,4	161,5	167,3	164,8	188,2	173,3	131,8
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	190,5	213,1	241,0	215,3	236,3	169,1	198,8	233,9	197,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	121,7	129,7	146,1	139,3	153,9	149,7	132,1	132,1	123,5
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	119,3	127,3	143,9	136,2	150,1	146,0	132,1	131,0	121,3
Kantinen und Caterer	Messzahl	152,4	149,9	156,0	139,9	161,3	113,6	149,1	154,3	159,8
Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	89,3	97,0	104,7	102,3	110,5	105,6	106,2	102,8	88,3
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	103,2	102,5	105,6	106,8	107,4	107,0	105,9	104,1	101,2
Tourismus⁵										
Gästeankünfte	1 000	2 703	3 204	3 796	4 025	4 687	4 553	4 017	3 828	2 712
darunter Auslands Gäste	1 000	584	729	836	886	1 263	1 143	973	816	578
Gästeübernachtungen	1 000	6 429	8 160	9 337	10 230	11 643	12 150	10 189	9 477	6 408
darunter Auslands Gäste	1 000	1 334	1 593	1 811	1 833	2 545	2 354	2 080	1 780	1 280

1 Einschließlich Handelsvermittlung.

2 Einschließlich Tankstellen.

3 In Verkaufsräumen.

4 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

5 Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen).

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November

Verkehr

Straßenverkehr

Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ¹	Anzahl	59 361	67 341	63 043	63 968	72 659	49 804	60 518	69 089	62 681
darunter Krafträder ²	Anzahl	4 306	5 432	4 192	3 910	4 678	3 140	2 971	1 923	978
Personenkraftwagen und sonst. „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	48 888	55 459	52 860	53 559	60 632	41 465	51 462	60 306	55 053
Lastkraftwagen	Anzahl	4 821	4 600	4 294	4 817	5 488	3 924	4 594	5 435	5 151
Zugmaschinen	Anzahl	1 022	1 416	1 303	1 312	1 408	911	1 110	1 114	992
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	272	264	239	254	310	255	279	223	383
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) ³	1 000	331 235	.	.	349 316	.	.	328 583	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	270 922	.	.	289 627	.	.	273 458	.	.
private Unternehmen	1 000	60 313	.	.	59 689	.	.	55 125	.	.
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ⁴	Anzahl	33 760	33 531	35 470	33 044	38 057	31 006	32 365	34 385	...
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 091	4 436	5 203	5 372	5 924	5 156	4 476	3 529	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	29 669	29 095	30 267	27 672	32 133	25 850	27 889	30 856	...
Getötete Personen ⁵	Anzahl	48	36	47	62	50	51	49	37	...
Verletzte Personen	Anzahl	5 148	5 526	6 383	6 559	7 238	6 401	5 435	4 423	...

Luftverkehr Fluggäste

Flughafen München Ankunft	1 000	1971	1822	1987	2072	2110	2131	2253	2083	...
Abgang	1 000	1996	1827	1944	2027	2167	2255	2090	2088	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	224	174	190	236	217	256	260	265	...
Abgang	1 000	207	189	198	238	239	270	239	241	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	161	154	163	171	159	194	189	184	...
Abgang	1 000	153	161	163	168	180	193	167	174	...

Eisenbahnverkehr ⁶

Güterempfang	1 000 t	2500	2 416	2 493	2 310	2 570	2 251	2 274
Güterversand	1 000 t	2278	2 139	2 259	2 122	2 324	2 045	2 178

Binnenschifffahrt ⁷

Güterempfang insgesamt	1 000 t	240	186	263	300	261	265	255
davon auf dem Main	1 000 t	120	93	113	117	122	108	105
auf der Donau	1 000 t	121	93	150	183	139	157	150
Güterversand insgesamt	1 000 t	230	145	245	225	200	225	227
davon auf dem Main	1 000 t	120	88	137	132	115	121	125
auf der Donau	1 000 t	109	57	108	92	86	104	102

Geld und Kredit

Kredite und Einlagen ^{8,9}

Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	703 538
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁰	Mill. Euro	596 205
davon kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	73 107
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹	Mill. Euro	69 312
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	3 795
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹³	Mill. Euro	94 733
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	93 184
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	1 549
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁴	Mill. Euro	535 698
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	509 884
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	25 814

1 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

2 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kraftfahrzeugen.

3 Vorläufige Ergebnisse.

4 Soweit durch die Polizei erfasst, Vorläufige Ergebnisse.

5 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

6 Berücksichtigung der Nachkorrekturen erst zum Berichtsjahresende.

7 Schiffsgüterumschläge an den Häfen des Main-Donau-Kanals werden dem Donaugebiet zugeordnet.

8 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschließlich Bausparkassen).

9 Stand am Monatsende.

10 Ohne Treuhandkredite.

11 Einschl. Kredite (Einlagen) an ausländische Nichtbanken.

12 Ohne Kredite (Einlagen) an ausländische öffentliche Haushalte.

13 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

14 Laufzeiten über 5 Jahre.

noch: Geld und Kredit	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ¹ (Monatsende)	Mill. Euro	770 599
davon Sicht- und Termineinlagen ²	Mill. Euro	688 141
davon von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. Euro	635 973
von öffentlichen Haushalten	Mill. Euro	52 168
Spareinlagen	Mill. Euro	82 458
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	28 672
bei Kreditbanken	Mill. Euro	17 297
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 093	1 276	1 261	1 170	1 357	1 230	1 140	1 324	1 191
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	100	115	102	136	138	115	94	116	136
davon Unternehmen	Anzahl	239	290	266	278	286	280	241	306	241
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	73	88	82	105	110	84	68	86	93
Verbraucher	Anzahl	568	639	614	595	690	607	571	663	589
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	2	2	2	4	2	1	1	0
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	247	293	315	244	325	291	275	294	297
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	13	12	21	14	15	14	14	27
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	39	54	66	53	56	52	53	61	64
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	12	6	8	10	14	11	15	16
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	345 747	563 187	1 176 562	415 062	415 948	321 571	327 440	551 700	303 326
davon Unternehmen	1 000 Euro	279 610	468 158	1 066 995	301 439	312 221	227 607	225 920	451 388	208 366
Verbraucher	1 000 Euro	31 761	40 974	37 151	34 235	41 064	34 850	38 031	36 250	32 648
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	32 597	48 085	57 263	66 033	58 759	55 204	60 466	55 456	48 792
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	1 779	5 969	15 154	13 355	3 903	3 911	3 023	8 605	13 520

Verdienste

Bruttomonatsverdienste ³ der vollzeitbeschäftigten Arbeit- nehmer in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 836	4 953
Männer	Euro	5 059	5 183
Frauen	Euro	4 325	4 426
Anforderungsniveau 1 ⁴	Euro	3 086	3 207
Anforderungsniveau 2 ⁴	Euro	3 937	4 075
Anforderungsniveau 3 ⁴	Euro	5 557	5 592
Anforderungsniveau 4 ⁴	Euro	7 460	7 556
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Euro	3 414	3 456
Produzierendes Gewerbe	Euro	4 801	4 973
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	4 054	4 176
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	4 957	5 138
Energieversorgung	Euro	5 509	5 717
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	3 987	4 234
Baugewerbe	Euro	4 233	4 395
Dienstleistungsbereich	Euro	4 867	4 954
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen...	Euro	4 418	4 567
Verkehr und Lagerei	Euro	3 765	3 931
Gastgewerbe	Euro	3 095	3 189
Information und Kommunikation	Euro	6 396	6 596
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	Euro	6 116	6 493
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	4 443	(4 860)
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	5 893	6 137
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst- leistungen	Euro	3 842	4 314
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ...	Euro	5 133	4 627
Erziehung und Unterricht	Euro	5 852	5 230
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 620	4 725
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	4 489	4 597
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	4 105	4 528

1 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

2 Einschließlich Sparbriefe.

3 Berichtsmonat April, ohne Sonderzahlungen.

4 Anforderungsniveau 1: Helfer; Anforderungsniveau 2: Fachkraft; Anforderungsniveau 3: Spezialist; Anforderungsniveau 4: Experte.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November

Landwirtschaft

Schlachtungen¹

Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	407,3	371,5	356,0	353,5	372,3	338,2	399,9	409,0	377,5
darunter Rinder	1 000	72,5	61,2	55,4	51,9	64,9	51,1	64,8	71,8	62,6
darunter Kälber ²	1 000	1,0	0,8	0,6	0,6	0,5	0,4	0,6	0,7	0,7
Jungrinder ³	1 000	0,3	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Schweine	1 000	324,5	296,8	292,9	291,1	300,1	280,6	327,0	328,3	306,3
Schafe	1 000	9,5	12,7	6,9	9,7	6,7	5,9	7,3	8,2	8,0
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	404,8	370,6	355,2	352,9	371,8	337,8	399,1	407,9	375,6
darunter Rinder	1 000	72,0	60,9	55,2	51,7	64,8	50,9	64,5	71,5	62,2
darunter Kälber ²	1 000	1,0	0,8	0,5	0,5	0,5	0,4	0,6	0,6	0,6
Jungrinder ³	1 000	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Schweine	1 000	323,0	296,4	292,6	291,0	300,0	280,5	326,8	327,8	305,2
Schafe	1 000	9,0	12,3	6,7	9,5	6,6	5,8	7,1	7,9	7,6

Durchschnittliches Schlachtgewicht⁴

Rinder	kg	306,4	300,8	368,2	308,4	305,9	298,4	305,2	312,6	306,1
darunter Kälber ²	kg	156,3	157,9	163,0	160,1	160,4	162,3	159,9	160,6	159,1
Jungrinder ³	kg	176,8	162,7	216,1	178,2	183,9	208,9	210,6	189,4	211,4
Schweine	kg	98,1	97,6	97,8	97,5	96,8	96,9	97,6	98,3	98,1

Gesamtschlachtgewicht⁵

Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	57,7	51,3	48,8	47,4	52,4	45,4	55,2	58,1	52,6
darunter Rinder	1 000 t	25,9	22,3	20,2	19,1	23,6	18,4	23,5	25,9	22,6
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	31,5	28,7	28,4	28,1	28,7	26,8	31,5	32,0	29,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	57,4	51,1	48,7	47,3	52,3	45,3	55,1	57,9	52,4
darunter Rinder	1 000 t	25,8	22,2	20,2	19,0	23,6	18,3	23,4	25,8	22,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	31,4	28,7	28,3	28,1	28,6	26,8	31,5	31,7	29,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2

Geflügel

Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 938	4 970	4 975	4 970	4 966	4 869	4 969	4 969	...
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 958	4 133	4 022	4 022	4 022	3 992	4 096	4 116	...
Konsumeier ⁶	1 000	97 620	104172	98350	96521	101382	9484	98144	102225	...
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	16,5	16,5	15,7	14,7	16,3	...	15,4	16,4	...

Getreideanlieferungen^{8,9}

Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	1,0	1,1	1,0	0,4	6,6	4,2	1,5	0,9	...
Weizen	1 000 t	7,7	11,8	8,4	10,5	25,6	31,0	11,2	4,0	...
Gerste	1 000 t	0,0	7,7	8,3	7,1	23,3	11,8	4,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	3,4	1,8	2,3	3,7	...

Vermahlung von Getreide^{8,9}

Getreide insgesamt	1 000 t	124,6	115,8	114,5	103,7	116,6	108,3	112,0	121,7	...
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	9,5	9,4	9,3	8,4	9,0	8,7	8,3	9,3	...
Weizen und -gemenge	1 000 t	115,1	106,4	105,2	95,3	107,6	99,6	103,7	112,3	...

Vorräte in zweiter Hand^{8,9}

Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	60,3	33,5	28,1	21,1	32,7	49,3	52,6	48,4	...
Weizen	1 000 t	741,5	507,4	442,6	248,7	319,4	690,5	730,7	662,3	...
Gerste	1 000 t	390,7	243,5	220,0	198,4	352,6	426,2	442,1	416,9	...
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	21,2	15,5	13,6	11,9	21,2	34,8	37,8	38,0	...
Mais	1 000 t	130,3	85,8	69,3	49,5	37,2	29,9	23,8	161,9	...

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 Bzw. Schlachtmenge, einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienericht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November

Bierabsatz

Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1610r	2 052	2 136	2 160	2 375	1 809	1 934	1 736	1512
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	102r	188	186	199	249	128	124	92	88
11 bis 13	1 000 hl	1477r	1 834	1 924	1 939	2 106	1 660	1 785	1 608	1397
14 oder darüber	1 000 hl	32r	30	24	23	20	21	25	37	27
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	378	485	529	560	630	463	427	391	349
davon in EU-Länder	1 000 hl	208	299	330	346	450	314	289	244	221
in Drittländer	1 000 hl	170	187	199	213	180	148	138	147	129

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsstand ¹	1 000	13 217	13 246	13 246	13 246	13 248	13 246	13 255
Natürliche Bevölkerungsbewegung ²										
Eheschließungen ²	Anzahl	7 337	3 828	8 798	6 850	6 562	6 942
je 10 000 Einwohner	Anzahl	5,6	2,9	6,6	5,2	5,0	5,2
Lebendgeborene ³	Anzahl	10 458	8 778	9 163	9 189	10 124	9 603
je 10 000 Einwohner	Anzahl	7,9	6,6	6,9	6,9	7,6	7,2
Gestorbene ⁴	Anzahl	11 224	11 713	11 325	10 873	10 844	10 866
je 10 000 Einwohner	Anzahl	8,5	8,8	8,5	8,2	8,2	8,2
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	24	25	24	22	23	20
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,3	2,8	2,6	2,4	2,3	2,1
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	22	15	10	14	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,1	2,5	1,6	1,1	1,4	1,2
Überschuss										
der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 766	– 2 935	– 2 162	– 1 684	– 720	– 1 263
je 10 000 Einwohner	Anzahl	– 0,6	– 2,2	– 1,6	– 1,3	– 0,5	– 1,0
Totgeborene ³	Anzahl	38	39	37	32	29	40
Wanderungen ²										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	45943	29 161	26 655	26 491	31 535	32 690	42 482
darunter aus dem Ausland	Anzahl	31711	20 400	18 625	18 502	21 628	21 169	28 409
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	33362	25 509	23 703	24 198	28 982	33 763	30 963
darunter in das Ausland	Anzahl	21515	16 884	16 308	16 739	20 045	22 616	19 290
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	14232	8 759	8 028	7 987	9 907	11 522	14 073
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	11847	8 625	7 394	7 461	8 935	11 149	11 673
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (–)	Anzahl	12581	3 652	2 952	2 293	2 553	– 1 071	11 519
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	56348	43 488	40 505	39 925	44 341	50 671	51 144
Arbeitsmarkt ⁶										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	5 945
Frauen	1 000	2 745
Ausländer ⁷	1 000	1 110
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 750
darunter Frauen	1 000	1 379
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32
B–F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 837
B–E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 494
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 407
F Baugewerbe	1 000	343
G–U Dienstleistungsbereiche	1 000	4 075
G–I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 264
J Information und Kommunikation	1 000	274
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	179
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	41
M–N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftliche Dienstleister	1 000	798
O–Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 335
R–U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	184

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. Die Bevölkerungszahlen ab Mai 2022 werden – voraussichtlich ab Herbst 2024 – auf Basis des Zensus 2022 revidiert.

2 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter.

4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.

5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

7 Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

noch: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	Einheit	Vorjahres- monat	2025							
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Arbeitslose	1 000	285,5	309,7	306,4	305,7	312,0	326,9	324,2	307,7	305,3
darunter Frauen	1 000	131,6	138,3	137,9	138,3	141,9	150,5	150,3	140,9	139,1
Arbeitslosenquote insgesamt ¹	%	3,7	4,0	3,9	3,9	4,0	4,2	4,2	3,9	3,9
Frauen	%	3,6	3,8	3,8	3,8	3,9	4,1	4,1	3,8	3,8
Männer	%	3,8	4,2	4,1	4,1	4,1	4,3	4,2	4,0	4,0
Ausländer ²	%	8,6	9,3	8,7	8,6	8,6	9,0	9,0	8,5	8,5
Jugendliche	%	3,1	3,4	3,3	3,3	3,7	4,5	4,3	3,5	3,4
Kurzarbeiter	1 000	58,5	55,5	57,5
Gemeldete Stellen ³	1 000	123,0	113,5	111,7	111,6	110,1	112,0	110,9	109,5	109,4

Öffentliche Sozialleistungen

(Daten der Bundesagentur für Arbeit)

...

Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)⁴

...

Anspruchsberechtigte von Arbeitslosengeld I	1 000	141,8	160,0	155,2	155,1	159,1	166,7	164,7
darunter Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld I ...	1 000	136,3	154,7	150,0	149,8	153,4	160,6	158,2
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ⁵	Mill. Euro	305,1	380,9	363,9	361,9	357,4	365,6	381,7	377,1	370,6

Steuern

...

Gemeinschaftsteuern

darunter Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	5 054,0
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	4 380,2
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	248,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	280,1
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	60,9
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	84,3
Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 508,4
Landessteuern	Mill. Euro	325,8
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	125,9
Grunderwerbsteuer	Mill. Euro	162,2
Biersteuer	Mill. Euro	13,1
Gemeindesteuern ^{6, 7, 8}	Mill. Euro
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro
Grundsteuer B	Mill. Euro
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. Euro

Steuereinnahmen des Bundes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	1 917,7
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11}	Mill. Euro	118,7

Steuereinnahmen des Landes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	1 917,7
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11, 12}	Mill. Euro	162,0

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{7, 8, 9}

darunter Anteil an der Lohn- und veranlagter Einkommensteuer ^{8, 13}	Mill. Euro	612,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro
Gewerbesteuer (netto) ^{6, 14}	Mill. Euro

1 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

2 Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

3 Ohne geförderte Stellen.

4 Daten nach Revision.

5 Einschl. Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

6 Vierteljährliche Kassenstatistik.

7 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

8 Einschließlich Steueraufkommen der Landkreise.

9 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

10 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

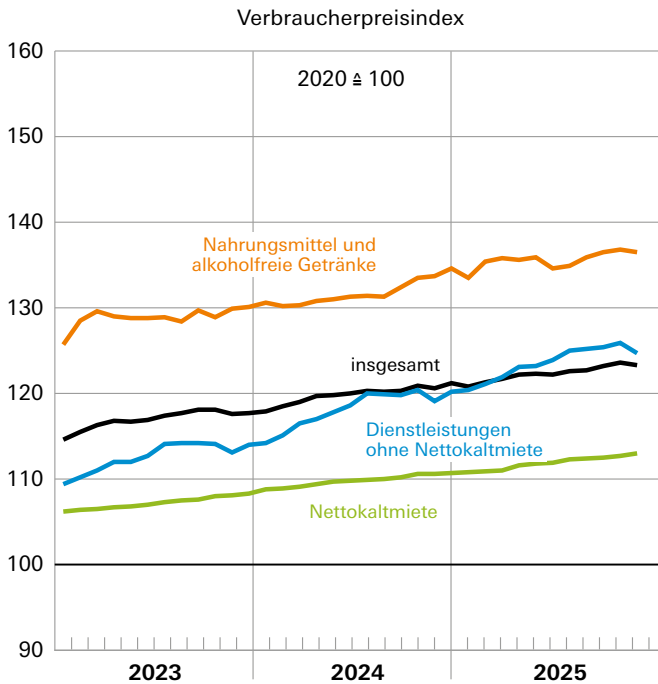
11 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

12 Einschließlich Erhöhungsbetrag.

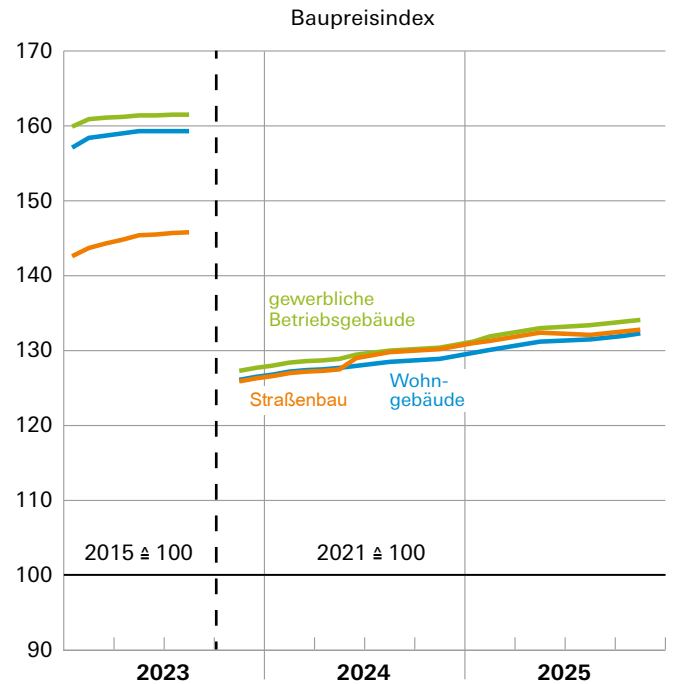
13 Einschließlich Zinsabschlag.

14 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

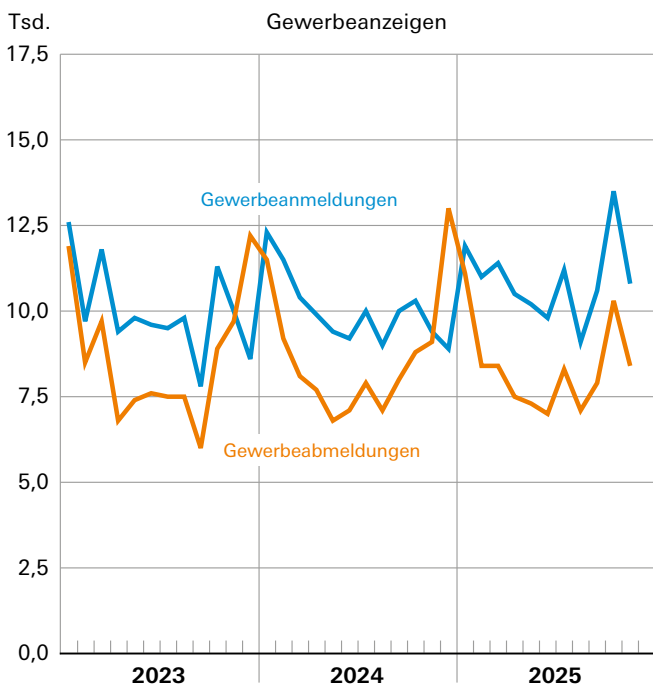
Preise



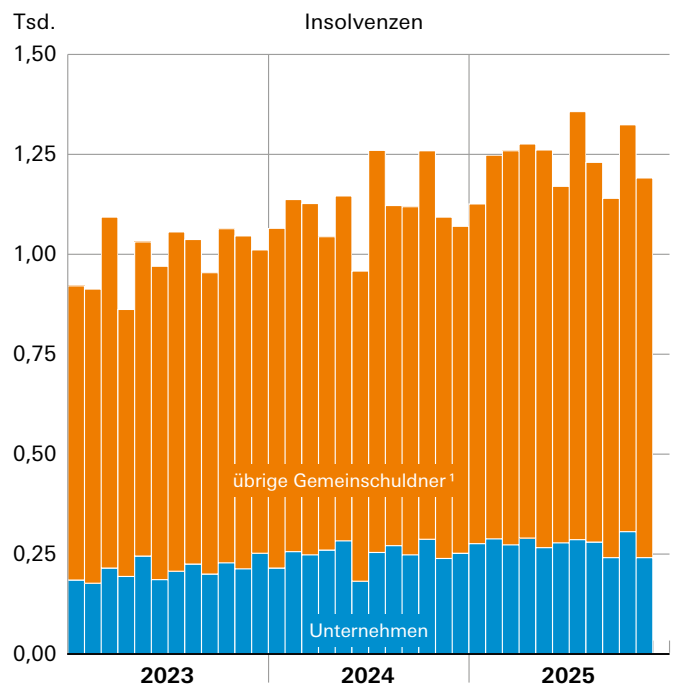
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verbraucherpreisindex unter: <http://q.bayern.de/vpi>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baupreisindex unter: <http://q.bayern.de/bpi>



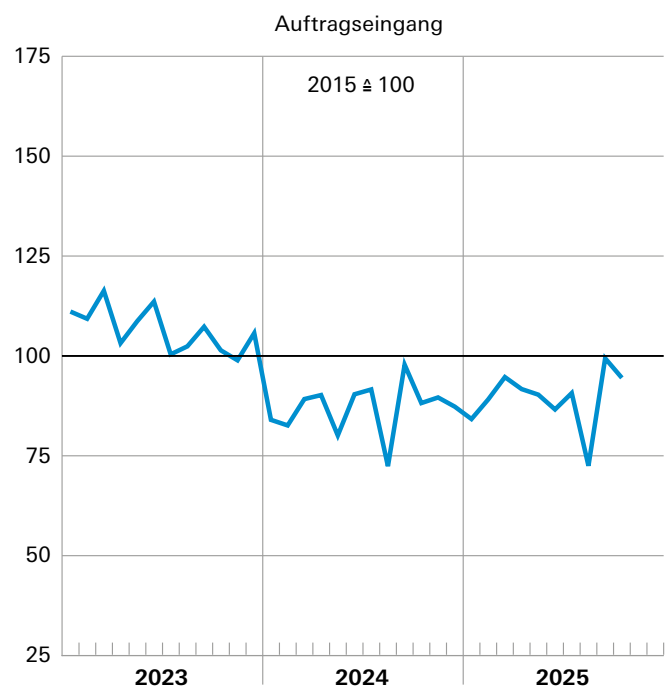
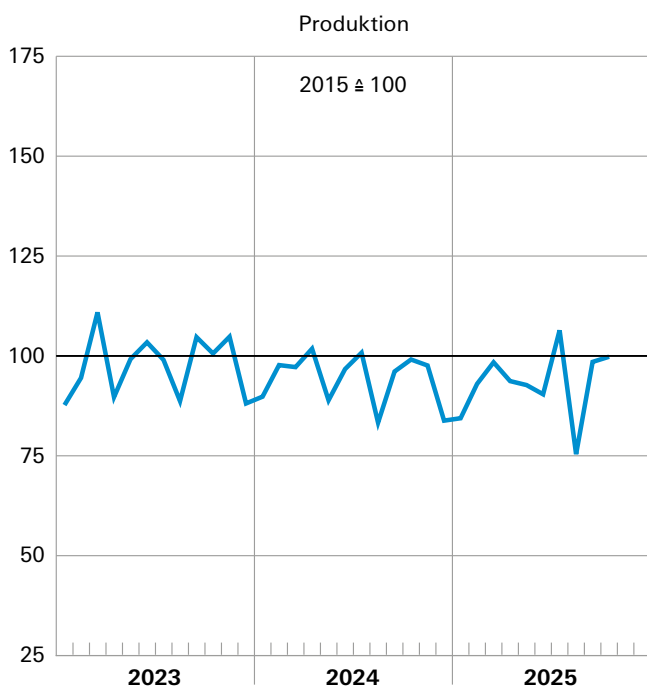
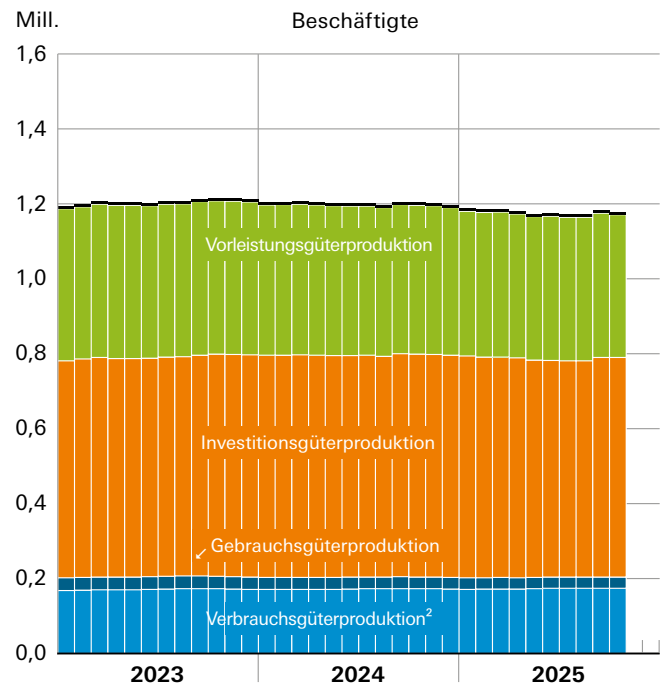
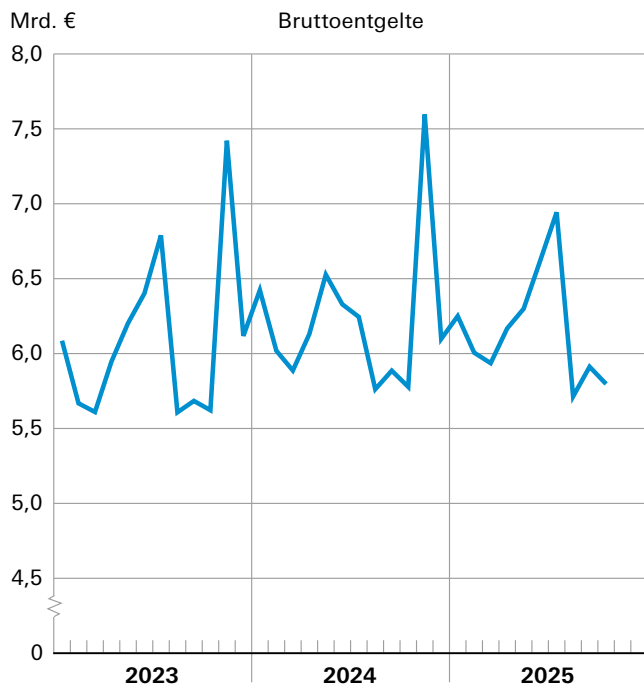
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gewerbeanzeigen unter: <http://q.bayern.de/gewerbeanzeigen>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Insolvenzen unter: <http://q.bayern.de/insolvenzen>

1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

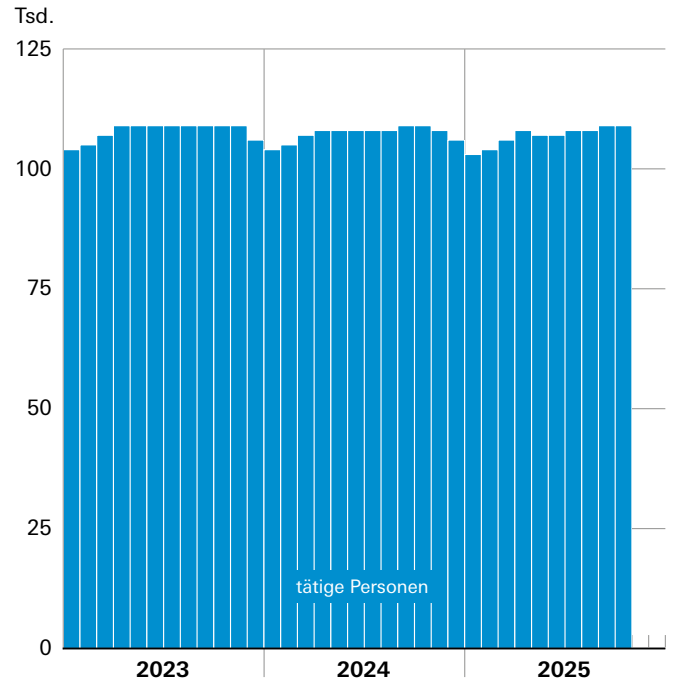
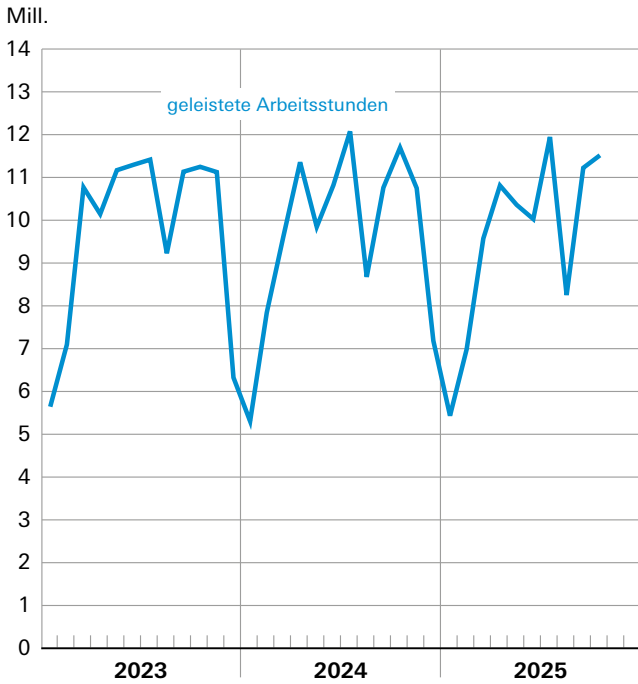
Hinweis Verbraucherpreisindex Dezember 2024: Aufgrund des Umstiegs auf den Erhebungskatalog 2025 mit erheblichen klassifikationsbedingten Strukturveränderungen sind die Werte für Dezember 2024 vor allem im Hinblick auf den Vormonatsvergleich teilweise in der Qualität beeinflusst.

Verarbeitendes Gewerbe¹

Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Verarbeitendes Gewerbe
unter: <http://q.bayern.de/verarbeitendesgewerbe>

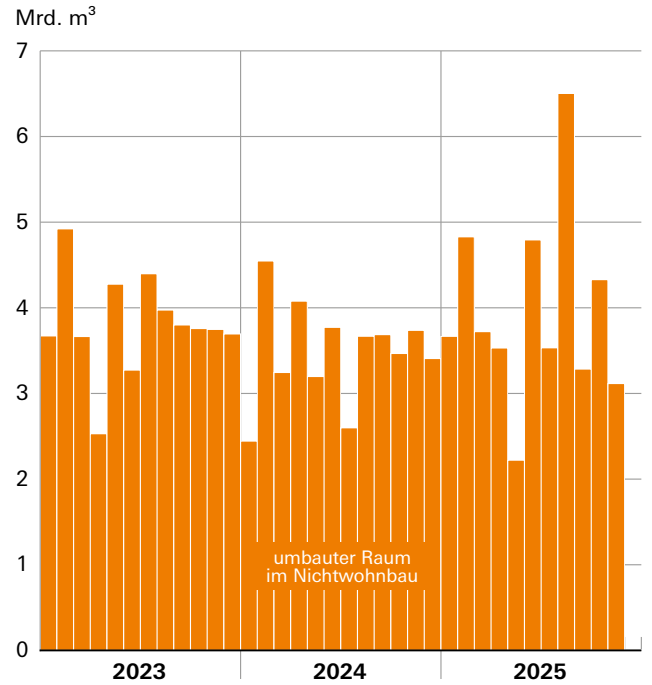
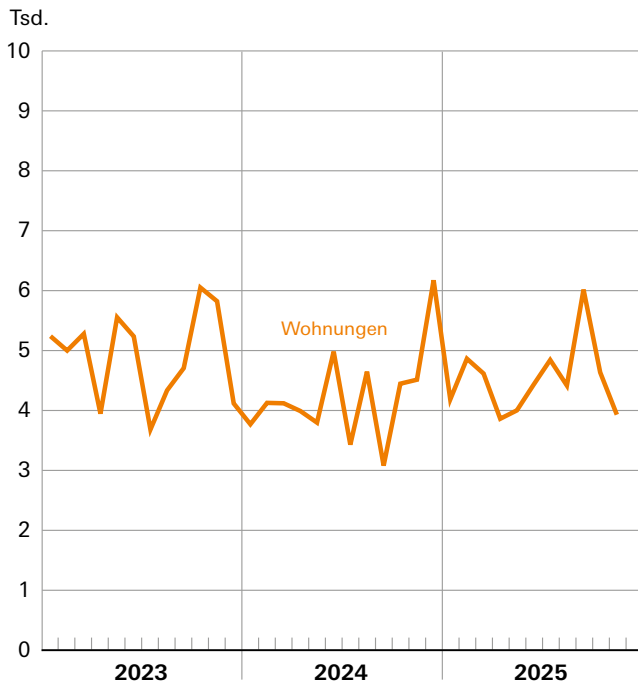
1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. 2 Einschließlich Energie.

Bauhauptgewerbe



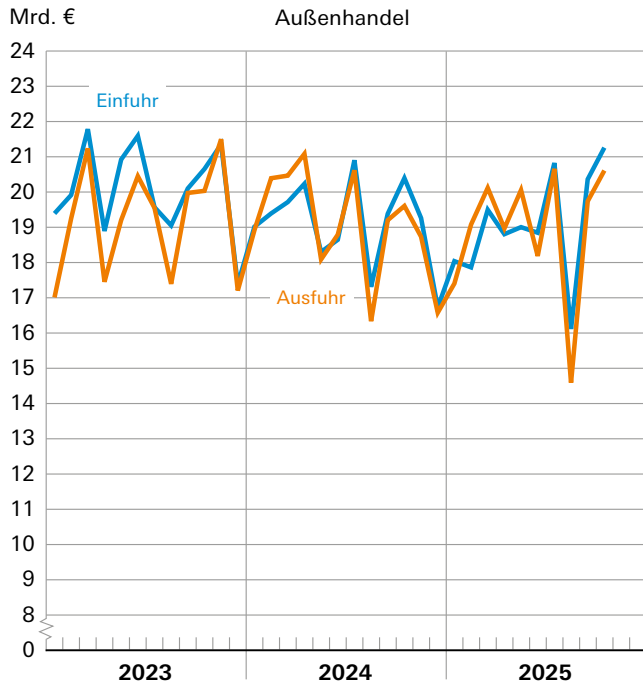
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugewerbe
unter: <http://q.bayern.de/baugewerbe>

Baugenehmigungen

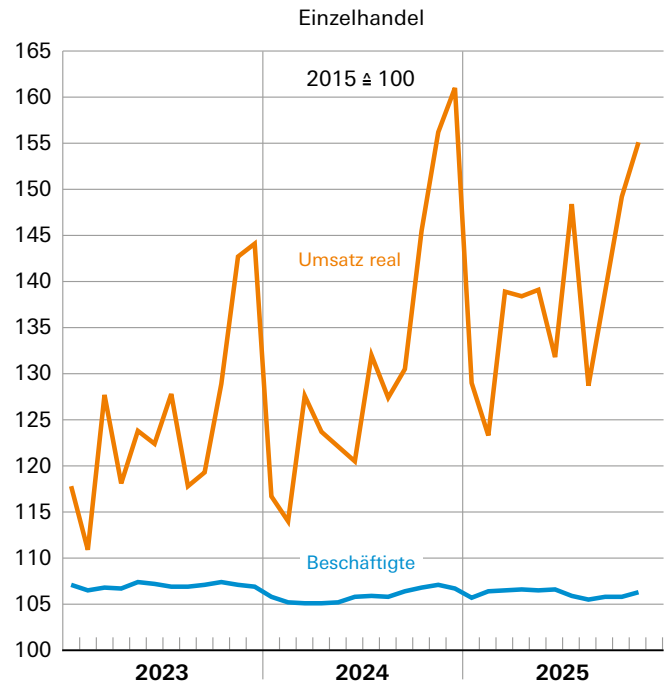


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugenehmigungen
unter: <http://q.bayern.de/bautatetigkeit>

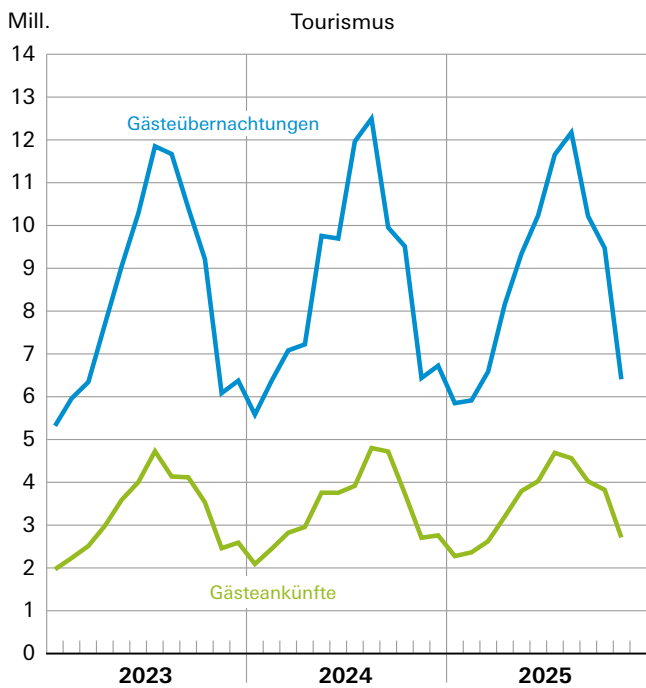
Handel und Gastgewerbe



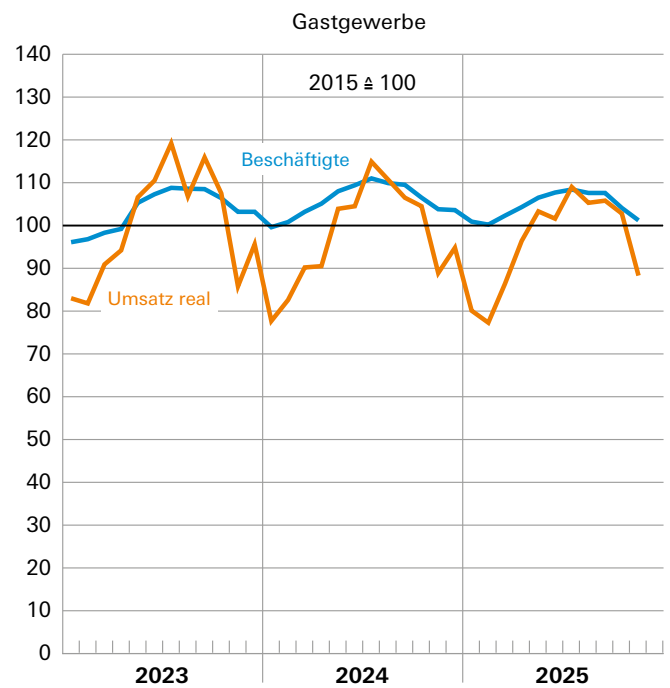
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Außenhandel unter:
<http://q.bayern.de/aussenhandel>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Einzelhandel unter:
<http://q.bayern.de/binnenhandel>

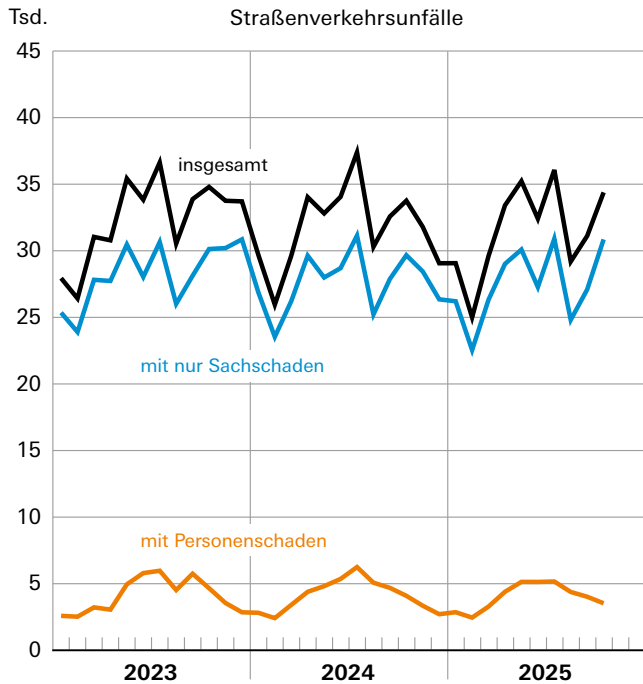


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Tourismus unter:
<http://q.bayern.de/fremdenverkehr>

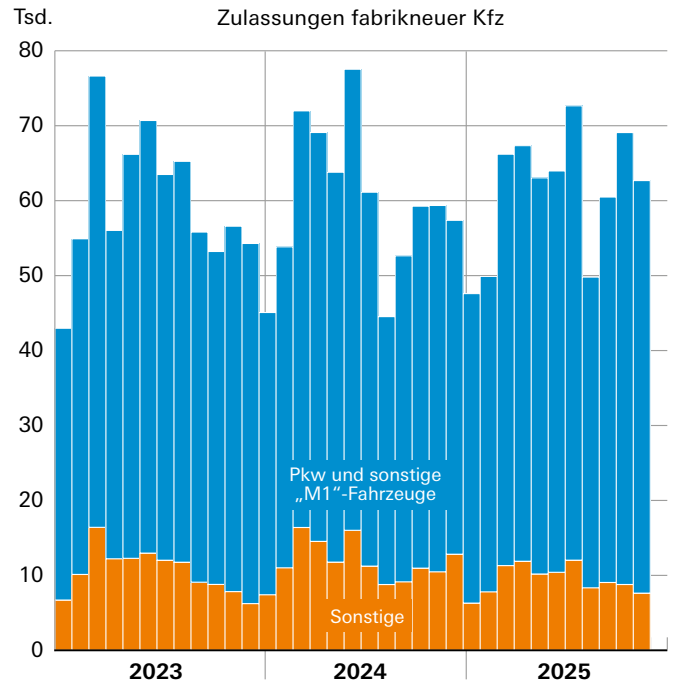


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Gastgewerbe unter:
<http://q.bayern.de/gastgewerbe>

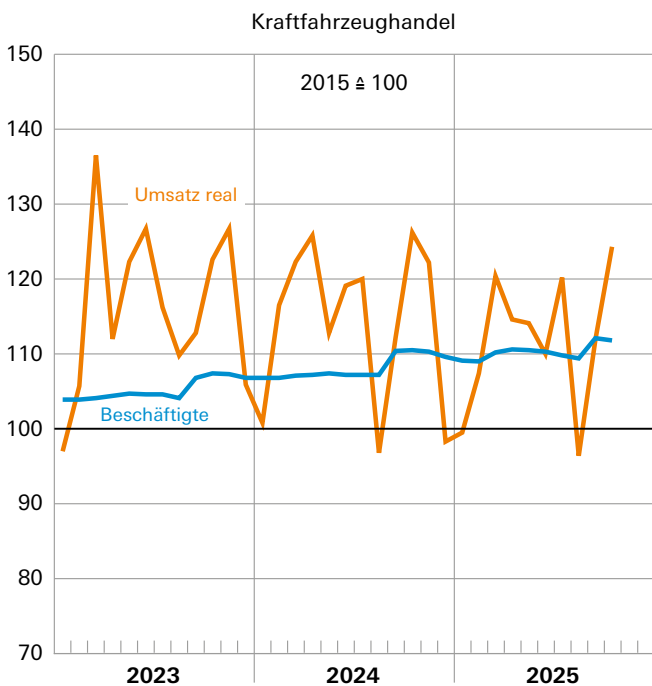
Verkehr



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Straßenverkehrsunfälle unter:
<http://q.bayern.de/unfaelle>

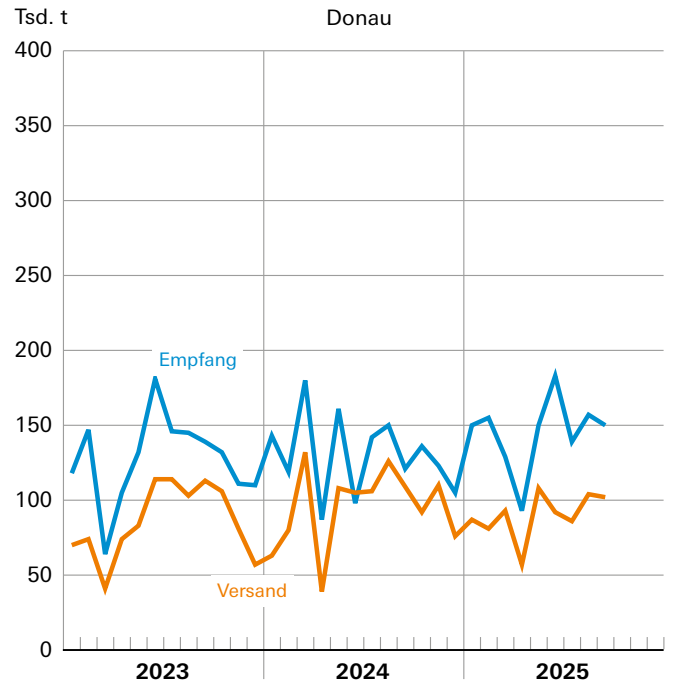
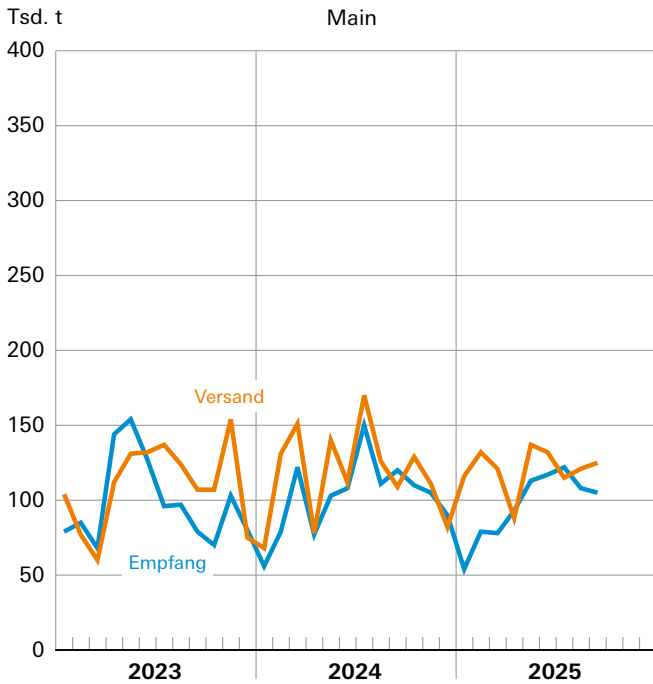


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Kfz-Zulassungen unter:
<http://q.bayern.de/zulassungen>

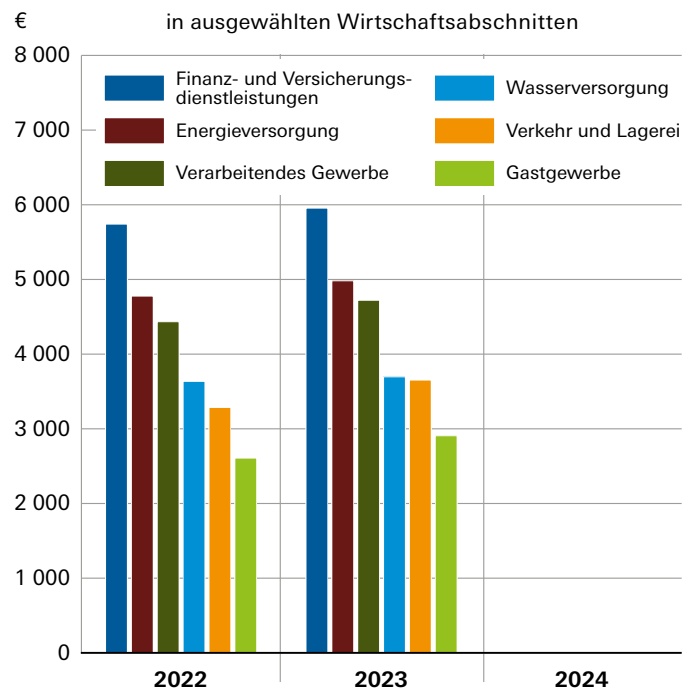
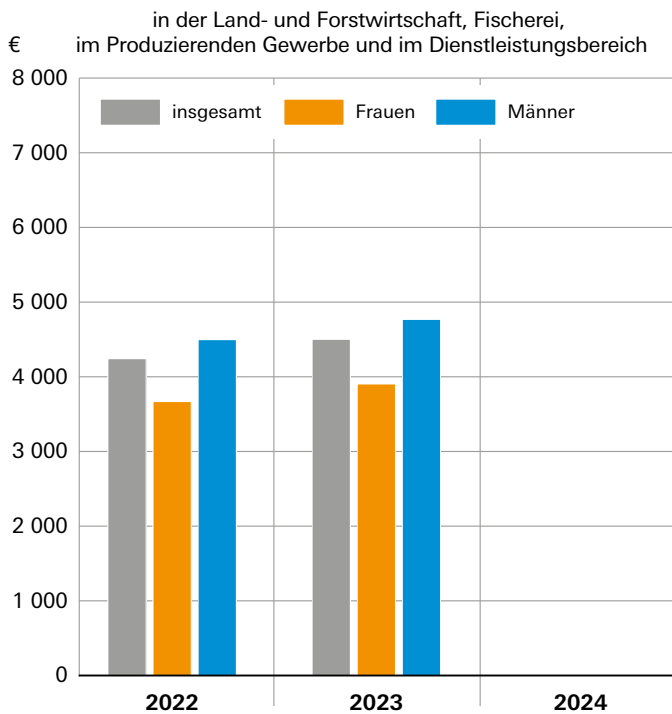


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Einzelhandel unter:
<http://q.bayern.de/kfz-handel>

Binnenschifffahrt



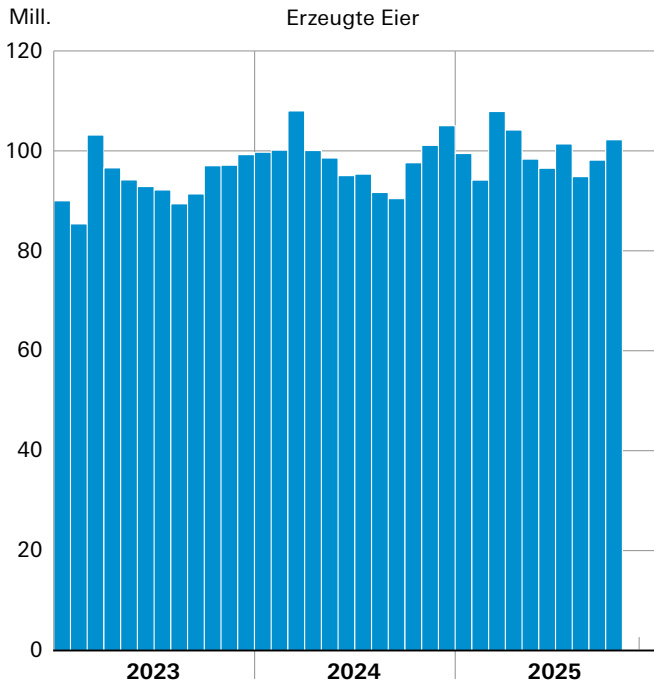
Bruttomonatsverdienste¹ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



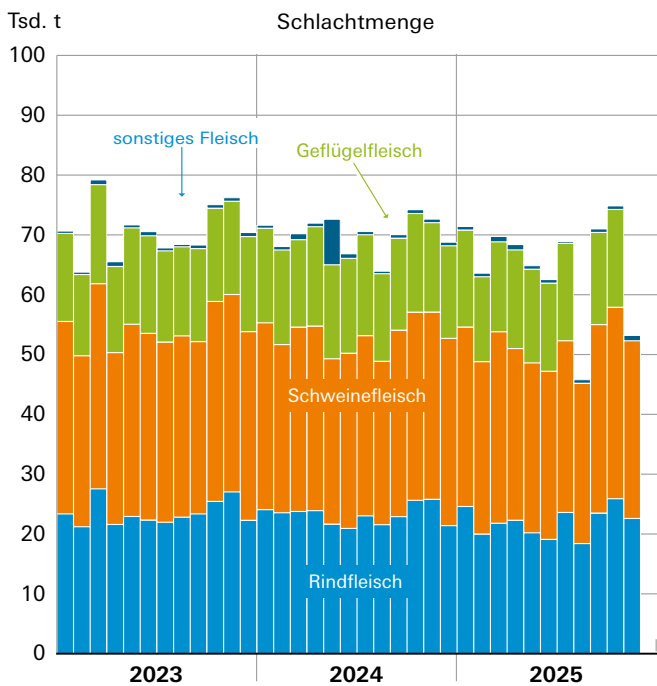
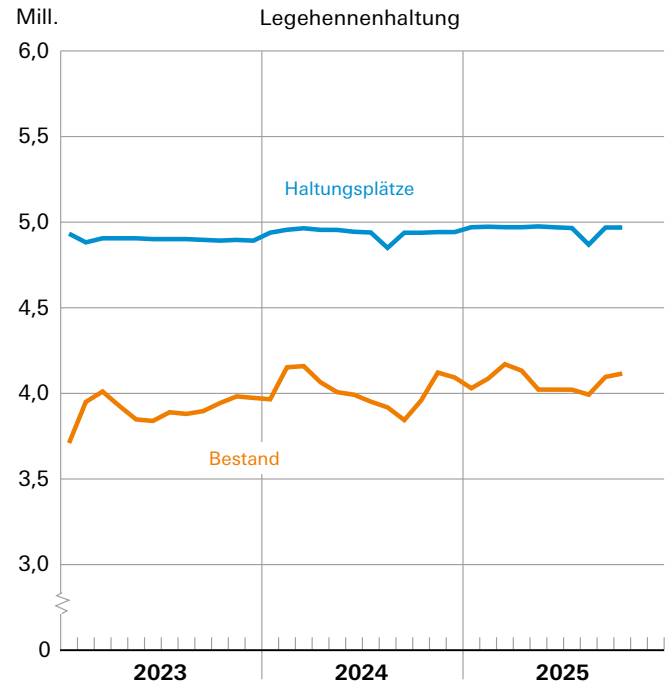
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Verdienste unter:
<http://q.bayern.de/verdienste>

¹ Jeweils zum Berichtsmonat April ohne Sonderzahlungen.

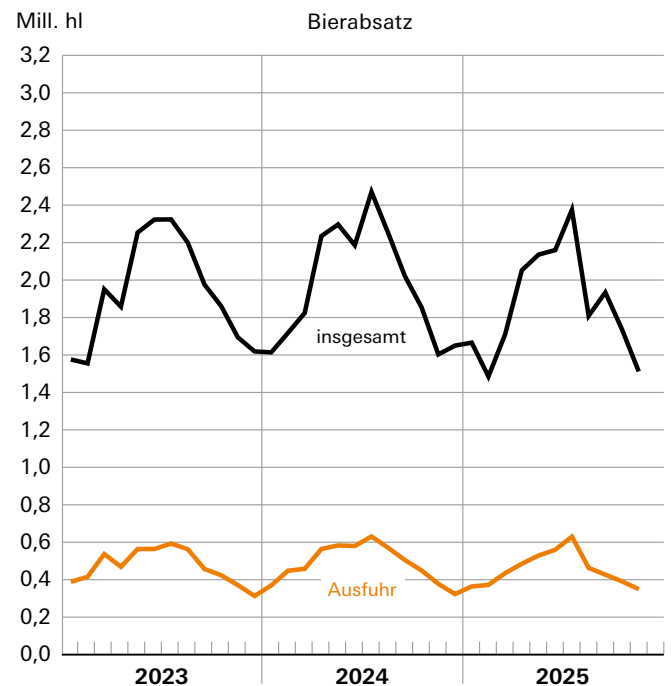
Landwirtschaft



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Landwirtschaft unter:
<http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>



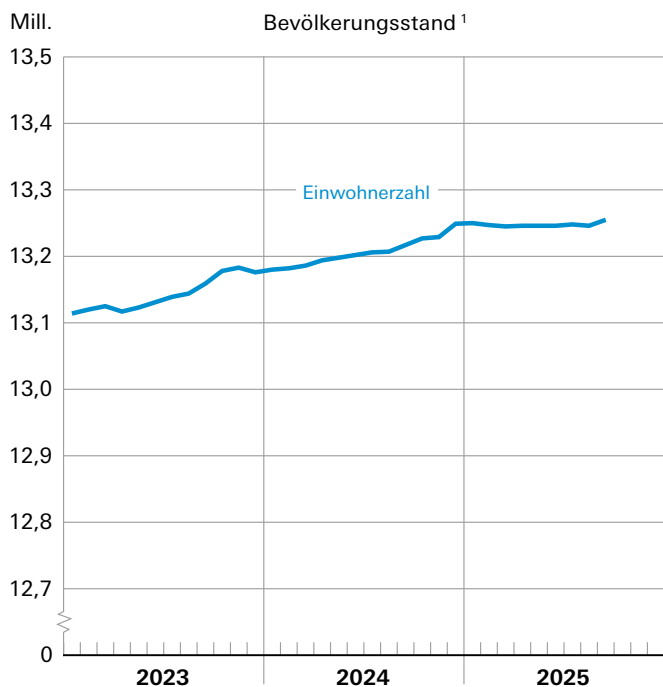
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Schlachtmengen unter:
<http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>



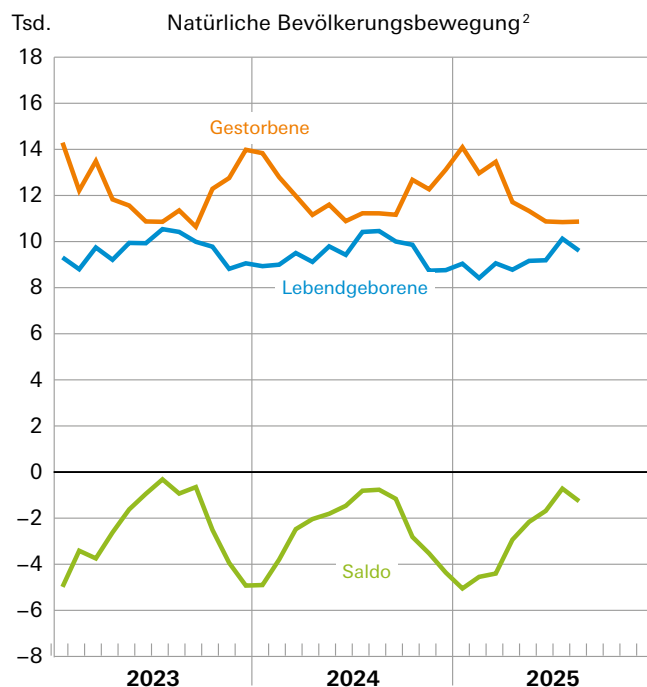
Aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 9.2.1:
Finanzen und Steuern, Absatz von Bier
<http://q.bayern.de/bierabsatz>

1 Für Geflügelfleisch lag bei Veröffentlichung noch kein Wert für den Monat November 2025 vor.

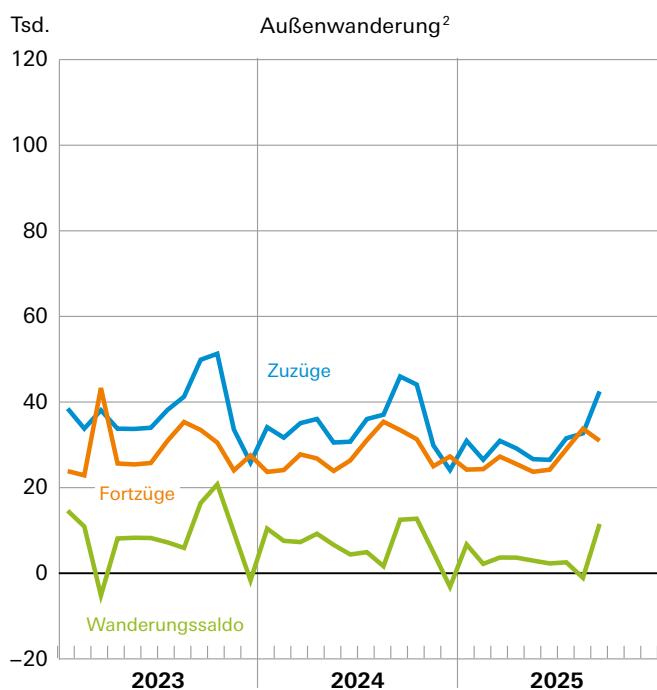
Bevölkerung



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Bevölkerung unter:
<http://q.bayern.de/bevoelkerung>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema natürliche Bevölkerungsbewegung unter:
<http://q.bayern.de/bewegungen>

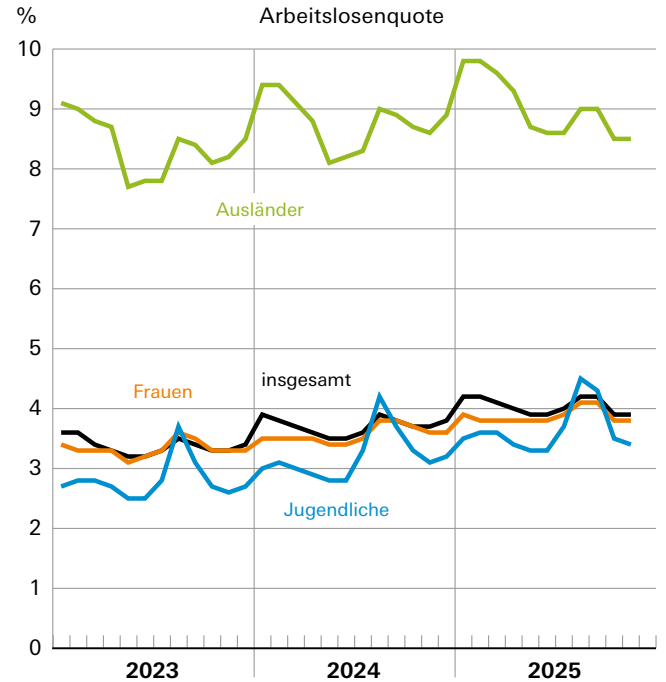
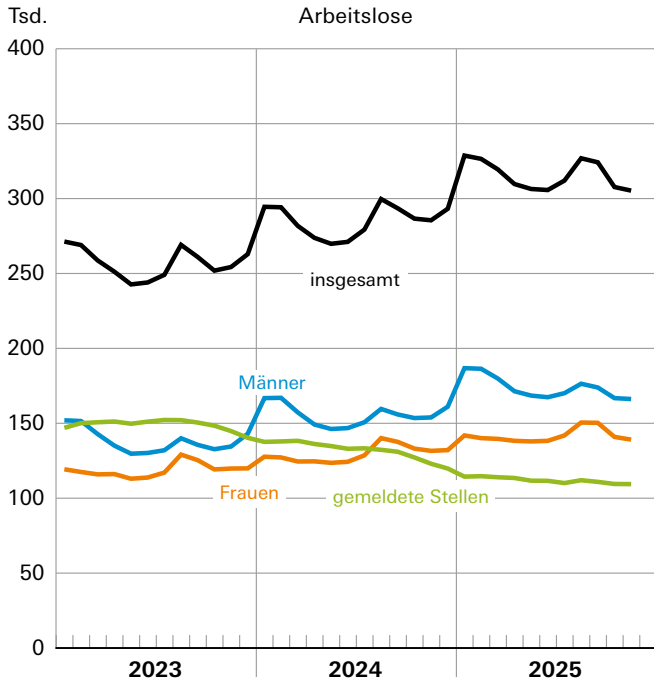


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Wanderungen unter:
<http://q.bayern.de/wanderungen>

1 Basis der fortgeschriebenen Bevölkerung ab 31.05.2022: Stichtag des Zensus 2022.

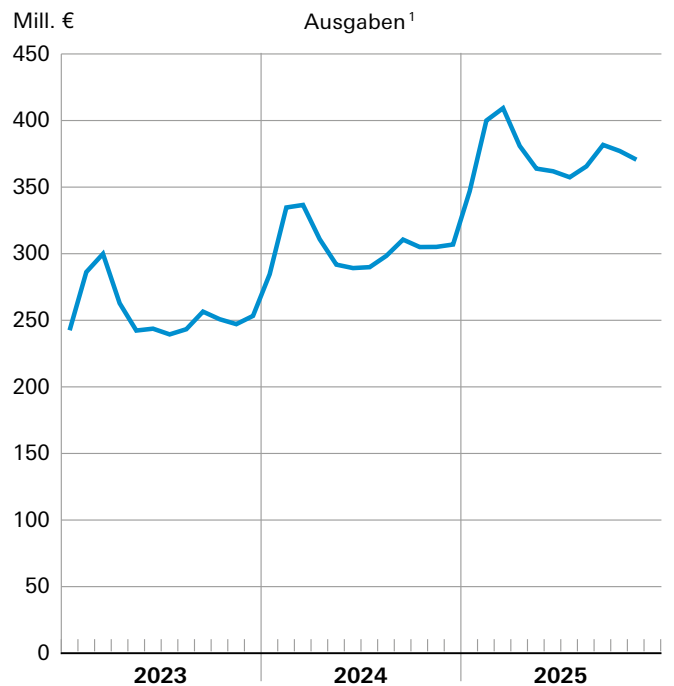
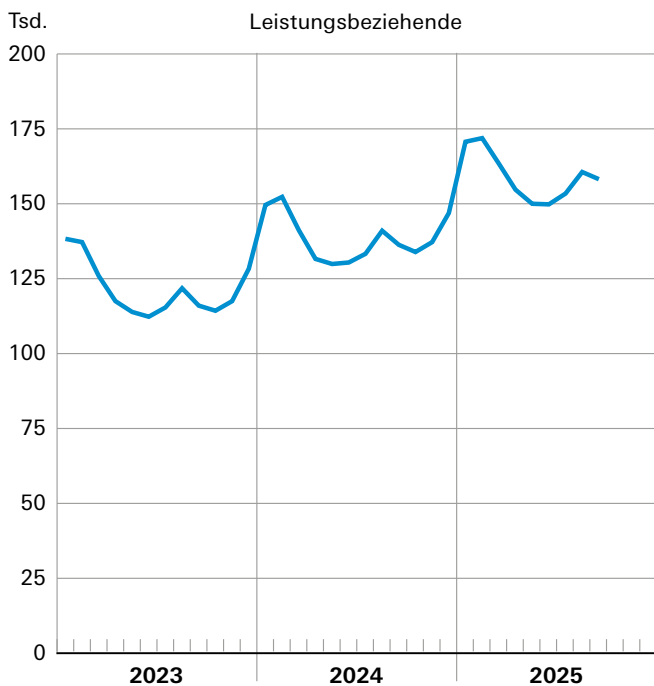
2 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

Arbeitsmarkt



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Arbeitsmarkt unter:
<http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>

Arbeitslosengeld I



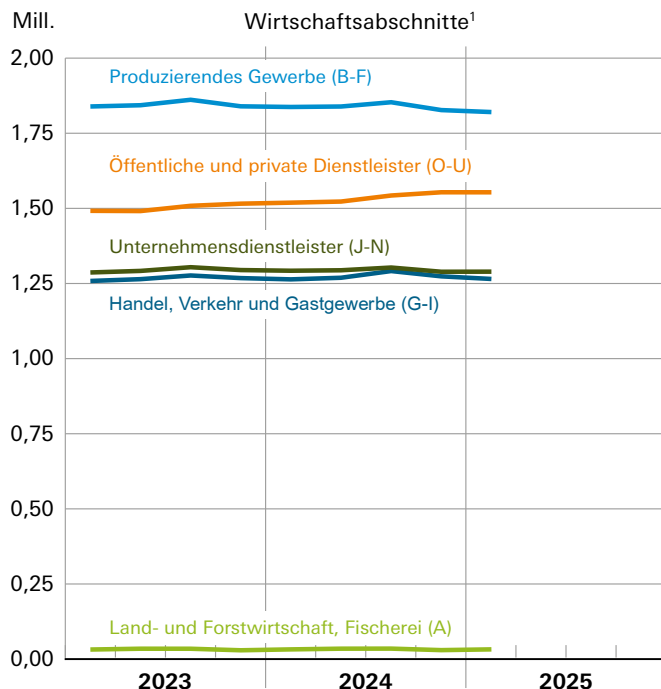
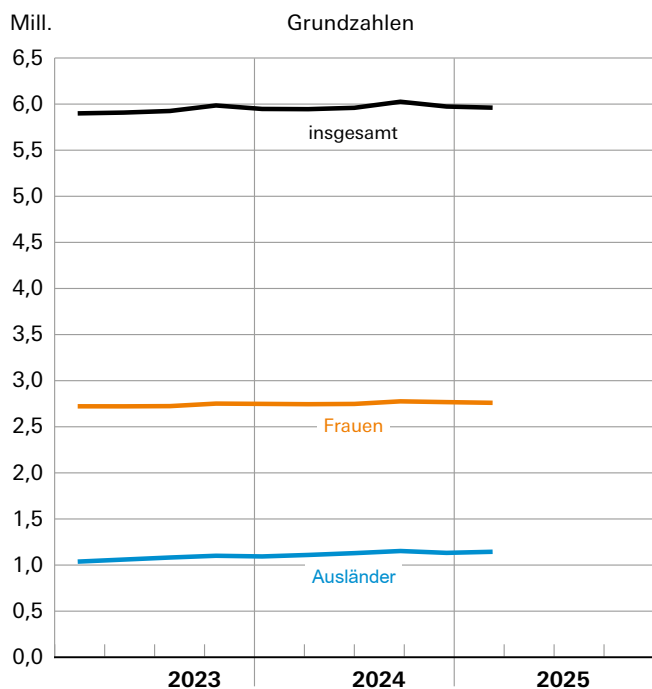
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Leistungsbeziehende unter:
<http://q.bayern.de/leistungsbeziehende>



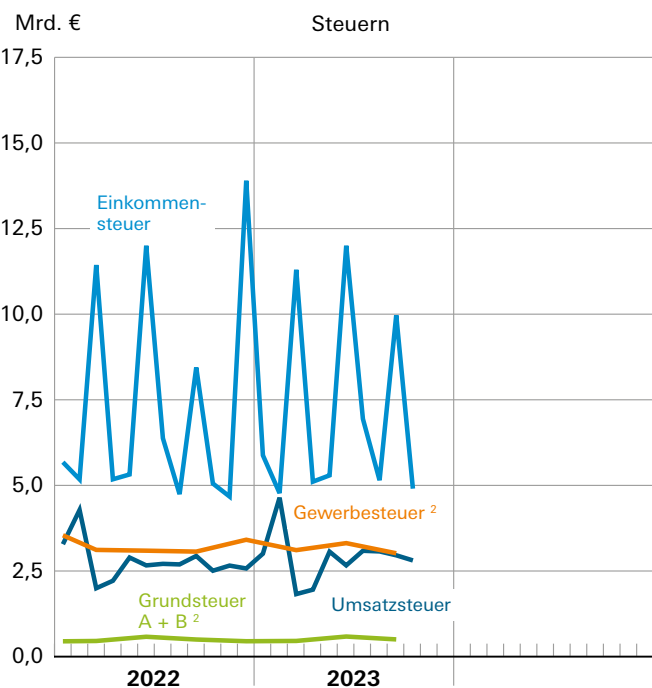
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Sozialausgaben unter:
<http://q.bayern.de/sozialhilfeausgaben>

¹ Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Beschäftigte unter:
<http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Steuern unter:
<http://q.bayern.de/steuern>

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (vgl. Statistischer Bericht A6501C). 2 Quartalswerte.

BAYERN KOMPAKT

Das Kompendium **Bayern kompakt** bietet auf knapp 50 Seiten die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Texten, Tabellen und Graphiken.

Es verweist zudem auf weiterführende Informationsmedien des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Die Publikation ist als **Datei kostenlos** abrufbar und kann beim Vertrieb per E-Mail (vertrieb@statistik.bayern.de) kostenfrei bestellt werden.

Ausführliche Informationen über Bayern bietet das jährlich erscheinende **Statistische Jahrbuch für Bayern**.



Mit Bavaria compact gibt es ab sofort auch eine englischsprachige Version des Kompendiums.



Bayerisches Landesamt für
Statistik



NEUERSCHEINUNGEN

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung

- Einwohnerzahlen am 30. September 2025
Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern
Basis: Zensus 2022

Erwerbstätigkeit

- Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten in Bayern
Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2025
- Erwerbstätige am Arbeitsort in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayern von 1991 bis 2024

Rechtspflege

- Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2024
- Strafvollzugsstatistik in Bayern 2025
Stichtagerhebung zum 31. März
- Bewährungshilfestatistik in Bayern 2025
Unterstellungen am 31. Dezember und beendete
Bewährungsaufsichten im Laufe des Jahres

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern 2025
Viehzählung im Mai

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Oktober 2025
(sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe
in Bayern im Oktober 2025 (sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden)
Basisjahr 2021
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe in Bayern im Oktober 2025
Basisjahr 2021
- Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern
2024 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden)

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Oktober 2025
- Bauhauptgewerbe in Bayern 2025
Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Juni
- Ausbaugewerbe in Bayern 2025 Ergebnisse der jährlichen
Erhebung im 2. Vierteljahr

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 3. Quartal 2025

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Oktober 2025

Handel

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel
im Oktober 2025
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel
und Großhandel im September 2025
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Oktober 2025

Tourismus und Gastgewerbe

- Tourismus in Bayern im Oktober 2025
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe
im Oktober 2025

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Oktober 2025
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im September 2025
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Sozialleistungen

- Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2024
Teil IV: Ausgaben und Einnahmen

Gemeindefinanzen

- Gemeindefinanzen in Bayern 3. Vierteljahr 2025

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2020 bis November
2025 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im
November 2025

Verdienste

- Verdienstindizes in Bayern im 3. Quartal 2025

QUERSCHNITTSVERÖFFENTLICHUNGEN

- Statistisches Jahrbuch für Bayern 2025
Umfassendes Kompendium amtlicher statistischer Daten
auf 700 Seiten in tabellarischer und graphischer Form
- Statistisches Jahrbuch für Bayern 2025
PDF-Dateiausgabe
- Bayern kompakt 2025
Die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus
Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf einen Blick



Alle Veröffentlichungen sind
im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/produkte

ZEICHENERKLÄRUNG

0 mehr als nichts, aber weniger als
die Hälfte der kleinsten in der Tabelle
nachgewiesenen Einheit
– nichts vorhanden oder
keine Veränderung
/ keine Angaben, da Zahlen nicht
sicher genug
· Zahlenwert unbekannt,
geheimzuhalten oder nicht rechenbar

... Angabe fällt später an
x Tabellenfach gesperrt,
da Aussage nicht sinnvoll
() Nachweis unter dem Vorbehalt,
dass der Zahlenwert erhebliche
Fehler aufweisen kann
p vorläufiges Ergebnis
r berichtiges Ergebnis

s geschätztes Ergebnis
D Durchschnitt
Δ entspricht
321 aktuellster Zahlenwert bzw.
entsprechender vergleichbarer
Vorjahreswert

AUF- UND
ABRUNDEN

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die
Endsummen auf- bzw. abgerundet worden.
Deshalb können sich bei der Summierung
von Einzelangaben geringfügige
Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen
ergeben. Bei der Aufgliederung
der Gesamtheit in Prozent kann die Summe
der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert
100 % abweichen. Eine Abstimmung auf
100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

- * Der Umsatzanteil der 110 analysierten multinationalen Unternehmensgruppen (Stand: Dezember 2024) mit etwa 7 100 rechtlichen Einheiten (0,03 Prozent der Unternehmensgruppen in Deutschland) entspricht im Jahr 2022 mit 2,8 Billionen Euro 28,2 Prozent des gesamten Umsatzes der Unternehmensgruppen in Deutschland.

